P21902F

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Jahrg.3,Nr.2
Juni 1975

Preis: 4.– DM

Mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinsamkeit – Gegen die Theorie der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie – Hans-Jörg Hager

Gibt es zu viele Menschen? – Auseinandersetzung um die Frage der Welternährungskrise

Was ist die gesellschaftliche Triebfeder und die Perspektive des Kampfes in Wyhl?

Beschränkung des Arbeitstages auf sieben Stunden an fünf Wochentagen! Völliges Verbot der Überstundenarbeit!

Zur Kritik der reformistischen Wirtschaftspolitik

Die Quintessenz des Sozialismus ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats

Der Kampf des koreanischen Volkes um seine nationalen Rechte

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland

Ruhr-Universität
Institut zur Geschichte
der Arbeiterbewegung
PF 10 21 48
D-4630 Bochum 1
SZD 1726

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Jahrg. 3, Nr. 2 Juni 1975

INHALT

Wilfred Burchett
Der Kampf des koreanischen Volkes um seine nationalen Rechte S. 82

Gibt es zu viele Menschen?
Zur Auseinandersetzung um die Frage der Welternährungskrise S. 88

Was ist die gesellschaftliche Triebfeder und die Perspektive des Kampfes in Wyhl? S. 96

Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen! Völliges Verbot der Überstundenarbeit! S. 101

Zur Kritik der reformistischen Wirtschaftspolitik S. 107

Die Quintessenz des Sozialismus ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats S. 114

Hans-Jörg Hager
Mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinsamkeit
Gegen die Theorie der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie S. 130

Berichtigung

Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/1974
In dem Artikel "Das Anwachsen der Weltbevölkerung..." auf Seite 251 wird der Brief von Engels an Lange zitiert. Dieser Brief ist nicht im Band 21 der Marx/Engels-Werke, sondern in Band 31.

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Redaktion: Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees
Verantwortlicher Redakteur: Joscha Schmierer, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29

Erscheint einmal vierteljährlich im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36 015
Bankkonto: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Konto Nr. 18 909 05
Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe, Konto Nr. 958 37-753

Preis der Einzelnummer: DM 4,00
Das Jahresabonnement (4 Nummern incl. Porto) kostet DM 16,00

Auflage: 12 000

Gesamtherstellung: J. Elfert (Caro-Druck), 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6

Der Kampf des koreanischen Volkes um seine nationalen Rechte

*Wilfred Burchett, australischer Schriftsteller und Journalist, hielt diese Rede am 25.3.1974 in Stockholm auf einem von der "Schwedischen Gesellschaft für Außenpolitik" veranstalteten Symposion. *)*

Zwischen dem Schicksal des koreanischen Volkes und dem der Völker Indochinas gibt es einige deutliche Ähnlichkeiten. Vor der Epoche des modernen Kapitalismus waren Korea und Vietnam von verschiedenen Dynastien fremder feudalistischer Staaten überfallen worden; die Völker beider Länder führten jedesmal gegen die Invasoren heldenhafte Widerstandskriege. Zwischen den Perioden der Fremdherrschaft entwickelten sie ihre eigenen Kulturen und verteidigten sie und ihr Land in den Zeiten der Okkupation. Trotz der sehr langen Fremdherrschaft haben die Völker Indochinas und Koreas ihre eigenen Sprachen bewahrt, ihre eigenen Formen der Kleidung und Gebräuche und all das, was eine nationale Kultur ausmacht.

In der modernen Zeit waren die Koreaner Opfer des japanischen Kolonialismus, die Völker Indochinas waren Opfer des japanischen und des französischen Kolonialismus. In neuerer Zeit waren sie alle Opfer der US-Aggression. Der heroische Kampf gegen die stärkste der imperialistischen Mächte, die USA, hat die Bewunderung der gesamten fortschrittlichen Menschheit hervorgerufen. Diese heldenhaften Kämpfe um die nationale Befreiung haben große nationale Führer hervorgebracht: Präsident Kim Il Sung in Korea, Präsident Ho Chi Minh in Vietnam, Prinz Souphanouvong in Laos und Prinz Norodom Sihanouk in Kambodscha. Der Ruhm und der Einfluß dieser Männer ist weit über die nationalen Grenzen ihrer Länder gedrungen und hat die nationalen Befreiungskämpfer beeinflußt, überall dort, wo die Völker um Unabhängigkeit kämpften.

Schließlich wurde Vietnam am 17. Breitengrad geteilt und Korea am 38. Breitengrad. Wegen der Ähnlichkeit dieser Probleme finde ich es zweckmäßig, die Diskussion der Korea-Frage der Diskussion über Indochina nach dem Pariser Abkommen folgen zu lassen.
Seit fast 70 Jahren, seit Japan 1905 Korea zum "Protektorat" erklärte, ist das koreanische Volk seiner vollständigen nationalen Rechte beraubt. 1910 annektierte Japan das "Protektorat" und errichtete eines der brutalsten, unterdrückerischsten Kolonialregimes in der Geschichte des Imperialismus. Aufstände wurden in Blutbädern ertränkt, die menschlichen und materiellen Ressourcen des Landes wurden in unerträglicher Weise ausgebeutet und in die Militärmaschinerie gepreßt, die Japan zur Durchsetzung seiner Pläne der Unterwerfung Chinas und ganz Asiens aufbaute. Der Gebrauch der koreanischen Sprache war verboten, die koreanischen Namen mußten durch japanische Namen ersetzt werden, sogar das Tragen der koreanischen Nationaltrachten war verboten. Die Ausbeutung ging soweit, daß alljährlich die Haare der Frauen zwangsweise geschoren und "exportiert" wurden. Über 5 000 Patrioten, die bereits 1937 inhaftiert worden waren, wurden im März 1945 alle hingerichtet, als das Ende der japanischen Herrschaft und die Befreiung Koreas sich bereits abzeichneten. Dennoch blieb das koreanische Volk nicht untätig. Der junge Guerillaführer Kim Il Sung (vom Volk wurde er General Kim Il Sung genannt) organisierte und führte 15 Jahre lang den bewaffneten antijapanischen Kampf in den nördlichen Grenzgebieten Koreas und in der Mandschurei bis zum Sieg. Nach 40 Jahren unvorstellbarer Leiden unter der japanischen Herrschaft hatte das koreanische Volk nach der Niederlage der Japaner allen Grund, auf den Beginn eines neuen Lebens, auf die freie Ausübung seiner nationalen Rechte zu hoffen. Doch nach wie vor wurde ihm dies verweigert.
Auf der Potsdamer Konferenz wurde beschlossen, daß die Streitkräfte der USA und der Sowjetunion Korea besetzen und die japanischen Streitkräfte nach Japan evakuieren sollten. Die Sowjetarmee sollte dies nördlich des 38. Breitengrades bis zur Grenze Chinas und der UdSSR durchführen. Die US-Streitkräfte trugen die Verantwortung für die Durchführung südlich des 38. Breitengrades.

Als die Sowjetunion ihre Angriffe gegen die vielgerühmten Elite-Streitkräfte der Japaner, die Kwantung-Armee, am 9.8.1945 in der Mandschurei eröffnete, waren die Streitkräfte General Kim Il Sungs in der Lage, die Landung der Sowjets in Chongjin im Nordosten Koreas zu unterstützen. In einer großen Einkesselungsoperation nahmen sie die Hauptteile der japanischen Besatzungsarmee gefangen. Zu dieser Zeit hatte General Kim Il Sung seine Guerilla-Stützpunkte bereits von der mandschurischen Grenze weit nach Süden vorgeschoben. Dies erleichterte nach der japanischen Kapitulation die Bildung von Volkskomitees in ganz Korea. Als die Truppen McArthurs am 8.9.1945 in Südkorea landeten, waren die Japaner überall im Süden – ausgenommen in Seoul und in einigen anderen Städten – entwaffnet und gefangen. Die Führer der Volkskomitees, die die Regierungsgewalt übernommen hatten, erwarteten die

*) Die Rede erschien in der koreanischen englischsprachigen Zeitschrift 'Korea Today'. Auf deutsch wurde die Rede kürzlich in der Zeitschrift 'Freundschaft mit Korea', 2. Jahrgang Nr. 7 veröffentlicht (Verlag C. Müller, 3400 Göttingen, Postfach 150). Wir drucken sie hier mit freundlicher Genehmigung des Verlags in einer überarbeiteten Übersetzung.

Ankunft der US-Truppen, um ihnen die japanischen Gefangenen zu übergeben. Sie erwarteten, daß die US-Truppen sofort den japanischen Gouverneur, den verhaßten General Abe, sowie die übrigen japanischen Kommandeure und die koreanischen Kollaborateure verhaften würden. Im Norden befanden sich die Japaner und einige führende koreanische Kollaborateure sicher in sowjetischem Gewahrsam.

Zur Bestürzung der koreanischen Patrioten im Süden befahl der Kommandeur der US-Streitkräfte Hodge als eine seiner ersten Amtshandlungen, daß Abe und die anderen japanischen Staatsbeamten in ihren Stellungen bleiben bzw. wieder eingesetzt werden sollten. Außerdem wurde überall in Südkorea in seinem Namen eine typische MacArthur-Proklamation veröffentlicht, in der es hieß: "Alle Machtorgane im Korea südlich des 38. Breitengrades und seine Bevölkerung stehen zur Zeit unter meinem Befehl. Meine und alle in meinem Namen erlassenen Befehle müssen befolgt werden. Widerstand gegen die Besatzungstruppen oder alle Handlungen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, werden schwerstens bestraft. Offizielle Sprache während der Militärverwaltung ist Englisch . . ." In einer zweiten Proklamation wurde angeordnet, daß alle Personen, "die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören, die Ausübung des Rechts behindern oder vorsätzliche feindliche Angriffe gegen die alliierten Streitkräfte begehen, durch das Militär-Besatzungs-Gericht zum Tode oder zu einer anderen schweren vom Gericht zu verhängenden Strafe verurteilt werden . . ."

Die Vereinigten Staaten errichteten somit ein militärisches Besatzungsregime, das ganz klar die im Potsdamer Abkommen getroffenen Vereinbarungen verletzte. Nördlich des 38. Breitengrades tat die Sowjetunion das Gegenteil und übertrug alle Macht den Volkskomitees. Ein Auszug aus der von Generaloberst Chistiakow, dem Kommandeur der Sowjetarmee in Korea, erlassenen Proklamation an das koreanische Volk zeigt die Absicht der Sowjets. Nach dem Hinweis auf den Zusammenbruch der japanischen Armee stellt die Proklamation fest: "Korea ist ein freies Land geworden. Dies ist jedoch nur ein erster Schritt in der neuen Ära der koreanischen Geschichte . . . Das Glück des koreanischen Volkes wird nur durch die heroischen Anstrengungen des koreanischen Volkes selber erreicht werden . . . Du hast Freiheit und Unabhängigkeit erlangt. Alles weitere ist Deine Sache . . ."

Ein Erlaß der US-Militärregierung im Süden legte fest, daß "alle Gesetze, Erlasse, Anordnungen, Befehle oder andere Dokumente früherer Regierungen in Korea, die am 9.8.1945 in Kraft waren, weiterhin in Kraft bleiben und gültig sind, bis sie durch ausdrücklichen Befehl des Militärgouverneurs von Korea aufgehoben werden . . ."
Mit anderen Worten, der einzige Unterschied zwischen der US-Herrschaft und der früheren japanischen Herrschaft bestand darin, daß Japanisch als offizielle Sprache durch Englisch ersetzt wurde.

Unter amerikanischer Aufsicht begann die von den Japanern ausgebildete koreanische Polizei die Volkskomitees aufzulösen – wer Widerstand leistete, wurde zum Tode verurteilt. Die Koreaner im Süden wurden von der Militärregierung als "Feinde" behandelt, sie verfuhr hier entschieden unterdrückerischer als die von der US-Regierung in Japan, Deutschland oder Italien eingesetzte Verwaltung.

Auf einem Treffen der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Moskau im Dezember 1945 setzte sich der sowjetische Außenminister Molotow entschieden für den Abzug der Truppen der UdSSR und der USA aus Korea ein, um den Koreanern eine selbständige Lösung ihrer Probleme zu ermöglichen. Aber angesichts des Abstimmungsverhältnisses von 2 : 1 bei jeder Korea betreffenden Frage stimmte die Sowjetunion dem Vorschlag zu, eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren einzusetzen, um Mittel und Wege zur "nationalen Unabhängigkeit Koreas" auszuarbeiten. Obwohl die Japaner bis Ende 1945 aus Südkorea evakuiert waren – nach heftigen Protesten des koreanischen Volkes –, wurde die japanische Polizeimaschine vollständig intakt erhalten und dem von den USA erwählten Mann "in Südkorea" Syngman Rhee (Li Syng Man) übergeben, nachdem dieser aus seinem Exil in den USA nach Südkorea gebracht worden war. Die USA sabotierten die Arbeit der gemeinsamen Kommission. Von den vereinbarten Konsultationen schlossen sie willkürlich alle südkoreanischen Organisationen aus, die für eine Wiedervereinigung eintraten, einschließlich der Gewerkschaften, der Bauernverbände und sogar rechtsgerichteter politischer Parteien, wenn bekannt war, daß sie für die Wiedervereinigung eintraten.

Im Februar 1946 wurde das "Nordkoreanische Provisorische Volkskomitee" von Delegierten der örtlichen Volkskomitees gewählt, General Kim Il Sung wurde zum Vorsitzenden gewählt. Das Nordkoreanische Provisorische Volkskomitee (NPVK) führte eine ganze Reihe dringender Reformen durch, darunter die Bodenreform und die Nationalisierung der früheren japanischen Unternehmen. Ende 1946 setzte die US-Besatzungsmacht eine von ihr ausgesuchte "Interims-Regierung" und eine "Interims-Gesetzgebende Versammlung" ein. Die Leitung der "Interims-Regierung" wurde im folgenden Jahr Syngman Rhee übertragen, nachdem eine umfangreiche Säuberung aller stattgefunden hatte, die in Südkorea verdächtigt wurden, Kommunist zu sein. Dabei galt das Eintreten für die Wiedervereinigung des Landes als ausreichender "Beweis". Ganze Familien wurden verhaftet, gefoltert und sogar hingerichtet, wenn sie nur in den Verdacht gerieten, mit dem Norden zu "sympathisieren". Diese Tatsachen wurden nach Untersuchungen an Ort und Stelle von Organisationen wie dem Weltgewerkschaftsbund bezeugt (zu dem damals die amerikanische CIO und der Britische Gewerkschaftsbund gehörten). Die Delegation des Weltgewerkschaftsbundes protestierte bei der US-Besatzungsmacht dagegen, daß durch "organisierten Terror das koreanische Volk seiner elementarsten Rechte beraubt wird: der Redefreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Organisationsfreiheit . . .".

Nachdem die USA die Arbeit der gemeinsamen Militärkommission zum Scheitern gebracht hatten, zerrten sie das Korea-"Problem" vor die UNO, wo sie einer automatischen Mehrheit für jede Politik, die sie durchsetzen woll-

ten, sicher sein konnten. In diesem Fall für die Durchführung separater Wahlen in Südkorea "unter UN-Aufsicht" am 10. Mai 1948. Damit machten sie die Linie am 38. Breitengrad, die ausschließlich als Trennungslinie zwischen den Streitkräften der UdSSR und der USA zur Evakuierung der japanischen Besatzungsarmee dienen sollte, zu einer politischen Grenze – über die Köpfe der betroffenen Koreaner hinweg und gegen ihren ausdrücklichen Willen. Daß dies so war, beweist die Tatsache, daß Delegierte aller größeren politischen Parteien des Südens – außer der schwachen Grundbesitzer- und Kapitalistenpartei, der Demokratischen Partei und der Partei Rhees, die sich ausschließlich auf Kollaborateure der Japaner stützte – und aller gesellschaftlichen Organisationen von nur einiger Bedeutung im April 1947 auf einer Konferenz in Pjöngjang teilnahmen, auf der die Frage der Wiedervereinigung diskutiert wurde. Die politischen Parteien aus Südkorea kamen vom rechten Flügel oder vom Zentrum, aber zusammen mit den gesellschaftlichen Organisationen repräsentierten sie 90 % aller organisierten Südkoreaner. In der gemeinsamen Schlußerklärung der Konferenz am 23.4.1948 brachten sie ihre entschlossene Ablehnung der "separaten Wahlen" zum Ausdruck und verurteilten Syngman Rhee und Kim Sung Su, den Führer der Demokratischen Partei Südkoreas: "Wir brandmarken sie als Verräter und werden alle, die mit ihnen zusammenarbeiten, als Verräter brandmarken!", hieß es in der Erklärung. Und weiter hieß es: "Wegen dieser Reaktionäre war es dem südkoreanischen Volk unmöglich, die kostbaren Privilegien der Demokratie zu erhalten. Im Norden dagegen, der von der Sowjetarmee befreit wurde, können die Massen das schaffen, was sie brauchen; durch die von ihnen gebildeten Volkskomitees können sie demokratische Reformen verwirklichen und feste Grundlagen für eine gesunde Nationalwirtschaft legen sowie unsere nationale Kultur wiederherstellen . . ." Die Konferenz beschloß, "gegen die separaten Wahlen Widerstand zu leisten und die sowjetischen Vorschläge für ein vereinigtes, unabhängiges Land und den Abzug aller fremden Truppen zu unterstützen. Auf dieses Ziel richten wir alle unsere Anstrengungen."

Am 10. Mai wurden die Wahlen dennoch durchgeführt. Amerikanische Korrespondenten, die darüber berichteten, schätzten, daß mindestens 500 Menschen getötet wurden, einige, weil sie sich weigerten, zur Wahlurne zu gehen, andere bei Tumulten in den Wahllokalen. Die großen politischen Parteien boykottierten die Wahlen, einschließlich Kim Kyu Sik, der damals von den Amerikanern für das Präsidentenamt vorgesehen war, und Kim Ku von der rechtsgerichteten koreanischen Unabhängigkeitspartei. Syngman Rhee wurde zum gewählten Präsidenten erklärt.

Auf einem weiteren Treffen der Organisationen, die an der Wiedervereinigungskonferenz in Pjöngjang teilgenommen hatten, wurde im Juni 1948 in Haeju, nördlich des 38. Breitengrades, beschlossen, am 25. August gesamtkoreanische Wahlen durchzuführen. Trotz des Einsatzes der Syngman-Rhee-Polizei und der US-Besatzungsbehörden stimmten 77,52 % der Wähler im Süden ab und wählten 360 Abgeordnete, 99,97 % im Norden wählten 212 Abgeordnete (entsprechend dem Verhältnis der Einwohner südlich und nördlich des 38. Breitengrades). In den einzigen gesamtkoreanischen Wahlen in der Geschichte Koreas wurden so 572 Abgeordnete gewählt.

Am 8. September 1948 trafen die Abgeordneten des Südens und des Nordens in Pjöngjang zusammen, in der Obersten Volksversammlung wählten sie einstimmig General Kim Il Sung zum Ministerpräsidenten der Demokratischen Volksrepublik Korea. Wenn also heute General Kim Il Sung als Führer des ganzen koreanischen Volkes bezeichnet wird, so ist dies juristisch und historisch durchaus korrekt. Als eine der ersten Amtshandlungen erließ die neue Volksversammlung einen Aufruf an beide Besatzungsmächte und forderte, nach erfolgter Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK), den Abzug ihrer Besatzungstruppen. Die sowjetische Antwort erfolgte prompt. Die Gründung der Republik wurde begrüßt, der Abzug der Truppen angekündigt. Eine gleichlautende Forderung an den US-Kommandeur wurde zurückgewiesen. Nach verschiedenen vergeblichen Appellen der Sowjetunion an die USA zum gleichzeitigen Abzug beider Streitkräfte zogen die Sowjettruppen im Dezember 1948 aus Nordkorea ab, weniger als drei Monate nach Gründung der DVRK.

Syngman Rhee dagegen zögerte nicht, im Süden ein Terrorregime zu errichten. Sogar die UN-Kommission berichtete im August 1949, daß unter Rhees "Nationalem Friedenssicherungsgesetz" in den acht Monaten vor dem 30.4.1949 im Süden 89 710 Menschen verhaftet worden waren. Rhees Innenminister Kim Hyo Sok, der nach Ausbruch des Krieges im Juni 1950 in den Norden ging, berichtete, daß zwischen August 1945 und dem 25.6.1950, dem Tag des Kriegsausbruchs, schätzungsweise 250 000 Menschen ermordet und 600 000 verhaftet wurden, immer im Namen der "Befreiung nach amerikanischem Stil".

Nach meinen eigenen, noch unvollständigen Untersuchungen begann der Krieg tatsächlich bereits im August/September 1949 und nicht im Juni 1950. Wiederholt machten Syngman Rhees Streitkräfte seit dem Sommer 1949 Angriffe auf Schlüsselabschnitte am 38. Breitengrad, um sich günstige Ausgangspositionen für die totale Invasion des Nordens zu schaffen. Sie besetzten wichtige Höhen in den westlichen und mittleren Bereichen und drangen im östlichen Sektor tief auf nordkoreanisches Gebiet vor. Einige Schlüsselpositionen im Gebiet Haeju im Westen hielten sie mehrere Monate. Obwohl die US-Truppen schließlich doch dem Beispiel der Sowjettruppen folgen mußten und nach Japan abzuziehen begannen, leiteten "Berater" der US-Army die militärische Operation Syngman Rhees. Am 5. Juni, drei Wochen vor dem offiziellen Kriegsbeginn, gab Brigadegeneral W.L. Roberts, Chef der US-Militärmission, der Korrespondentin der "Herald Tribune", Marguerite Higgins, ein Interview, in dem er unter anderem enthüllte: "Ich habe jeder koreanischen Division 13 oder 14 Amerikaner zugeteilt. Sie arbeiten mit den koreanischen Offizieren . . . Sie leben mit ihnen im Feld und an der Front, sind im Kampf mit ihnen zusammen und in den Ruhepausen . . ." Damit wurde zum ersten Mal zugegeben, daß es eine "Front" gab und Kämpfe, an denen US-Offiziere teilnahmen. Was später passierte, war einfach dies: Die nordkoreanischen Streitkräfte waren der Überzeugung, daß die

Dinge weit genug gegangen waren und daß der nächste Angriff der Streitkräfte Rhees zurückgeschlagen werden mußte, daß – da alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ausgeschöpft waren – diese Streitkräfte dann zurückgejagt und der Süden befreit werden müßte. Am 25.6.1950 fand der nächste größere Angriff der Südtruppen statt. Die nordkoreanische Miliz schlug diesen Angriff fast überall entlang der Grenze zurück – ausgenommen im Abschnitt Haeju im Westen. Die seit der Gründung der DVRK in schnellem Aufbau befindliche reguläre nordkoreanische Armee griff sodann ein, mit den Ergebnissen, die heute Teil der Geschichte sind.

Bis heute fast unbekannt geblieben sind die Anstrengungen, die Ministerpräsident Kim Il Sung in letzter Minute zur Vermeidung solch eines bewaffneten Konflikts unternahm. Als die Sturmwolken heraufzogen und Syngman Rhee öffentlich prahlte, er würde "Pjöngjang in drei Tagen besetzen" und das Land bis an die mandschurische Grenze vereinigen (er sagte dies in einem Interview mit dem Vizepräsidenten von United Press), wurden neue Anstrengungen unternommen, um einen Bruderkrieg zu vermeiden. Anfang Juni 1950 bot Pjöngjang Zusammenarbeit mit allen Politikern im Süden an, ausgenommen Syngman Rhee und sieben weitere bekannte Kollaborateure der Japaner. 300 Mitglieder des südkoreanischen Parlaments und andere Prominente erhielten persönliche Einladungen zu einer neuen Wiedervereinigungskonferenz.
Zu diesem Zeitpunkt wurde die Grenze am 38. Breitengrad geschlossen. Radio Pjöngjang kündigte an, daß die Einladungen von zwei Delegierten und einem Journalisten zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Punkt des 38. Breitengrades übergeben werden würden. Sie wurden von Maschinengewehrfeuer empfangen, einer der Delegierten wurde dabei verwundet. Sie hatten Anweisung, die Einladungen unter allen Umständen nach Seoul zu übermitteln. Über ihr Schicksal ist nicht mehr bekannt, als daß sie verhaftet und gefoltert wurden.
Am 19. Juni schlug das Präsidium der Obersten Volksversammlung in Pjöngjang der Nationalversammlung in Seoul ein Treffen der beiden Organe zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes vor. Die Antwort war der Angriff des Südens am Morgen des 25. Juni 1950 und der machtvolle Gegenangriff des Nordens einige Stunden später.

Fast genau ein Jahr darauf war ich für zweieinhalb Jahre in Kaesong stationiert, einige Kilometer südlich des 38. Breitengrades, wo einige der schwersten Gefechte an einem lebenswichtigen Frontabschnitt begannen. Ich hatte genügend Zeit, die Bevölkerung der Gegend zu befragen, wer den ersten Schuß abgegeben hatte. Sie hatten keinerlei Zweifel. In der ersten Junihälfte drangen südkoreanische Truppen in großer Anzahl in Kaesong ein, am Abend des 24. Juni schoben sie sich in Positionen nördlich der Stadt vor. Frühaufsteher sahen sie am nächsten Morgen, noch in der Morgendämmerung, mit Artilleriegeschützen die Berge hinter der Stadt besetzen. Zwei oder drei Stunden später kamen sie zurückgerannt, warfen ihre Waffen weg und rissen sich die Uniformen vom Leib. Am Abend des 25. und am Morgen des 26. Juni gaben Zeitungen in Seoul die Eroberung des "Kieferngipfels" kurz hinter Kaesong durch einen "heroischen Gegenangriff" bekannt, nach vorangegangenem "Angriff" der Koreanischen Volksarmee auf Gebiete südlich des 38. Breitengrades.
Während Presse und Radio in Seoul von dem glorreichen Vormarsch auf Pjöngjang berichteten, flohen Syngman Rhee und seine amerikanische Frau mit fast den gesamten Goldreserven des Landes am 26. Juni mit dem Flugzeug nach Tokio. Rhee hatte sich gebrüstet, daß er innerhalb von drei Tagen Pjöngjang besetzen würde. In Wirklichkeit war nach drei Tagen Seoul befreit. Innerhalb von sechs Wochen hatte die koreanische Volksarmee über 90 % des Territoriums und über 92 % der Bevölkerung befreit. Das war nur durch die massive Unterstützung der dortigen Bevölkerung möglich gewesen. Mehr als 400 000 junge Leute schlossen sich der Volksarmee bei ihrem Vormarsch nach Süden an. Weitere hunderttausend bildeten Guerillaeinheiten und bekämpften den Feind im Rücken. Die 24. US-Division kam eilig von Japan herüber, um den Vormarsch zu stoppen; sie wurde zerschlagen und ihr Befehlshaber Dean war unter den Gefangenen.

Der Rest ist Geschichte. Die massive Intervention der USA unter der Flagge der "UNO". MacArthurs erfolgloser Versuch, den Krieg auf China auszudehnen und seine Absicht zu verwirklichen, Tschiang Kai-schek an die Macht zu bringen. Schließlich MacArthurs Sturz durch Truman, nicht, weil er diesen Versuch unternommen hatte, sondern weil er gescheitert war. Trotz des bis dahin gnadenlosesten Bombenkrieges in der Geschichte gelang es den USA nicht, das koreanische Volk in die Knie zu zwingen. Sie bombardierten Korea nördlich des 38. Breitengrades, bis nicht ein einziges Gebäude mehr stand. In der Hauptstadt Pjöngjang, damals eine Stadt mit 400 000 Einwohnern, waren nur noch zwei kleine Gebäude unbeschädigt geblieben. Als die Gebäude zerstört waren, konzentrierte sich die US-Luftwaffe, immer im Namen der "Vereinten Nationen", auf Staudämme und Bewässerungsanlagen. Diese Angriffe, ohne Vergleich in der Kriegsgeschichte, hatten den Tod von Millionen koreanischer Zivilisten zum Ziel: Wer nicht in den Fluten ertrank, sollte durch Hunger und Seuchen umkommen. Die Zerstörung des Bewässerungssystems sollte die Bewässerung der Reisfelder unmöglich machen – Reis ist das Grundnahrungsmittel der Koreaner. Es war dies der erste Angriff auf Staudämme seit Kriegsbeginn. Als "Entschuldigung" für ihr Vorgehen gab die Luftwaffe an, daß die Flutwelle die bisher noch nicht zerstörten Brücken und Straßen wegspülen sollte. Bei einem einzigen Angriff, als 36 B 26-Bomber in vier Wellen den Sunan-Staudamm angriffen, ertranken mehr als 450 Bauern, 70 Dörfer wurden überflutet und 5 000 Menschen obdachlos. Tag für Tag flogen die Bomber Angriffe gegen die Bauern und Arbeiter, die, bis zu den Hüften in Schlamm und Wasser, an der Ausbesserung der zerstörten Dämme arbeiteten. Später dehnten sie ihre Angriffe auf Flüchtlingslager und Dörfer in den bekannten Reisanbaugebieten aus, gleichgültig wie weit diese von Fabriken oder Transportwegen entfernt waren. Die Angriffe begannen am 14. Mai 1953 und dauerten bis zum Ende dieses Monats, zu einer Zeit also, als die Stauseen und Reservoirs durch die Frühjahrsschmelze bis an den Rand gefüllt waren.

Schließlich waren die USA gezwungen, die Panmunjon-Verhandlungen über eine Waffenruhe zum Abschluß zu bringen. Am 27. Juli 1953 wurde der Vertrag über den

Waffenstillstand unterzeichnet. Ungefähr entlang des 38. Breitengrades, wo der Krieg begonnen hatte, wurde eine Demarkationslinie gezogen, wobei der DVRK im Westen ein Gebiet südlich des Breitengrades und dem "UN"-Kommando ein etwa gleich großes Gebiet im Osten nördlich des Breitengrades zugesprochen würde.
Artikel 4 des Waffenstillstandsabkommens sah vor, daß innerhalb von drei Monaten nach der Feuereinstellung Gespräche über den Abzug fremder Truppen und über Schritte zur Wiedervereinigung des Landes geführt werden sollten.
12 Tage danach verletzten die USA und Rhee jedoch das Abkommen; in einem zweiseitigen Abkommen vereinbarten sie die Stationierung von US-Truppen und die Errichtung von US-Basen in Südkorea in unbestimmter Größe und für unbestimmte Dauer. 21 Jahre später befinden sich immer noch US-Truppen und -Basen in Südkorea.

Seit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens im Juli 1953 hat die DVRK zahllose Anstrengungen unternommen, das Abkommen in einen Friedensvertrag zu verwandeln und das Land Schritt für Schritt wieder zu vereinigen. In den politischen Gesprächen in Panmunjon, die dem Waffenstillstand folgten, und auf der internationalen Konferenz in Genf 1954 weigerten sich die USA und das Regime in Seoul hartnäckig, Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die die Selbstbestimmung des koreanischen Volkes betrafen. Auf der Genfer Konferenz versuchten die USA erneut, sich hinter der "UN"-Flagge zu verbergen, indem sie Wahlen in Nordkorea unter "UN-Oberaufsicht" forderten. Dies hörte sich für die Öffentlichkeit gut an, aber da die "UN" am Koreakrieg beteiligt waren, konnte eine Ausdehnung ihrer Autorität auf die DVRK nördlich des 38. Breitengrades ihnen nur einen Sieg einbringen, den sie auf dem Schlachtfeld nicht erreicht hatten.
Pjöngjang machte viele Vorschläge zur Lösung der Frage der Wiedervereinigung auf demokratischem und vernünftigem Wege. Ministerpräsident (heute Präsident) Kim Il Sung schlug Wahlen in ganz Korea vor, an denen sich alle Parteien frei beteiligen sollten. In diesen Wahlen sollte eine vereinigte demokratische Regierung gewählt werden. Da im Süden 10 Millionen mehr Menschen lebten als im Norden, hätte das Regime in Seoul eigentlich keine Angst vor der Anzahl der Stimmen zu haben brauchen. Angst hatte es natürlich vor der Verteilung der Stimmen! Als diese gerechteste aller Lösungsmöglichkeiten zurückgewiesen wurde, schlug der Norden Übergangsmaßnahmen vor. Es wurde vorgeschlagen, eine Föderation durch Bildung eines Obersten Nationalen Komitees zu errichten. Dieses Komitee sollte aus einer gleichen Anzahl von Repräsentanten beider Seiten gebildet werden, die unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Systeme der DVRK und der Republik Korea sollten weiter bestehen. Das Oberste Nationale Komitee sollte die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung koordinieren und ganz Korea nach außen repräsentieren. Der Süden wies dies ebenfalls zurück. Als nächstes schlug die DVRK vor, Südkorea an den Errungenschaften des erstaunlichen wirtschaftlichen Fortschritts im Norden teilhaben zu lassen. Pjöngjang bot dem Süden eine jährliche Lieferung von 100 000 Tonnen Walzstahlprodukten, einer Milliarde Kilowattstunden Elektrizität, 10 000 Tonnen chemischer Fasern, 300 000 Tonnen Reis sowie großer Mengen Zement, Holz und Maschinen sowie anderer Waren an. Das wurde zurückgewiesen. Politiker und Journalisten im Süden, die für die Akzeptierung dieses Angebots eintraten, wurden von der Pak Chung Hi-Diktatur verhaftet, einige hingerichtet. (Syngman Rhee wurde von einem Volksaufstand im April 1960 gestürzt und mußte das Land verlassen, nach einer kurzen Interimsherrschaft eines zivilen Präsidenten putschte Pak Chung Hi im Frühjahr 1961.)
An dieser Stelle sollte noch erwähnt werden, daß die wirtschaftliche Planung im Norden seit der Gründung der DVRK nach den gesamtkoreanischen Wahlen stets auf die Erfordernisse für ganz Korea abgestimmt war.

Ähnliche Vorschläge wurden wiederholt, als sich Delegationen des Nordens und des Südens trafen. Dies geschah in Übereinstimmung mit der gemeinsamen Erklärung vom 4. Juli 1972; sie leitete Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea ein. Aber alle diese Vorschläge stießen auf taube Ohren. Bald war klar, daß Pak Chung Hi diese Gespräche nur akzeptierte, um die Öffentlichkeit im Süden zu täuschen und zu beschwichtigen; hinter der Fassade verstärkte er die Diktatur und setzte im Oktober 1972 die Verfassung außer Kraft, er verhängte das Kriegsrecht und intensivierte die Unterdrückung.
Die Tatsache, daß Pak den Chef des südkoreanischen CIA zum Leiter der südkoreanischen Delegation machte, war ein weiterer Hinweis auf die wahren Absichten Seouls, die hinter der Einwilligung zu den Gesprächen steckten.
Die vollständige Unaufrichtigkeit des Seoul-Regimes erwies sich, als Pak am 23. Juni 1973 die Aufnahme beider koreanischer Staaten in die Vereinten Nationen vorschlug. Dies würde die ewige Teilung Koreas bedeuten. Am Abend des gleichen Tages antwortete Präsident Kim Il Sung mit einem 5-Punkte-Vorschlag zur Wiedervereinigung, der die gemeinsame Vertretung des Landes durch eine "Föderative Republik Koryo" (Koryo ist der alte Name Koreas) bis zur vollständigen Wiedervereinigung zum Inhalt hatte.

Die Wiedervereinigungsgespräche führten zu nichts anderem, als dem koreanischen Volk aufzuzeigen, wer für die Wiedervereinigung eintritt und wer den geringsten Fortschritt in diese Richtung abblockt. Die demagogische Haltung des Seoul-Regimes zeigte sich kürzlich wieder an dem Vorschlag, einen "Nichtangriffspakt" mit der DVRK abzuschließen. In einer Begrüßungsansprache für den algerischen Präsidenten Houari Boumedienne in Pjöngjang zeigte Präsident Kim Il Sung die Absurdität eines solchen Vorschlags auf:
"Wie gut bekannt ist, sind die wirklichen Befehlshaber der südkoreanischen Streitkräfte nicht die südkoreanischen Machthaber, sondern der Kommandeur der US-Truppen, die noch die UNO-Abzeichen tragen. Ebenso sind es die US-Imperialisten, die alle Waffen vom Gewehr bis zur Artillerie unter Kontrolle haben. Wenn die südkoreanische Regierung trotz ihrer leeren Hände den Abschluß eines 'Nichtangriffspakts' mit uns vorhat und gleichzeitig die aggressiven Truppen des US-Imperialismus in Südkorea läßt, dann ist das so lächerlich, daß es sich nicht lohnt, darüber zu diskutieren. Angesichts derartiger Unternehmungen zur Teilung des Landes können wir nicht glauben, daß die südkoreanische Regierung aufrichtig an einem Dialog zur Wiedervereinigung teilnimmt." Dann machte

Präsident Kim Il Sung einen neuen Vorschlag, um die Frage der Wiedervereinigung direkt vor das Volk im Norden und im Süden zu bringen:
"Wir glauben, daß, um zu einer friedlichen Lösung der Frage der Wiedervereinigung zu kommen, die Frage von der ganzen Nation diskutiert werden muß, anstatt sie in dem engen Rahmen von offiziellen Gesprächen zwischen Norden und Süden zu belassen.
Daher schlagen wir vor, daß unabhängig von dem bestehenden Koordinationsausschuß für die Nord-Süd-Beziehungen eine große Nationalversammlung einberufen werden sollte, oder eine Konferenz zur politischen Diskussion zwischen Norden und Süden, an der die Vertreter der verschiedenen politischen Parteien und gesellschaftlichen Vereinigungen und Personen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Nordens und des Südens teilnehmen sollten. Das ist der einzige Weg zur Wiedervereinigung . . ."

In einer langen Diskussion im August letzten Jahres sprach Präsident Kim Il Sung, nachdem er viele der politischen Vorschläge genau beschrieben hatte, die während der Sitzungen des Koordinationsausschusses gemacht worden waren, auch über die sehr konkreten Angebote der DVRK zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit:
"Wir haben gesagt: – Warum solltet Ihr Eure Arbeiter ins Ausland, in Länder wie Westdeutschland und Brasilien schicken, wenn wir ihnen Arbeit geben könnten? Warum soll man Eisenerz für teures Geld aus dem Ausland einführen, wenn es davon im Norden reichlich für ganz Korea gibt? Schickt Eure Arbeiter zu uns, wir geben ihnen die Werkzeuge und sie können das Eisenerz abbauen und nach Süden schicken – soviel Ihr wollt, ohne daß es etwas kostet! Sie lehnten ab. Bei einer anderen Gelegenheit, nachdem der Süden durch schwere Überflutungen große Verluste an Menschen und Material erlitten hatte, sagten wir: Wir haben große Erfahrungen in der Bewässerung und in der Verhinderung von Überschwemmungen. Wir schicken Euch Techniker und Ausrüstung. Sie können nach Euren Anweisungen überall dort arbeiten, wo Ihr sie braucht. Die Antwort war wieder: 'Nein. Mit dem Wasser der Bewässerungsanlage kommt der Kommunismus'.
Wir schlugen auch vor, daß südkoreanische Fischer in unseren Gewässern fischen können. Es geht ihnen im Süden schlecht, weil die Japaner die umweltverschmutzende Industrie in Südkorea angesiedelt haben. Das Wasser ist dort verseucht, und das hat katastrophale Folgen für die Fischer. 'Wir sind eine Nation. Es gibt genug Fische für alle in unseren Gewässern', sagten wir. Aber sie wiesen es wieder zurück, wie sie jeden konkreten Vorschlag zur Normalisierung der Beziehungen zurückgewiesen haben."
Die Tatsache, daß das Seoul-Regime es vorzieht, sich wirtschaftlich an die USA und Japan zu ketten, anstatt die außerordentlichen Leistungen der wirtschaftlichen Entwicklung im Norden zu nutzen, ist ebenso typisch. Sie erlauben es lieber der japanischen Industrie, die billigen koreanischen Arbeitskräfte auszubeuten – ein südkoreanischer Industriearbeiter verdient ein Drittel von dem, was ein japanischer Arbeiter verdient –; die Produktion der japanischen Industrie in Südkorea wird zudem überwiegend exportiert.
Die DVRK erfüllt gegenwärtig ihren Sechsjahresplan vorfristig. Die Planziffern für Ende 1976 werden zum größten Teil bereits in diesem Jahr erreicht werden, die Ziele des Planes werden insgesamt Ende 1975 erreicht werden. Am 14. Februar 1974, nach einer zweitägigen Sitzung des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei, wurden deshalb neue Ziffern aufgestellt. Die nächste Planperiode hat folgende Ziele: Stahlproduktion 12 Millionen Tonnen; Kohleproduktion 100 Millionen Tonnen; 50 Milliarden Kilowattstunden Elektrizität; 20 Millionen Tonnen Zement; 1 Million Tonnen Nichteisenmetalle; 5 Millionen Tonnen chemische Düngemittel; 10 Millionen Tonnen Getreide; 5 Millionen Tonnen Fisch. Diese Zahlen zeigen, daß die wirtschaftliche Planung im Norden auf die Erfordernisse des ganzen Landes abgestimmt ist – wenn die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden es möglich macht.

Daß diese Ziele erreicht werden können, ist ein Triumph der "Djudsche"-Politik Präsident Kim Il Sungs. Vertrauen auf die eigene Kraft in allen Bereichen der Wirtschaft, Politik und auf anderen Gebieten. Ein Beispiel nur: Vor dem Krieg war der Süden die Reiskammer Koreas. Der Norden war von der Getreideproduktion des Südens abhängig. 1956 erreichte die Getreideproduktion des Nordens die Rekordziffer von 2,8 Millionen Tonnen und ließ damit das beste Vorkriegsergebnis hinter sich. 1965 waren es schon 5 Millionen Tonnen. Dieses Jahr, 1974, wird eine Produktion von 6,5 bis 7 Millionen Tonnen erwartet. Dies ist das für 1976 angestrebte Ziel. Der letzte Wirtschaftsplan, er endete 1970, setzte folgende Ziele: 2,5 Millionen Tonnen Stahl; 23 bis 25 Millionen Tonnen Kohle; 4 bis 4,5 Millionen Tonnen Zement; 33 bis 35 Milliarden Kilowattstunden Elektrizität. Auch diese Zahlen wurden von westlichen "Experten" verhöhnt. Ein Blick auf den neuen Plan zeigt eine industrielle Zuwachsrate, die kein westlicher Staat übertreffen kann. Die Erfüllung dieses Planes wird, nach und nach, einen unwiderstehlichen Magnet für die Wiedervereinigung bilden.

Der einzige Faktor, der dies verhindern kann, sind neue Feindseligkeiten. Die Regierung der DVRK ist in dieser Hinsicht äußerst wachsam. Fortgesetzte Spionageakte der nordamerikanischen und südkoreanischen Nachrichtendienste und die Geschichte der letzten 30 Jahre rechtfertigen diese Wachsamkeit.

Wilfred Burchett

Freundschaft mit KOREA

Bestellungen an:
Verlag C. Müller
3400 Göttingen
Postfach 150

Gibt es zu viele Menschen?

Zur Auseinandersetzung um die Frage der Welternährungskrise *

"Die Weltbevölkerungsbombe tickt"
"Die Bevölkerungslawine – eine Katastrophe für die Menschheit"
"Fünf gegen das Wachstum der Bevölkerung investierte Dollar sind wirksamer als hundert für das wirtschaftliche Wachstum investierte Dollar." (Lyndon B. Johnson)

Solche reißerischen Parolen vermischen sich in der bundesdeutschen Presse mit den erschütternden Nachrichten aus den Hungergebieten der Erde: In Bangla Desh, das eines der fruchtbarsten Gebiete der Erde ist, sterben Hunderttausende von Menschen an Hunger. In der afrikanischen Sahel-Zone, die ehemals fruchtbar, eine Kornkammer Afrikas war, fiel nach sechsjähriger Dürre wieder Regen – aber er konnte nicht landwirtschaftlich genutzt werden, und das Sterben geht weiter.
Die Erklärungen für diese Katastrophen sind in der westdeutschen Presse einhellig und eindeutig: Es gibt zu viele Menschen. Gerade die Ärmsten der Armen vermehren sich unglücklicherweise wie die Kaninchen. Da hilft nur noch eine drastische Beschränkung der Geburtenzahlen. Der Club of Rome beweist es mit Computern: Nur ein absolutes Nullwachstum kann uns noch vor der Katastrophe retten.
Die Essenz all dieser Behauptungen, die von der Presse, vom Club of Rome und vielen anderen Büchern, Zeitschriften und internationalen Konferenzen geäußert wird, ist:
Die Erde ist nicht imstande, eine wachsende Anzahl von Menschen zu ernähren. Die Grenzen der ausbeutbaren Rohstoffe, der Landwirtschaft, der Industrie sind schon jetzt abzusehen. Der Anfang dieser Krise zeigt sich in der Dritten Welt, wo die Länder nicht imstande sind, ihre Bevölkerung ausreichend zu ernähren, aber auch in den Industriestaaten, wo eine wachsende Anzahl von Menschen arbeitslos, d.h. überflüssig ist. Die Lösung des Problems sehen die Vertreter dieser Theorien in einer Begrenzung des Wachstums der Rohstoffausbeutung, der Industrie, vor allem aber der Menschheit.
Diese Theorien sind nicht neu. Schon um 1800, als die Weltbevölkerung mit einer Milliarde noch nicht einmal ein Drittel der jetzigen betrug, behauptete Robert Malthus, daß die Anzahl der Menschen sich schneller vergrößere als die Mittel zu ihrer Ernährung. Die Konsequenz in England war damals, daß 1834 die Verpflichtung der englischen Gemeinden, für ihre Armen zu sorgen, aufgehoben wurde. Als überflüssig wurde also der angesehen, der kein Geld hatte, also der arbeitslose Teil des Proletariats. Schon damals fand Friedrich Engels die richtige Antwort:
"Es wird zu wenig produziert, daran liegt die ganze Sache. Aber weshalb wird zu wenig produziert? Nicht, weil die Grenze der Produktion – selbst für heute und mit heutigen Mitteln – erschöpft wäre. Nein, sondern deshalb, weil die Grenze der Produktion bestimmt wird nicht durch die Anzahl der hungrigen Mägen, vielmehr durch die Anzahl der kaufenden zahlungsfähigen Geldbeutel." (1)

In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts fanden die malthusianischen Theorien einen neuen Aufschwung. Stiftungen, die von Rockefeller und Ford finanziert wurden, setzten sich für Geburtenkontrollen in der Dritten Welt und auch in den USA ein:
"Die in einer schnell wachsenden Bevölkerung entstehende Unruhe wird durch das Übergewicht der Jugend verstärkt. In einer durchweg jugendlichen Bevölkerung herrscht meist erhebliche Ungeduld, was die Verwirklichung der steigenden Erwartungen betrifft. Die Folge ist häufig extremer Nationalismus." (2)
"Unser Nachkriegs-Baby-Boom fordert vom amerikanischen Volk einen hohen Preis – gemessen an den menschlichen wie an den finanziellen Kosten. Der Baby-Boom wird von jetzt an das Arbeitslosenproblem der USA verstärken, den Umfang der Jugendkriminalität sehr vergrößern, bereits gefährliche Rassenspannungen sehr verschärfen, die weiterführenden Schulen und Colleges überfluten, Verkehrsunfälle und Verkehrstod gewaltig steigern, Stadtballungen vergrößern und das traditionelle amerikanische Regierungssystem weiter zerstören." (3)
Heute finden diese neomalthusianischen Theorien ihren Ausdruck in den Weltbevölkerungs- und Welternährungskonferenzen der UNO. Auf der Welternährungskonferenz in Bukarest und der Weltbevölkerungskonferenz in Rom im vergangenen Jahr wurde dieser Standpunkt durchgängig von den westlichen Industrienationen und in ähnlicher Form von den Nationen des Ostblocks vertreten. Sie versuchten, Resolutionen durchzusetzen, die der Politik entsprechen, die sie schon jetzt betreiben. ("Westliche Industrienationen – insbesondere die Weltbank – haben die Vergabe von Entwicklungshilfe von der Bereitschaft eines Landes, bevölkerungspolitische Maßnahmen durchzusetzen, abhängig gemacht.") (4)

Gegen diese Absichten haben sich aber die Stimmen derjenigen erhoben, die von diesem Problem betroffen sind, die Länder der Dritten Welt. Sie haben vertreten, daß nicht das Wachstum ihrer Bevölkerung in der Hauptsache am Hunger schuld ist, sondern daß die Ausplünderung ihrer Länder durch den Kolonialismus und Imperialismus dazu geführt hat, daß die wirtschaftliche und soziale Struktur

(1) Friedrich Engels, Brief an Lange vom 29. März 1865. Marx/Engels-Werke, Band 21, Seite 467
(2) Prospect for America des Rockefeller-Fonds. Zitiert nach: Kursbuch 33 "Ökologie und Politik", Kursbuch-Verlag, Berlin 1973, Steve Weissman: Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefeller-Baby, Seite 84
(3) Planned Parenthood auf dem Weltbevölkerungskongreß 1963 in New York. Zitiert nach: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/74, Seite 254
(4) Barbara Böttger, 700 Millionen ohne Zukunft. Reinbek 1975, rororo 1603, Seite 78

(*) Der Text ist einer Broschüre der Zelle Biologie des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) Frankfurt am Main entnommen, die im Februar 1975 erschienen ist.

ihrer Länder zusammengebrochen ist und somit die Bevölkerung nicht ernährt werden kann. Wenn sie nur die Möglichkeit erhalten würden, eine selbständige und entwickelte Wirtschaft aufzubauen, wären sie nicht mehr auf die Almosen der Industrienationen angewiesen, sondern könnten sich selbst ernähren.
Der Standpunkt der chinesischen Delegation, daß "jedes Land in Übereinstimmung mit den Wünschen seines Volkes und seinen speziellen Bedingungen seine eigene Bevölkerungspolitik festlegen soll" (5), setzte sich durch und verhinderte die Beschlüsse, die die imperialistischen Länder durchsetzen wollten.

Wir wollen im folgenden nachweisen, daß der letztere Standpunkt richtig ist und Unterstützung verdient.

Wo liegen die Ursachen der Welternährungskrise?

Die meisten Länder, in denen heute Menschen verhungern, die deshalb als überbevölkert bezeichnet werden, waren nicht immer so arm. Vor Jahrhunderten, das heißt vor der Kolonialisierung durch Westeuropa, hatten viele dieser Länder eine hochentwickelte Kultur. Europäische Reisende berichteten damals von dem gewaltigen Reichtum z.B. Indiens, von der Fruchtbarkeit des Bodens, von seiner Kultur. "Über bengalische Dörfer in jener Zeit (etwa 1750) berichtet der französische Reisende Tavernier, daß selbst in den kleinsten Dörfern Reis, Mehl, Butter, Milch, Bohnen und andere Gemüse, Zucker und andere Süßigkeiten im Überfluß zur Verfügung stehen." (6) Die sagenhaften Reichtümer der damaligen Herrscher in Indien, Peru und China sind ebenso bekannt wie die komplizierten Bewässerungssysteme, die Literatur, das Handwerk usw. Abgesehen von einigen Beispielen, z.B. China, das jahrhundertelang an seiner hierarchischen Feudalstruktur festhielt, wo die Feudalherren das Volk bis aufs letzte ausplünderten und wo deshalb dauernd Hungersnöte auftraten, konnten diese Länder trotz hoher Einwohnerdichte die gesamte Bevölkerung ausreichend ernähren.

Westeuropa war damals diesen Ländern kaum voraus. Diese hatten zwar eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, die aber keineswegs weniger leistungsfähig war. Als die Städte in Europa wuchsen und einen wachsenden Bedarf nach neuen Gütern und Absatzmärkten hatten, die es vorerst nur im Fernen Osten gab, wurde ein Seeweg nach Indien gesucht. Dabei wurden die großen Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts gemacht. Militärisch unterlegene Länder konnte man einfach ausplündern, mit gutgerüsteten hingegen – das waren vor allem die asiatischen – war nur Handel möglich. Das Gold, das man gegen Gewürze, Stoffe, Tee usw. eintauschen mußte, holte man aus den unterworfenen und kolonialisierten Ländern vor allem Lateinamerikas. Bei gleichzeitiger Unterwerfung und Zerstörung der Indio-Kulturen wurden die Gold- und Silberminen Lateinamerikas von den Spaniern ausgebeutet.
Die Europäer hatten kein Interesse daran, in den Kolonien eine leistungsfähige, selbständige Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder aufzubauen. Was sie dort wollten, waren 1. landwirtschaftliche Produkte, 2. Rohstoffe, 3. Arbeitskräfte und 4. Absatzmärkte.

1. Landwirtschaft

1.a. Indien
Indien hatte damals hochentwickelte Baumwollanbaumethoden und eine ausgedehnte Baumwollindustrie. Nachdem die Engländer lange Zeit die indischen Baumwollstoffe eingetauscht und dafür viel Gold bezahlt hatten, fanden sie eine bessere Weise, an der Sache zu verdienen. Sie exportierten Rohbaumwolle, verarbeiteten sie in England und verkauften sie in Europa mit hohem Profit. In Indien erzwang die East Indian Company, daß im ganzen Land nur in England hergestellte Baumwolle zu englischen Preisen verkauft wurde, und sie erließ Gesetze, nach denen die Inder ihre eigene Baumwolle teurer verkaufen mußten als die englische. Durch diese und viele ähnliche Maßnahmen brach die indische Wirtschaft zusammen.

1.b. Brasilien
In Brasilien sicherte sich die portugiesische Krone sofort das Salz-, Tabak-, Erz-, Quecksilber-, Walfang-, und Diamantenmonopol. "Den Brasilianern war bis 1822 die Ausbeutung von Gold, Silber und Diamanten verboten. Man verbot ihnen auch die Einrichtung einer eigenen Industrie, da man einerseits an den Rohstoffen, andererseits an einem guten Absatzmarkt interessiert war." (7)
Die Portugiesen forsteten die Brasilholz-Wälder ab, und als die Küstenregionen abgeholzt waren, auch andere Wälder im Binnenland, um dort Zucker, Baumwolle und Kaffee anzubauen. Ein bis zwei Millionen Quadratkilometer Wald wurden damals abgeholzt; heute ist dieses Land deshalb äußerst unfruchtbar. In den entstehenden Plantagen mußten die Indios als Sklaven Schwerarbeit verrichten, die sie nicht gewohnt waren und an der deshalb unzählige von ihnen starben.

2. Rohstoffe

2.a. Peru
Das Gold, mit dem Europäer sich Luxusgüter kaufen oder "Kolonialwaren" in den ostasiatischen Kolonien eintauschen konnten, holten sich die Spanier zum großen Teil aus Peru. Das spanische Königshaus brauchte es, um den Holländern und Engländern Luxusgüter abzukaufen, legte es also nicht gewinnbringend an, während England, dessen Piraten auch große Teile des peruanischen Goldes erbeuteten, es zum Beispiel in Indien mit Gewinn eintauschte oder in die Produktion investierte. Zu dieser Zeit wurde England zur führenden Wirtschaftsmacht. Während der Eroberungszeit wurden insgesamt 300 Milliarden Mark in Gold aus den Kolonien geholt, das war um 1800 der Wert der gesamten englischen Industrie.

2.b. Chile
Später, als die europäische Industrie sich durch Ausbeutung der Kolonien weiterentwickelt hatte, brauchte man andere Rohstoffe. Chile wurde zeitweise fast nur auf Salpeterabbau, später auf Kupferabbau ausgerichtet. In bei-

(5) Der chinesische Delegierte auf der Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest. Zitiert nach: Peking Rundschau Nr. 35/1974
(6) Barbara Böttger, 700 Millionen ohne Zukunft, A.a.O., Seite 15
(7) Erhard Meueler (Hrsg.), Unterentwicklung. Reinbek 1974, rororo 6906, Seite 165
Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt ebenfalls aus E. Meueler.

den Fällen hatten England oder später die USA das Abbaumonopol. Die chilenische Landwirtschaft wurde während dieser Zeit so vernachlässigt, daß Chile Nahrungsmittel, die es vorher exportiert hatte, jetzt importieren mußte. Bis 1914 wurden 80 % der chilenischen Ausfuhrgewinne mit Salpeter erzielt. Nachdem man kaum noch Salpeter brauchte, da Ammoniak ab 1914 aus dem Stickstoff der Luft hergestellt werden konnte, brach die chilenische Wirtschaft zusammen.
Später wurde Chile dann auf Kupferabbau umgestellt und ist somit heute noch extrem weltmarktabhängig und alles andere als autark. Die Gewinne im Kupfergeschäft werden von den USA abgesahnt, die von 1922 bis heute das 1300-fache ihrer Anfangsinvestitionen herausholen konnten.

3. Arbeitskräfte

Als am Anfang in Peru Gold und Silber abgebaut wurde, als in Brasilien Zucker-, Kaffee- und Baumwollplantagen aufgebaut wurden, ließ man die Indios als Sklaven in Bergwerken und Plantagen arbeiten. Durch die Sklavenarbeit starben unzählige von Indios, ebenfalls durch Seuchen, die die Europäer eingeschleppt hatten. Man begann, aus Afrika kräftigere Sklaven heranzuschaffen. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts wurden fünf bis sechs Millionen afrikanischer Sklaven allein nach Brasilien gebracht, wobei mit Sicherheit weitere ein bis zwei Millionen auf der Überfahrt umkamen. Die Bevölkerung Lateinamerikas und Afrikas wurde ungeheuer dezimiert, während die Sklavenhändler ungeheure Gewinne machten. Auch heute noch werden personalintensive Produktionszweige von den Industrieländern mit Vorliebe in unterentwickelten Ländern angesiedelt, da hier die Löhne am geringsten sind.

4. Absatzmärkte

Nicht nur, daß die Kolonien nichts von den Reichtümern ihrer Länder hatten, die Europäer legten die Wirtschaftsstrukturen in der Dritten Welt auch so an, daß die Kolonien auch nach ihrer formellen Unabhängigkeit wirtschaftlich abhängig blieben.
Durch Gesetze wurden den Kolonien bestimmte Produktionszweige verboten, durch Zollbestimmungen wurde ihnen der Export von Fertigprodukten erschwert oder unmöglich gemacht, der Gewinn aus der Landwirtschaft, mit dem eine eigene Industrie hätte aufgebaut werden können, wurde nach Europa transferiert, in Europa hergestellte Fertigprodukte werden an die Kolonien für überhöhte Preise verkauft; die Wirtschaft wurde einseitig ausgerichtet, auf Kupferabbau oder Zuckeranbau, Kaffee oder Bananenplantagen usw. Alles andere muß zu von Europa oder den USA festgesetzten Preisen importiert werden.

Durch die Ausbeutung der Rohstoffe, der Landwirtschaft und der Menschen wurde in den Kolonien ein gewaltiger Reichtum erzeugt. Er kam jedoch nicht den Kolonien selbst zugute, sondern wurde nach Europa abgeführt und durch für die Kolonien ungünstige Handelsbedingungen noch erhöht. Zu dieser Zeit wurden europäische Länder zu den führenden Industrie- und Handelsmächten, während die Kolonien immer ärmer wurden und ihre Gesellschaftsstrukturen zusammenbrachen.

In der Dritten Welt dauern die Hungersnöte an

Auch nachdem die Länder der Dritten Welt formell unabhängig geworden sind, geht die Ausbeutung durch die imperialistischen Staaten weiter. Der Unterschied ist, daß diese Ausbeutung sich nicht mehr in der politischen Herrschaft über eine Kolonie ausdrückt, sondern in einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit, unter der die Ausbeutung oft noch intensiver ist, als das während der Kolonialzeit möglich war.
Die grundlegende Bedeutung der Dritten Welt für die Imperialisten hat sich nicht geändert. Immer noch brauchen sie die Rohstoffe, Absatzmärkte und Arbeitskräfte, sie sind sogar vom Vorhandensein dieser Faktoren in der Dritten Welt extrem abhängig.

Welthandel – Terms of Trade – Zollpolitik

"Bekanntlich sind die Preise für unverarbeitete Rohstoffe, Agrarerzeugnisse und mineralische Brennstoffe, die neun Zehntel des Exports der Dritten Welt ausmachen, seit dem Zweiten Weltkrieg entweder gesunken oder wesentlich weniger gestiegen als die Preise von Fertigwaren, insbesondere von Produktions- und Investitionsgütern, den Hauptimportwaren der Länder der Dritten Welt." (8) So kommt es, daß ein unterdrücktes Land mit dem Erlös seiner Exporte im Laufe der Zeit immer weniger importieren kann. Zu der für die Dritte Welt ungünstigen Entwicklung der Weltmarktpreise kommt noch hinzu, daß die kapitalistischen Länder versuchen, die Rohstoffe unter Weltmarktpreis zu kaufen und ihre Fertigprodukte über Weltmarktpreis zu verkaufen. Die Bewilligung von Anleihen für die Dritte Welt wird z.B. an Verträge geknüpft, nach denen bestimmte Produkte nur in kapitalistischen Ländern, an erster Stelle in den USA, eingekauft werden dürfen. "Unter Ausnützung dieser Situation treiben die Kreditgeber willkürlich ihre Preise hoch und bewirken so bei den Schuldnerländern einen schwerwiegenden Abfluß an ausländischen Valuta." (9)
"Ein brasilianischer Nationalökonom bemerkte, daß sein Land jährlich mindestens 700 Millionen Dollar durch den Austausch von Nichtäquivalenten sowohl mit den USA wie auch mit anderen hochkapitalistischen Ländern verlöre." (10)
Um zu verhindern, daß die Dritte Welt nicht nur billige Rohstoffe, sondern auch teure Investitionsgüter produziert und exportiert, betreiben die kapitalistischen Länder eine Zollpolitik, die die Armut der Dritten Welt noch verschärft. "Unverarbeitete Rohmaterialien werden entweder nicht oder mit relativ niedrigen Einfuhrzöllen belegt, während die Zollbelastung bei verarbeiteten Produkten proportional zum Verarbeitungsgrad steigt." (11)

Direktinvestitionen in Niedriglohnländern

Nach einer gewissen Entwicklung des Kapitalismus reichten Industrie und Absatzmärkte der kapitalistischen Länder nicht mehr aus, um weiteres Wachstum zu gewährleisten. Das wurde dann zum Teil dadurch ermöglicht, daß ein Teil der Produktion in die Dritte Welt verlagert wurde. Hier sind Arbeitskräfte billiger, und viele Regierungen billigen den ausländischen Unternehmen Steuerfreiheit für eine gewisse Zeit zu. Obwohl diese Unternehmen meist mit modernen Maschinen ausgestattet sind, also wenig Arbeitsplätze schaffen, dafür aber um so mehr einheimische Handwerker arbeitslos machen, werden diese Investitionen als Beitrag zur Entwicklungshilfe noch hoch subventioniert.
Eine einheimische Industrie kann sich gegen die Zweigwerke der Riesenkonzerne kaum behaupten. Ein großer Teil der gesamten Industrie in der Dritten Welt gehört also Konzernen aus kapitalistischen Ländern. "US-Firmen kontrollieren zur Zeit rund 40 % der lateinamerikanischen Wirtschaft. In Peru gehörte bis 1968 fast die gesamte Erdölproduktion (90 %) der nordamerikanischen IPC (International Petrol Company), die US-Gesellschaften Hauna und St. John erhielten in Brasilien die Ausbeutungsrechte für eines der größten Eisenerzvorkommen der Welt." (12) Die marktbeherrschenden Zweigwerke transferieren auch einen großen Teil der Gewinne in ihre Mutterländer. 1961 bis 1970 haben US-Unternehmen 3,2 Milliarden Dollar in Lateinamerika investiert, in der gleichen Zeit aber 10,6 Milliarden Dollar aus Lateinamerika herausgeholt. 3 Milliarden Dollar wurden in Lateinamerika reinvestiert.

Landwirtschaft

In der Landwirtschaft versuchen die imperialistischen Länder bis heute, eine Agrarreform zu verhindern. In Lateinamerika, Afrika und Indien gibt es Großgrundbesitzer mit riesigen Ländereien (in Brasilien besaßen 1968 sechs Prozent der Landbesitzer 94 Prozent des Bodens; in Indien besitzen drei Prozent der Bevölkerung 30 Prozent des Landes), die zum Teil kaum bebaut werden, während die Mehrzahl auf ihrem kleinen Stück Boden kaum genug oder zu wenig zum Leben erntet und auch zu wenig Geld hat, um ihre Landwirtschaftsmethoden zu entwickeln.

Arbeitslosigkeit

Ein großer Teil der Bevölkerung der Dritten Welt ist arbeitslos. In Brasilien sind es 60 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Und die Arbeitslosenrate steigt ständig an, da die kapitalistischen Firmen einheimische Handwerker arbeitslos machen und selbst wenig Arbeitsplätze schaffen. Massen von Menschen sind arbeitslos, obwohl große Teile des Bodens nicht bebaut werden und Unmengen von nötigen Konsumgütern zu produzieren wären. Doch das noch bebaubare Land gehört den Großgrundbesitzern, das Kapital für nützliche, Arbeitsplätze schaffende Investitionen könnte nur aus dem kapitalistischen Ausland kommen, wo das entscheidende Kriterium jedoch nicht ist, was gebraucht wird, sondern was Profit bringt.
In dem vom Kapitalismus beeinflußten Teil der Dritten Welt bekommen die Armen deshalb nichts zu essen, weil sie es nicht bezahlen können; sie können die Lebensmittel nicht bezahlen, weil sie arbeitslos sind. Sie sind arbeitslos, weil die Industrie nicht auf die Bedürfnisse des Volkes abgestellt ist, sondern mit den modernsten Techniken arbeitet, die wenig Arbeitskräfte benötigt. Und die Industrie ist deshalb nicht auf die Bedürfnisse des Volkes abgestimmt, weil sie den inländischen, meist aber den westeuropäischen und US-amerikanischen Kapitalisten gehört, die für den Profit wirtschaften und nicht fürs Volk. Hier kommt der Satz Friedrich Engels' voll zum Tragen, daß "die Grenze der Produktion bestimmt wird nicht durch die Anzahl der hungrigen Mägen, vielmehr durch die Anzahl der kaufenden, zahlungsfähigen Geldbeutel." (13)
Die Hungersnöte in der Dritten Welt beruhen also nicht auf einer zu geringen Produktionsfähigkeit oder einer zu großen Bevölkerung. Denn die Voraussetzungen für Produktion, Landwirtschaft und Rohstoffabbau sind vorhanden.
Auch die Bevölkerung ist nicht zu groß. Wie kann man bei einer Einwohnerdichte von 11 pro Quadratkilometer in Venezuela, 4 pro Quadratkilometer in Bolivien, 10 pro Quadratkilometer in Brasilien oder auch 174 pro Quadratkilometer in Indien von Überbevölkerung sprechen, wenn man die Bevölkerungsdichte beispielsweise der Niederlande mit 351 pro Quadratkilometer gegenüberhält? Die Bevölkerung ist nur zu groß in bezug auf das, was die Kapitalisten ihr zum Leben lassen.

Aus all diesen Zahlen und Beispielen geht hervor, daß die Ursachen der sogenannten Welternährungskrise nicht von der Natur gesetzte Grenzen der potentiellen Ressourcen sein können, sondern daß es wirtschaftliche, soziale, politische Ursachen sind.
"Die internationale Arbeitsteilung besteht darin, daß einige Länder sich im Gewinnen und andere im Verlieren spezialisieren." (14) Genauer gesagt, daß die Kapitalisten der westlichen Industriemächte ungeheure Gewinne aus den Ressourcen und Arbeitskräften der Dritten Welt schlagen.
"Was die armen und unterdrückten Völker einzig und allein brauchen, sind zwei Dinge: souveräne Verfügungsgewalt über ihre eignen Bodenschätze und sonstigen Ressourcen und Arbeitskraft zu ihrer sinnvollen Verwendung. Das eine hilft ohne das andere nicht. Wo die menschliche Arbeitskraft fehlt, bleiben Ödflächen ungenutzt, werden Bodenschätze nicht abgebaut. Wo über die Bodenschätze die Imperialisten oder die einheimischen Kapitalisten verfügen, muß die 'überflüssige' Arbeitskraft verhungern." (15)

In China ist der Hunger besiegt

Noch vor einem Vierteljahrhundert galt China als das Hungerland Nr. 1. Jeder ältere Chinese hatte durchschnittlich drei Hungerkatastrophen miterlebt. Oberflächlich betrachtet, waren jedesmal Naturkatastrophen wie Dürren oder Überschwemmungen die Ursache. Aber auch an China läßt sich nachweisen, daß es ". . . vor allem die politischen, die Besitzverhältnisse waren, die indirekt dazu führten, daß Naturkatastrophen sich in so verheerendem Maße auf die Landwirtschaft auswirkten." (16)

(8) Brigitte Heinrich, Die Bundesrepublik im System des Imperialismus. Kursbuch 12/1970
(9) Vo Nhan Tri, USA und Dritte Welt. Kursbuch 22/1970
(10) ebenda, Seite 163
(11) Brigitte Heinrich, a.a.O., Seite 172

(12) Volker Wagner, Lateinamerika. Reihe Roter Pauker, Heft 6, Verlag 2000 GmbH
(13) Friedrich Engels, a.a.O.
(14) Eduarde Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Peter Hammer Verlag 1973, Seite 10
(15) Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus. Kommunismus und Klassenkampf 4/1974, Seite 255
(16) Der besiegte Hunger. In: Blickpunkt. Zeitschrift der Gesellschaft für Verständigung und Freundschaft mit China. Berlin 1974

Den Feudalherren, die 10 % der Landbevölkerung ausmachten, gehörten siebzig bis achtzig Prozent des Bodens. Den Bauern, 90 Prozent der Landbevölkerung, gehörten zwanzig bis dreißig Prozent des Bodens. Auch in den Zeiten schlimmster Not mußten die Feudalherren nie Hunger leiden. In normalen Zeiten reichten ihnen Wucher und Pacht, um auf Kosten der Bauern ein angenehmes Leben zu führen. So hatten sie nicht die Absicht, durch Vorbeugemaßnahmen Dürre oder Überschwemmungen abzuwenden.
Von den Imperialisten wurden diese Feudalherren unterstützt, da ihnen die verarmte Bevölkerung als billige Arbeitskräfte nur nützen konnten.
Wenn die Ursachen der Hungersnöte die Besitzverhältnisse sind, so muß man zuerst die Besitzverhältnisse ändern, um dann auch das Hungerproblem zu lösen. Vor 25 Jahren hat das chinesische Volk diesen ersten Schritt vollzogen. Es befreite sein Land von der feudalen und imperialistischen Ausbeutung und nahm seine Existenz und seine Produktion in die eigenen Hände.

Zunächst sah das so aus, daß sämtliche Rechte der Feudalherren und Imperialisten auf Boden, Rohstoffe usw. genommen wurden. Eine der ersten Maßnahmen nach der Befreiung war die Bodenreform. Wie sah sie aus?
- Land bekam der, der es bearbeitete.
- Alle Landbesitzrechte der Großgrundbesitzer wurden abgeschafft.
- Alle Schulden aus der Zeit vor der Agrarreform wurden für nichtig erklärt.
- Land wurde einheitlich und zu gleichen Teilen aufgeteilt, ohne Ansehen von Alter und Geschlecht.
- Bauern haben das Recht, alle von der Regierung eingesetzten Kader jeden Ranges zu kritisieren und abzuwählen. Wer diese demokratischen Rechte und Vollmachten des Volkes verletzte, wurde von den Volksgerichten bestraft.

Durch diese revolutionären Maßnahmen hat das chinesische Volk den ersten Schritt getan und seine Sache nach dem Prinzip "Auf die eigene Kraft vertrauen" in die Hand genommen. Der unmittelbare Erfolg war, daß durch die gleichmäßige Verteilung das Hungerproblem erst einmal aus der Welt geschaffen war.
Aber die Landverteilung in kleine Einzelparzellen war noch nicht produktiv genug, um zum einen den Lebensstandard allgemein zu erhöhen, zum anderen die ständig wachsende Bevölkerung ausreichend zu ernähren.
Zum Beispiel hatten die vielen kleinen Bauern weder die Mittel noch die Arbeitskräfte, um ausreichende Vorbeugemaßnahmen gegen Naturkatastrophen zu treffen.
Daraufhin regte die Kommunistische Partei Chinas die Bauern an, sich zu Genossenschaften zur gegenseitigen Hilfe zusammenzuschließen, um rationeller wirtschaften zu können. Das Prinzip dieser Zusammenschlüsse war die Freiwilligkeit. Zwang war auch nicht nötig, weil die Bauern aufgrund ihrer Erfahrungen sehr schnell die Vorteile solcher Zusammenschlüsse sahen. So ergriff diese Bewegung das ganze Land.
Die Wirkung des immer weiter voran gehenden Zusammenschlusses wurde sofort in einer Steigerung der Erträge sichtbar. 1971 kam die Gesamtgetreideproduktion jährlich auf 492 000 Millionen Djin (1 Djin = 0,5 kg). 1949 waren es jährlich 220 000 Millionen Djin. 1973 stieg der Ertrag auf 770 000 Millionen Djin, das war gegenüber 1972 eine Steigerung von mehr als 1,6 %. Mit anderen Worten: Die Getreideproduktion in China hat sich von 1949 bis 1973 mehr als verdreifacht.
Mit den Volkskommunen wurde der Grundstein zur endgültigen Lösung des Hungerproblems gelegt. Das liegt allerdings nicht nur an der rationelleren Arbeitsweise größerer Kollektive, sondern an der Tatsache, daß, wenn dem Volk das Land und die Fabriken gehören, es auch in der Lage ist und den Willen hat, seine Probleme, gleich welcher Art, zu lösen.
Ein weiterer Hauptpunkt der Lösung des Ernährungsproblems ist die Vorbeugung von Naturkatastrophen. Zu diesen beiden letzten Punkten einige praktische Beispiele:
Die Produktionsbrigade Hualin wohnt im Norden der Provinz Szetschuan. Dort ist der Boden nur von einer ganz dünnen Erdschicht bedeckt. 1 700 Personen leben in diesem Gebiet und haben 1 930 Mu Ackerland (15 Mu = 1 Hektar), das in kleinen Flecken über Höhen, Schluchten und Niederungen verstreut ist. Es mangelt an Wasser, Dürren treten auf. Vor 1958 betrug die Getreideproduktion kaum 100 Kilogramm pro Mu.
Nach dem Zusammenschluß in Volkskommunen betrug der Ertrag 540 Tonnen, das sind 290 Kilogramm pro Mu. Zu einer weiteren Steigerung des Ertrages war man nicht mehr in der Lage.
Nach langen Überlegungen, an denen Bauern, Studenten und Wissenschaftler gleichermaßen beteiligt waren, begann man 1964 auf einem kleinen Stück Land, das mit knapp 10 Zentimeter Erdkrume bedeckt war, neue Erde heranzuschaffen, bis man 70 Zentimeter Erdkrume hatte. Seitdem konnte man dort Wasserreis und Baumwolle anbauen. In einem Winter wurde daraufhin noch mehr Land mit neuer Erde aufgefüllt. In diesem Winter schaffte man es mit allen Kräften, siebzig Prozent des unfruchtbaren Bodens in Felder mit stabilen Erträgen umzuwandeln.
Gleichzeitig wurde mit dem Bau einer Bewässerungsanlage begonnen. Sturzbäche wurden kanalisiert, Teiche zur Speicherung des Hochwassers wurden angelegt. Es wurde eine 22 Meter hohe und 70 Meter lange Talsperre gebaut, um ein großes Wasserreservoir zu haben. Mittlerweile faßt es 620 000 Kubikmeter. Der Erfolg: Trotz Dürre 1972 war der Getreideertrag pro Mu 560 Kilogramm, Rohbaumwolle 91,5 Kilogramm/Mu, Raps 214,5 Kilogramm/Mu. 310 Tonnen konnten an den Staat abgeliefert werden. Der Getreideertrag hat sich während dieser Zeit also verdoppelt. (17)
Die Provinz Lunghai wurde oft von Dürrekatastrophen heimgesucht, da der Neundrachenfluß zu tief lag und sein Wasser nicht den Feldern zugeleitet werden konnte. Daraufhin wurde von den Bauern ein Staudamm errichtet, um den Wasserstand zu erhöhen. Ein Kanalsystem sorgt für die künstliche Bewässerung der Felder. Obwohl in Lunghai auf jede Person nur 0,8 Mu Land kommen, wurde genügend Getreide produziert, so daß es nicht nur zur Ernährung von 618 000 Bewohnern ausreicht, sondern Lunghai sogar noch Handelsgetreide an den Staat abführen kann.
Wie war es vorher?
Vor der Befreiung wurde Lunghai regelmäßig von Dürrezeiten und Hungerkatastrophen heimgesucht. Der Getreideertrag betrug lediglich 200 bis 300 Kilogramm pro Mu.

(17) China im Bild, 7/1973

Nach der Befreiung betrug der Ertrag über 500 Kilogramm pro Mu. Denn durch die künstliche Bewässerung und Wasserspeicherung ist den Naturkatastrophen ein Riegel vorgeschoben. Auch in schlechten Jahren gibt es heute in diesem Gebiet keine Hungersnöte mehr.

Im Kreis Huajang war das Hauptproblem, daß die Produktion im Vergleich zu anderen Dörfern verhältnismäßig langsam wuchs. Das lag daran, daß wenig edles Saatgut gezüchtet wurde und stets aus anderen Dörfern geholt werden mußte.
Um dieses Problem zu lösen, kamen Funktionäre aus anderen Produktionseinheiten und tauschten Erfahrungen aus. 1958 begann im Dorf ein wissenschaftlicher Experimentierzirkel, geleitet vom Sohn eines früheren Knechts, unterstützt von einem erfahrenen armen Bauern und drei Jugendlichen mit Schulbildung mit der Züchtung von edlem Saatgut zu experimentieren.
1965 erzielte der Zirkel auf seinen Versuchsfeldern einen Ertrag von 866 Kilogramm Wasserreis pro Mu. Dieser Erfolg und das Verfahren wurden in der Produktionseinheit sofort verbreitet. Die Arbeit und die Erträge wurden somit entschieden verbessert.
Im ganzen Land machte das Beispiel des wissenschaftlichen Experimentierens Schule. Überall wurde die enge Verbindung von Theorie und Praxis und die Verbindung von Wissenschaftlern und Bauern oder Arbeitern propagiert und durchgeführt. Ab 1969 wurden überall solche Organisationen für's wissenschaftliche Experimentieren gebildet, die bei allen auftauchenden Problemen eingesetzt werden.

Dies sind nur einige Beispiele, wie die Volksrepublik China die auftauchenden Probleme bewältigt. Doch schon an den wenigen Beispielen wird klar ersichtlich, wie groß in dieser Hinsicht der Unterschied zwischen den anderen Ländern der Dritten Welt und der Volksrepublik China ist. Die Volksrepublik China kann ihre Probleme nur lösen, weil sie unabhängig von den Imperialisten ist. Weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft haben die Imperialisten einen Einfluß noch die Möglichkeit, einen zu bekommen. Diese Unabhängigkeit kann sich China nur deshalb erhalten, weil sein Volk geschlossen dafür eintritt, den Aufbau der Volkswirtschaft aus eigener Kraft für die eigenen Interessen und mit größter Anstrengung anzugehen.
Wenn wir dem die Theorie vom Club of Rome und anderen bürgerlichen Wissenschaftlern gegenüberhalten, die behaupten, daß hauptsächlich die zu hohe Bevölkerungszahl Hungerkatastrophen verursacht, dann müssen wir feststellen, daß Chinas einziger Reichtum nach der Befreiung seine vielen Menschen waren. Nur durch diese vielen Menschen war es möglich, den industriellen und landwirtschaftlichen Aufbau so schnell und so gut anzupacken.
Ein jeder Mensch kann mehr schaffen, als er selber zum Leben braucht. Deshalb ist die Arbeit eines jeden Menschen die Quelle für die Verbesserung der Lebensbedingungen, wenn man den Menschen die Mittel dazu gibt.

Die Hungerkatastrophen traten in China auf, als sowohl die Bevölkerungszahl als auch die Wachstumsrate sehr gering war. 1949 lebten in China 500 Millionen Menschen, die Wachstumsrate betrug jährlich 0,3 bis 0,4 Prozent. Mittlerweile leben in China über 800 Millionen Menschen, und es ist eingetreten, was die Wissenschaftler vom Club of Rome "Bevölkerungsexplosion" nennen. Aber ausgerechnet in der Zeit, in der das Bevölkerungswachstum so sprunghaft angestiegen ist, wurde das Hungerproblem gelöst, und China hat Mittel, um noch wesentlich mehr Menschen zu ernähren.
Also stellt sich weder in China noch in anderen Entwicklungsländern das Problem, daß zu viele Menschen vorhanden wären. In China ist die Ernährung gesichert. In anderen Entwicklungsländern kann sie erst gesichert werden, wenn die imperialistischen und feudalistischen Blutsauger zum Teufel gejagt sind, wenn das Volk sowohl politisch wie ökonomisch unabhängig ist und seine Sache in den eigenen Händen behält. Dies ist die einzige und sehr dringliche Lösung des Hungerproblems.
Die Imperialisten müssen Angst haben, daß die Völker dies erkennen. Das zeigt sich an den Befreiungskämpfen überall in der Dritten Welt. Deshalb verbraten sie durch ihre Wissenschaftler die verrücktesten Theorien, die zum Teil schon von Marx und Engels widerlegt wurden.
"Die abstrakte Möglichkeit, daß die Menschenzahl so groß ist, daß der Vermehrung Schranken gesetzt werden müssen, ist ja da. Sollte aber einmal die kommunistische Gesellschaft sich genötigt sehen, die Produktion von Menschen ebenso zu regeln, wie sie die Produktion von Dingen schon geregelt hat, so wird gerade sie und allein sie es sein, die dies ohne Schwierigkeiten ausführt. Ein Resultat in einer solchen Gesellschaft planmäßig zu erreichen, ... scheint mir gar nicht so schwer. Jedenfalls ist es Sache jener Leute, ob, wann und wie und welche Mittel sie dazu anwenden wollen. Ich halte mich nicht berufen, ihnen darüber Vorschläge und Ratschläge zu machen. So gescheit wie wir werden diese Leute doch wohl auch sein." (18)

Lange Zeit waren große Familien ein Hemmschuh für die gleichberechtigte Teilnahme der chinesischen Frau am gesellschaftlichen Leben. Ihre biologische Funktion, Kinder zu gebären, wurde als Unterdrückungsinstrument gegen sie mißbraucht.
Obwohl "angesichts der sozialen Sicherheit und Stabilität, bei garantierter Ernährung und einem Kinderfürsorgeprogramm, das wahrscheinlich das beste von allen Entwicklungsländern ist, ... vom wirtschaftlichen Standpunkt her kein Druck, die Geburten einzuschränken," besteht, wird in China dennoch Familienplanung propagiert und betrieben.
Geburtenkontrolle und Familienplanung sind "... eng verbunden mit der Befreiung der Frauen, ihrer Teilnahme an der Produktion und ihrer wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung, mit ihrem erhöhten intellektuellen Niveau und Bewußtsein, mit besserer Gesundheit für alle, kleineren und gesünderen Familien – in einer Gesellschaft, in der Kollektivgeist und die Bereitschaft zu teilen alle Menschen einbezieht" (19).
Will man die Gleichberechtigung der Frau durchsetzen, so muß man die Frauen mobilisieren. Die Frauen müssen erkennen, warum und durch was sie unterdrückt wurden, um diese Unterdrückung selbst zu bekämpfen. Ökonomisch ist in China die Gleichberechtigung schon durchgesetzt, d.h. gleicher Lohn für gleiche Leistung. Anders ist es

(18) Kommunismus und Klassenkampf 4/1974, a.a.O.
(19) Bevölkerungswachstum und Geburtenkontrolle. In: Blickpunkt, a.a.O., Seite 23

innerhalb der Familie. Hier müssen jahrhundertealte Traditionen abgeschafft werden, die noch immer in den Köpfen existieren.
Im Rahmen der Familienplanung werden diese Fragen mit den Frauen und ihren Familien diskutiert. Familienplaner sind Frauen, die freiwillig diese Arbeit übernommen haben und mit den Frauen ihrer Umgebung diskutieren.
Die am meisten propagierte Maßnahme ist die Spätheirat. Zwar darf ab 18 Jahren jeder heiraten, der will; als ideales Alter wird bei Frauen jedoch 25 Jahre und bei Männern 28 Jahre propagiert. Dies hat zur Folge, daß die jungen Frauen unabhängig von Mann und Familie sich entwickeln und daß sie ganz am Aufbau der Gesellschaft beteiligt sind.
Als zweites wird propagiert, daß jede Familie nur zwei bis drei Kinder bekommt. Dies dient hauptsächlich der Gesundheit der Frauen und der Kinder.
Beratung über Verhütungsmittel ist kostenlos und wird von den Familienplanern betrieben. Alle Verhütungsmittel sind ebenfalls kostenlos.
Diese Propaganda und die Maßnahmen betreffen jedoch nur das Han-Volk, welches 94 % der chinesischen Bevölkerung ausmacht. Die nationalen Minderheiten, davon gibt es 54 verschiedene ethnische Gruppen, wurden in der Vergangenheit durch rassistische Politik besonders unterdrückt. Ihnen gegenüber wird keine Familienplanung propagiert.

Ein neuer Malthus: der Club of Rome

"Der Club of Rome, ein informeller Zusammenschluß von gegenwärtig etwa 70 Mitgliedern (Wissenschaftler der verschiedensten Provenienz, Industrielle, Wirtschaftler, Humanisten) aus 25 über die ganze Erde verteilten Staaten, wurde 1968 in der Accademia dei Lincei in Rom gegründet, um die Ursachen und inneren Zusammenhänge der sich immer stärker abzeichnenden kritischen Menschheitsprobleme zu ergründen." (21) "Keines der Mitglieder wirkt an aktuellen politischen Entscheidungen mit, noch ist der Club als Ganzes einer Ideologie, einer politischen Richtung oder nationalen Interessen verpflichtet, obschon viele seiner Mitglieder Zugang zu Entscheidungsträgern und zu einem großen Fundus an Wissen und Information haben." (22)
Gründer und Vorsitzender des Club of Rome: Dr. **Peccei** (Mitglied der Geschäftsleitung von Fiat und Olivetti, Präsident von Italconsulat, eine der größten Beraterfirmen für wirtschaftliche und technische Entwicklungen Europas, Mitglied des Exekutivausschusses der Investmentbankgesellschaft ADELA für Lateinamerika, der mehr als zweihundert Banken und Großunternehmen des kapitalistischen Lagers angehören), Hugo **Thiemann** (Leiter des Batelle Instituts (Wirtschafts- und Kriegsforschung) in Genf), Alexander **King** (Wissenschaftlicher Direktor der Rockefeller-Stiftung OECD (Organization for Economic Cooperation and Development, Paris), Eduard **Pestel** (Technische Universität Hannover, BRD-Vertreter im NATO-Wissenschaftsausschuß, Kurator der VW-Stiftung, die "Grenzen des Wachstums" finanzierte), Gert von **Kortzfleisch** (Technische Universität Mannheim, entstammt preußischem Militäradel, Mitglied der Gesellschaft für Wehrwissenschaft und Wehrtechnik), Carrol **Wilson** (Massachusetts Institute of Technology).

Die Ämterverteilung dieser Namen dürfte bereits klarmachen, daß eine Vereinigung solch illustrer Herren nicht aus reiner Menschenliebe Weltanalysen in Auftrag gibt. Bisher hat der Club of Rome zwei Globalanalysen erstellt. Das MIT (Massachusetts Institute of Technology) fertigte die Studie "The Predicament of Mankind" an, deren Vorergebnisse in der Populärausgabe "Grenzen des Wachstums" von Meadows u.a., Stuttgart 1972, mit riesigem Werbeaufwand über die ganze Welt verbreitet wurden. Der zweite Auftrag fiel an M. Mesarovic, E. Pestel u.a., die nun ebenfalls mit einer Populärstudie "Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage", Stuttgart 1974, kräftig die Werbetrommel schlagen.
Das Ergebnis dieser umfassenden Arbeit ist eine recht düstere Zukunftsprognose. Sie errechnen scheinbar wissenschaftlich, daß bei der Weiterentwicklung der Faktoren: Kapital, Rohstoffverbrauch, Umweltverschmutzung, Landwirtschaft und Bevölkerung die Menschheit in den nächsten dreißig Jahren einer totalen Katastrophe entgegengeht. Die Lösung dieser drohenden Katastrophe besteht nach Meadows in der systematischen Drosselung sämtlicher dieser Faktoren, vor allem aber der Bevölkerungsentwicklung.

Wie sieht es nun wirklich aus? Wird die Erde eine wachsende Anzahl von Menschen ernähren können?
"Nach offiziellen Statistiken der Welternährungsorganisation FAO (Food and Agriculture Organization) wäre die gesamte kultivierbare Fläche der Erde, bei Anwendung moderner landwirtschaftlicher Verfahren, auch im Jahr 2000, selbst unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Zuwachsrate der Weltbevölkerung, in der Lage, die doppelte bis vierfache Zahl von Menschen zu ernähren." (23)
- Obwohl also die potentiellen landwirtschaftlichen Ressourcen ausreichen würden, im Jahr 2000 sechs Milliarden Menschen bzw. das Doppelte bis Vierfache dieser Menschen (24) zu ernähren,
- obwohl nach Aussagen der Vereinigung deutscher Wissenschaftler (25) auch "die gegenwärtig in der Welt produzierten Nahrungsmittel genügen würden, eine quantitativ ausreichende Ernährung aller Menschen zu gewährleisten" (26),
- obwohl Experten der FAO nachwiesen, daß höchstens 50 Prozent des anbaufähigen Bodens derzeit in der Welt für die Nahrungsmittelproduktion genutzt wird (27),

leiden zwanzig Prozent der Bevölkerung der Entwicklungsländer an Unterernährung, sechzig Prozent an Mangelernährung (28).

(20) entfällt
(21) Eduard Pestel, Vorwort zu "Die Grenzen des Wachstums", Stuttgart 1972
(22) Aurelio Peccei, Der Club of Rome. In: Die Grenzen des Wachstums, Pro und Contra. Reinbek 1974, rororo 6879
(23) Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus. Kommunismus und Klassenkampf 4/1974, Seite 250
(24) Nach Schätzungen der UNO wird es im Jahr 2000 6,1 Millionen Menschen geben. Nach: Welternährungskrise. Hrsg. Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Seite 10
(25) ebenda
(26) a.a.O., Seite 29
(27) Die Arbeitslosigkeit ist die Ursache der Hungerkrisen. In: Kommunistische Volkszeitung Nr. 24/1974, Seite 13
(28) Welternährungskrise. Hrsg. Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Seite 23

Trotzdem wird aufgrund dieser Zahlen von Unter- und Mangelernährung besonders für die Dritte Welt eine Überbevölkerung behauptet und bekämpft (dreißig Prozent aller gebärfähigen Frauen in Puerto Rico wurden bisher von amerikanischen Institutionen sterilisiert (29).)

Bevölkerungsdichte = Einwohner pro Quadratkilometer

Überbevölkerte = unterentwickelte Länder		Nicht überbevölkerte = entwickelte Länder	
Venezuela	11 pro qkm	BRD	236 pro qkm
Bolivien	4 pro qkm	USA	22 pro qkm
Brasilien	10 pro qkm	Großbritannien	227 pro qkm
Indien	174 pro qkm	Niederlande	352 pro qkm

(30)

Von einer Überbevölkerung kann man in den unterentwickelten Ländern also nicht sprechen. Und auch die Hungerkatastrophen in der Dritten Welt sind kaum auf eine zu große Bevölkerungsdichte dort zurückzuführen, denn in den dichter besiedelten Gebieten Westeuropas reichen die Nahrungsmittel durchaus; hier werden sogar Überschüsse vernichtet.
"Fast 1,4 Millionen Tonnen Weizen sind nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher im letzten Jahr in der BRD denaturiert, d.h. für den menschlichen Verzehr unbrauchbar gemacht worden. Mit dieser Weizenmenge hätten 20 Millionen Menschen ein Jahr lang mit Brot versorgt werden können. Für die Denaturierung seien Steuermittel in Höhe von 70 Millionen DM gezahlt worden . . ." (31)
"Ungefähr 20 % aller Nahrungsmittel gehen durch falsche Lagerung verloren oder werden durch Schädlinge vernichtet." (32)
Die ausreichende Ernährung der Menschheit ist also nur zu einem geringen Teil ein Problem der Ressourcen. Denn wie wäre es sonst zu erklären, daß in Indien, obwohl es die gleiche Pro-Kopf-Produktion an Getreide hat wie die Volksrepublik China (160 Kilogramm pro Kopf und Jahr (33)), noch Zigtausende verhungern, während in China nach der Revolution kein einziger mehr verhungert oder an Unterernährung leidet? (Noch dazu wird die gleiche Getreidemenge in China auf einem Drittel des Bodens erzeugt wie in Indien, so daß die Getreideproduktion in Indien mit einiger Anstrengung sicher gesteigert werden könnte.)
Das ist so zu erklären, daß in Indien der größte Teil des produzierten Getreides den Großgrundbesitzern gehört, die es möglichst teuer verkaufen wollen. Die Bauern, Arbeiter und Arbeitslosen können es nicht bezahlen, und so horten die Großgrundbesitzer das Getreide, um durch Spekulation und Schmuggel mehr herausholen zu können. Hier wird nicht nach den Bedürfnissen, sondern nach dem Profit produziert.
In China wird nicht nach dem Profit, sondern nach dem Bedarf produziert. Wenn Getreide gebraucht wird, dann wird es nicht gehortet, sondern gegessen. Hier reicht die gleiche Getreidemenge pro Kopf aus, um eine ausreichende Ernährung zu gewährleisten.
Der Club of Rome wischt in seinen Analysen Unterschiede zwischen der Dritten Welt und den Imperialisten mit einigen lapidaren Sätzen vom Tisch. Er geht aus vom Status quo in den imperialistischen Ländern, berücksichtigt keinerlei soziale Veränderungen, will aber relevante politische Vorentscheidungen treffen.
"Die scheinbar indifferente Neutralität eines Computer-Modells ist so illusorisch wie sie überzeugend ist. Jedes Modell irgendeines Sozialsystems geht zwangsläufig von Hypothesen über das Funktionieren dieses Systems aus, und diese Hypothesen sind zwangsläufig von den Einstellungen und Werten der betroffenen Individuen oder Gruppen geprägt." "Das soll nicht heißen, daß alle Prognostiker bestochen sind oder ihre Daten in unsauberer Weise manipulieren . . . sondern lediglich, daß die Umgebung, in der der Prognostiker arbeitet, seine theoretischen Hypothesen beeinflußt." (34, 35)
Entsprechend dem In-put ist auch der Out-put des Computers. "Die Gültigkeit jeder Computerberechnung" hängt "ausschließlich von der Qualität der Daten und der Prämissen" ab, "die dem Computer eingegeben werden" (36).
Der Club of Rome liefert vor allem den imperialistischen Ländern Argumente, gegen die Länder der Dritten Welt vorzugehen. Beschränkung des Bevölkerungswachstums unter Kontrolle der Imperialisten ist ihr Ziel, um ihren Einfluß auf die Entwicklungsländer und deren Abhängigkeit von ihnen zu verstärken. Sie argumentieren mit wissenschaftlichen Daten, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen dahinter zu verbergen, genau wie es die Mitglieder des Club of Rome tun.

(29) Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus. a.a.O., Seite 252
(30) Fischer Weltalmanach 1971. Fischer-Taschenbuchverlag
(31) Göttinger Allgemeine vom 30. Oktober 1973. Zitiert nach Meueler (Hrsg.), a.a.O., Seite 184
(32) Welternährungskrise. A.a.O., Seite 29
(33) Barbara Böttger, a.a.O., Seite 2
(34) Christopher Freeman, Malthusianismus. In: Die Zukunft aus dem Computer. Neuwied/Berlin 1973
(35) ebenda
(36) ebenda

Rede von Deng Hsiao-ping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China, auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung
24 Seiten *DM 0,40*
Rede Tjiao Guan-huas, Delegationsleiter der Volksrepublik China, auf der Plenarsitzung der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung
32 Seiten *DM 0,40*
Rede Tjiao Guan-huas, Delegationsleiter der Volksrepublik China, auf der 29. Tagung der UNO-Vollversammlung
28 Seiten *DM 0,40*
Imperialismus und Umweltzerstörung
Beiträge zum Problem der "Umweltverschmutzung" und des "Umweltschutzes"
146 Seiten *DM 5,50*

Bestellungen an: **Buchvertrieb Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Postfach 5129**

Was ist die gesellschaftliche Triebfeder und die Perspektive des Kampfes in Wyhl?

Vorbemerkung

Der folgende Artikel geht die Untersuchung der Grundlagen für die Kämpfe gegen die Zerstörung der Umwelt durch die kapitalistische Produktionsweise richtig an. Allerdings werden einige Fragen noch nicht herausgearbeitet, vor allem die Tatsache, daß der große Bedarf an Energie und riesigen Energieträgern für ganze Regionen selber Ausdruck der Vergesellschaftung der Arbeit ist, die immer schärfer in Gegensatz gerät zu den privaten Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln. Nicht herausgearbeitet wird auch, daß es sich bei dem Kampf der Bauern sozial um einen Kampf der kleinen Privateigentümer gegen die Vernichtung durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus handelt, politisch aber um einen Kampf um Demokratie gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Den sozialen Inhalt dieses Kampfes muß die Arbeiterklasse den Bauern erklären und muß ihnen aufzeigen, daß die Überwindung des Privateigentums an den Produktionsmitteln unvermeidlich ist, daß es aber für die Bauern darum geht, ob sie und ihr Privateigentum durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus vernichtet werden oder überwunden werden und aufgehoben durch die Nationalisierung des Bodens und die Kollektivierung der Produktion in einer sozialistischen Gesellschaft. Den demokratischen Charakter des Kampfes muß die Arbeiterklasse fördern und nutzen, um das Volk zusammenzuschließen gegenüber der Despotie des bürgerlichen Staates, um seinen Sturz vorzubereiten als notwendige Voraussetzung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft, des Sozialismus.

Ungenügend herausgearbeitet ist auch das soziale Interesse der Arbeiterklasse, sich an diesen Kämpfen zu beteiligen und in ihnen die Führung zu übernehmen: Die Entwicklung der Produktivkräfte innerhalb des Kapitalismus geht immer Hand in Hand mit der Vernichtung von vorhandenen Produktionsmitteln und vor allem mit der "Freisetzung" der wichtigsten Produktivkraft, der menschlichen. Im Kapitalismus schafft die Entwicklung der Produktivkräfte Arbeitsplätze nur, um andere zu vernichten. Der Gewinn an verfügbarer Zeit, den die Entwicklung der Produktivkräfte mit sich bringt, wird nicht zu freier Zeit der Gesellschaft, die die Arbeiter nutzen könnten für die Entwicklung ihrer gesellschaftlichen Fähigkeiten, sondern führt zur Arbeitslosigkeit eines Teils der Arbeiterklasse. Unbedingt notwendig und möglich ist es deshalb, die Arbeiterklasse für den Kampf gegen die Vernichtung der Umwelt durch die kapitalistische Produktion zu gewinnen und ihre führende Rolle in diesem Kampf zur Geltung zu bringen. Diese führende Rolle ergibt sich aus der Reife der Verhältnisse für die soziale Revolution und der Tatsache, daß diese soziale Revolution nur sein kann die Revolution des Proletariats als entscheidender Produktivkraft der Gesellschaft.

Red.

Es bestehen noch eine Reihe von Unklarheiten über die Bedeutung und den Charakter der an zahlreichen Orten entstandenen Bewegungen gegen die Zerstörung der Umwelt, deren bislang hervorragendstes Beispiel der Kampf der Kaiserstühler Bevölkerung gegen ein Kernkraftwerk in Wyhl ist. Einerseits besteht nicht immer eine klare Abgrenzung gegenüber den kleinbürgerlich-reaktionären Ideologen, die den Kampf gegen die Zerstörung elementarer Lebens- und Produktionsbedingungen wie Luft, Erde und Wasser als Kampf gegen die Technik und die moderne Industrie führen wollen (1). Andrerseits resultiert aus der Ablehnung dieser kleinbürgerlich-reaktionären Auffassungen eine Geringschätzung der Kämpfe, was jetzt, nachdem diese oft den Charakter breiter Volksbewegungen annehmen, allerdings schwer fällt.

Gegenüber diesen Auffassungen gilt es Klarheit zu schaffen über die gesellschaftliche Triebfeder und Perspektive dieser Kämpfe.

Die Schädigung und Zerstörung der Umwelt ist Ergebnis der kapitalistischen Form der Entwicklung der Produktivkräfte

Die Kaiserstühler Bevölkerung hat den Kampf gegen das Kernkraftwerk nicht geführt, weil sie ins Mittelalter zurückkehren will. Die vorwiegend bäuerliche Bevölkerung hat sich vielmehr dagegen zur Wehr gesetzt, daß die Entwicklung der Technik zu ihrem Ruin führen soll, daß ihre Produktionsbedingungen vernichtet werden sollen.

Bereits im Kommunistischen Manifest schrieben K. Marx und F. Engels: "Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor." (2) Warum vermag der Hexenmeister die Produktionsmittel nicht mehr zu beherrschen?

(1) Bei den Gemeinderatswahlen in Freiburg trat eine politische Gruppierung, die Bürger-Union, genau mit einem solchen Programm auf: "Spare Strom, denke an die Kommunalwahlen und verhindere die weitere Industrialisierung . . ." Sie hatte damit allerdings nicht allzuviel Erfolg; sie erhielt nur 0,9 % der Stimmen.

"Die **wahre Schranke** der kapitalistischen Produktion ist **das Kapital selbst**, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das **Kapital** ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die **Gesellschaft** der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalswerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen." (3)

Dieser Widerspruch äußert sich in verschiedenen Formen: in Krisen, in denen Produktionsmittel brachliegen und vernichtet werden, aber auch im täglichen Gang der kapitalistischen Produktion: Jedes Mittel, die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft zu steigern, führt unter kapitalistischen Verhältnissen zu einer Zerstörung dieser menschlichen Arbeitskraft (Arbeitshetze, Akkord usw.). Und schließlich führt der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Verhältnissen des Privateigentums zu einem rücksichtslosen Raubbau gegenüber Boden, Luft, Wasser usw. als Quellen des materiellen Reichtums (4).

Die Umweltverschmutzung und -zerstörung ist also keineswegs eine neue Sache, die erst mit der Entwicklung der Industrie in den letzten Jahren entstanden ist. Sie begleitet vielmehr die kapitalistische Gesellschaft seit ihrer Entstehung; so war z.B. die Themse bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eine stinkende Kloake. Die Ursache ist aber keineswegs notwendiges Ergebnis der Technik, sondern Folge der **kapitalistischen Form** der Entwicklung der Produktivkräfte. Engels beschrieb das an einem Beispiel: "Die Wasserkraft war lokal, die Dampfkraft ist frei. Wenn die Wasserkraft notwendig ländlich ist, so ist die Dampfkraft keineswegs städtisch. Es ist ihre kapitalistische Anwendung, die sie vorwiegend in den Städten konzentriert und Fabrikdörfer in Fabrikstädte umschafft. Damit untergräbt sie gleichzeitig die Bedingungen ihres eigenen Betriebs. Erstes Erfordernis der Dampfmaschine und Haupterfordernis fast aller Betriebszweige der großen Industrie ist verhältnismäßig reines Wasser. Die Fabrikstadt aber verwandelt alles Wasser in stinkende Jauche. So sehr also die städtische Konzentrierung Grundbedingung jeder kapitalistischen Produktion ist, so sehr strebt jeder einzelne industrielle Kapitalist stets von den durch die notwendig erzeugten großen Städte weg und dem ländlichen Betrieb zu. Dieser Prozeß kann in den Bezirken der Textilindustrie von Lancashire und Yorkshire im einzelnen studiert werden; die kapitalistische Großindustrie erzeugt dort stets neue Großstädte dadurch, daß sie fortwährend von der Stadt aufs Land fließt." (5)

Auch heute, im Zeitalter des Imperialismus, ist die Zerstörung der natürlichen Quellen des Reichtums nicht eine notwendige Folge der Entwicklung der Technik, die halt in Kauf genommen werden muß. An Hand der Pläne, ganz Westdeutschland mit einem dichten Netz von Kernkraftwerken zu überziehen, soll im folgenden gezeigt werden, daß die damit verbundenen Gefahren eine notwendige Folge der Entwicklung der Technik unter kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen sind.

Die Pläne zum Bau von Kernkraftwerken dienen der Stärkung des westdeutschen Imperialismus

Die Erdölkrise hat die Verwirklichung der Pläne der westdeutschen Imperialisten beschleunigt, in Zukunft einen wachsenden Teil des Energiebedarfs durch Kernkraftwerke abzudecken (6).

Bis 1985 ist der Bau von 45 000 Megawatt Kraftwerksleistung geplant, wodurch 15 % des Bedarfs an elektischer Energie für Westdeutschland abgesichert werden sollen. Entlang nahezu aller größeren Flüsse sollen Kernkraftwerke entstehen, insbesondere entlang des Rheins. Welche Gefahren für Mensch und Natur das mit sich brächte, soll nur summarisch aufgezählt werden; Strahlenbelastung, Erwärmung der Flüsse, klimatische Veränderungen durch Kühltürme, Absenkung des Grundwasserspiegels, Gefährdung von Menschenleben bei einer teilweisen oder voll-

(2) K. Marx, F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. Einzelausgabe, Peking 1970, Seite 39 f.
(3) K. Marx, Das Kapital III, Marx/Engels-Werke Band 25, Seite 260, Hervorhebungen im Original
(4) "Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." K. Marx, Das Kapital I, Marx/Engels-Werke Band 23, Seite 529 f.
Marx entwickelt das an dieser Stelle für das Eindringen der industriellen Produktion in die Landwirtschaft, entsprechendes gilt aber für jede Entwicklung der Technik unter kapitalistischen Verhältnissen.
(5) F. Engels, Anti-Dühring. Einzelausgabe, Peking 1972, Seite 392
(6) Damit wird zum zweiten Mal nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Energiesektor stark umgewälzt. Das erste Mal, Ende der 50-er / Anfang der 60-er Jahre, wurde die Steinkohle durch das damals im Verhältnis sehr viel billigere Erdöl ersetzt, was eine Krise im Bergbau hervorrief. Auch jetzt, bei der teilweisen Ersetzung des Erdöls und der Kohle durch Kernenergie ist die Haupttriebfeder der erhoffte geringere Preis. Andere Faktoren wie größere Unabhängigkeit von ausländischen Rohstoffquellen spielen demgegenüber eine geringere Rolle.

ständigen Zerstörung des Reaktors (7). Die unmittelbarsten Auswirkungen haben die Kernkraftwerke auf die Landwirtschaft in der näheren Umgebung. Klima und Wasserhaushalt werden beeinträchtigt, der Preis der Produkte wird gedrückt, denn wer möchte schon Wein trinken, von dem es heißt, er sei radioaktiv.

Von daher ist auch verständlich, daß der Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken vor allem in Gebieten mit umfangreicherer landwirtschaftlicher Produktion eine Wucht entfalten konnte (Wyhl, Schweinfurt) (8). In Industriegebieten dagegen, wo die Zerstörung der Umwelt ohnehin schon weit fortgeschritten ist, konnte der Bau von Kernkraftwerken bislang weitgehend ungehindert durchgesetzt werden (BASF-Reaktor in Ludwigshafen).

Völlig bestritten werden diese Gefahren von niemandem; selbst die Landesregierung von Baden-Württemberg, die den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl betreibt, schreibt in einer Propagandabroschüre, die den Zeitungen der Region beigelegt war: "Zugegeben, es bleibt ein gewisses Restrisiko." Warum wird dennoch der Bau der Kernkraftwerke beschleunigt vorangetrieben?

In derselben Broschüre der Landesregierung heißt es dazu: "Doch, wir brauchen die Kernenergie aus Wyhl. Alle Einsparungsmöglichkeiten eingerechnet, wird Jahr für Jahr mehr Strom verbraucht werden als heute . . . Genug andere Energiequellen gibt es leider nicht. Gewiß: Wenn andere Länder Kraftwerke bauen – und dies geschieht überall – werden wir vielleicht von irgendwoher noch Strom bekommen. Aber zu Preisen und in Mengen, die man uns diktieren kann. Das wird unsere Erzeugnisse aus Industrie und Landwirtschaft bis zur Unverkäuflichkeit verteuern." Und in der Teilerrichtungsgenehmigung der Landesregierung vom Januar 1974 heißt es, daß der Bau des Kernkraftwerks in Wyhl notwendig sei, weil "ein zunehmender Strombedarf vor allem infolge der weiteren Rationalisierung in der Industrie (Ersatz von Arbeitskräften durch verstärkten Energieeinsatz) . . . zu erwarten ist." (Die Bemerkung in Klammern steht im Original!)

Offen wird also gesagt, wozu der westdeutsche Imperialismus die Kernenergie braucht: Der westdeutsche Imperialismus will seine relative Stärke gegenüber seinen Konkurrenten erhalten und ausbauen. "Die relative Stärke des BRD-Imperialismus hängt ab von seiner Exportstärke, und von dieser Exportstärke hängt der BRD-Imperialismus überhaupt ab . . . Die Exportstärke des BRD-Imperialismus gegenüber anderen imperialistischen Staaten beruht also auf der außerordentlich hohen Ausbeutungsrate der Arbeitskraft in Westdeutschland. Der Exportboom des westdeutschen Imperialismus ist gefährdet durch die Krise in den anderen imperialistischen Ländern, durch die Verteuerung der Rohstoffe und durch die Angleichung der Löhne der westdeutschen Arbeiterklasse an das Niveau der wichtigsten Konkurrenten des westdeutschen Imperialismus . . . Für den westdeutschen Imperialismus, der nicht in der Lage ist, selbständig Kriege um Rohstoffe zu führen, gibt es in dieser Lage nur einen Ausweg: Steigerung der Produktivität der Arbeit, Senkung des Reallohnes der Arbeiterklasse und Kapitalexport in Niedriglohnländer oder in die Länder, die die hauptsächlichsten Importländer für die Waren des westdeutschen Imperialismus sind." (9) Der Ausbau der Energieversorgung, insbesondere der Ausbau desjenigen Teils, der unabhängig ist von ausländischen Rohstoffquellen, ist ein wichtiger Teil dieser Ziele des westdeutschen Imperialismus. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch verstärkte Rationalisierungen wird offen als Ziel genannt ("Ersatz von Arbeitskräften durch verstärkten Energieeinsatz"). Zum anderen stellen die Kernkraftwerke als Energieerzeugungsanlagen einen Faktor dar bei der Durchdringung und Eroberung neuer Märkte. So ist es z.B. vor kurzem den westdeutschen Imperialisten gelungen, acht Kernkraftwerke im Gesamtwert von etwa zehn Milliarden DM an Brasilien zu verkaufen und dafür im Gegenzug Uran als Rohstoff geliefert zu bekommen (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Mai 1975). Damit scheint es ihnen gelungen, das zu überwinden, was vor etwa einem Jahr Dr. Lantzke vom Bundesministerium für Technik und Forschung als das Problem der Kernindustrie bezeichnet hat: "Sie steht in der ersten Phase einer stürmischen Entwicklung und hat ihren Markt noch nicht gefunden. Ihre Konkurrenz besitzt dagegen umfassendere Fertigungs- und Bauerfahrung sowie den Vorteil einer wesentlich höheren Auslastung und hat sich bereits auf dem Weltmarkt etabliert . . ." (10)

Die Ziele der westdeutschen Imperialisten und der staatlichen Bürokratien bei der Planung und dem Bau der Kernkraftwerke sind zusammengefaßt also: Versorgung der Industrie in Westdeutschland selbst mit billigerer Energie und Sicherung von Absatzmärkten für diese Energieerzeugungsanlagen. Aus diesen Zielen ergibt sich fast selbstverständlich die Art der Planung und Durchführung. Sicherheitsbestimmungen und das Verhindern von Umweltschädigungen werden nur als Kostenfaktoren betrachtet, die möglichst gering gehalten werden müssen. Das Bundesinnenministerium plant denn auch konsequenterweise in einer Neufassung des Strahlenschutzgesetzes, daß die Grenzwerte für radioaktive Stoffe in Luft und Wasser z.T. um das Hundert- bis Zehntausendfache höher liegen als bisher. Ebenso soll das Abkippen schwach radioaktiver Abfälle auf normale Müllkippen erlaubt werden, womit man dann auch solche Skandale wie in Obrigheim los wäre (11).

Die sozialistische Gesellschaft ist in der Lage, die Technik zum Wohle der Gesellschaft zu entwickeln

Untersucht man die Pläne der westdeutschen Imperialisten zum Ausbau der Energieversorgung, wird aber nicht nur deutlich, daß die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse

(7) Genauere Einzelheiten sind den zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und den Broschüren von Umweltschutzvereinen u.ä. zu entnehmen, z.B. "Gefährdung durch Kernkraftwerke", AK Umweltschutz an der Universität Freiburg, Januar 1975.
(8) Ausführlich ist auf diesen Aspekt in der Broschüre der Ortsgruppe Freiburg und der Ortsaufbaugruppe Emmendingen "Kein KKW in Wyhl" vom März 1975 eingegangen. Entwickelt ist dort, wie sich für die Bauern der Kampf gegen das Kernkraftwerk verbindet mit der Verbitterung über ihre zunehmende Ruinierung als kleine Produzenten.
(9) Politischer Bericht des Zentralen Komitees an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz, Seite 21
(10) Deutsches Atomforum, Sonderndruck 13, Januar 1974
(11) Aus: Eilinformation des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, April 1975

zum Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden sind, sondern es wird ebenso deutlich, worin nur die Lösung des Konflikts zwischen Eigentumsverhältnissen und Entwicklung der Produktivkräfte liegen kann. Die Produktion in Westdeutschland hat einen solchen Umfang angenommen und einen solchen Grad der Vergesellschaftung erreicht, daß es notwendig ist, sie zu planen. Sichtbar wird das auch auf dem Energiesektor: Die Mehrzahl der Kraftwerksgesellschaften befindet sich in Händen des Staates (12), weil die privaten Kapitalgesellschaften nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße Kapital aufzubringen. Innerhalb der kapitalistischen Produktion hat damit eine höchstmögliche Form der Vergesellschaftung stattgefunden, was das Eigentum angeht. Nicht mehr ein einzelner Kapitalist oder eine einzelne Kapitalgesellschaft verfügt über diesen Zweig der Produktion, sondern der Staat als "ideeller Gesamtkapitalist" wird an diesem Punkt zum wirklichen Kapitalisten. Der Staat plant in diesem Zweig auch die Produktion – allerdings in den Schranken, die durch das insgesamt bestehende Privateigentum an Produktionsmitteln gesetzt sind. Ziel der Planung des imperialistischen Staates ist – wie wir gesehen haben – die Stärkung der westdeutschen Kapitalisten gegenüber ihrer Konkurrenz. Obwohl also eine Planung erfolgt, hat sie nicht zum Ziel das Wohl der gesamten Gesellschaft, sondern einzig die Vermehrung der Reichtümer einer kleinen Minderheit von Kapitaleigentümern. Diese Art von Planung ist von daher auch nicht in der Lage, die Anarchie der kapitalistischen Produktion aufzuheben; sie beruht ja selbst auf der Konkurrenz und bleibt daher allen Wechselfällen der Konkurrenz ausgesetzt. Herr Filbinger, Ministerpräsident und Aufsichtsratsvorsitzender des Badenwerks, kann niemals garantieren, daß der Strombedarf tatsächlich jährlich um 7 % steigt, wovon in der Begründung für das Kernkraftwerk Wyhl ausgegangen wird. Es kann ihm leicht so gehen, daß wie z.B. 1974 festgestellt wird: "Konjunkturrückgang und milde Witterung haben wie bei vielen Energieversorgungsunternehmen auch beim Badenwerk im vergangenen Jahr kein Wachstum des Stromumsatzes mehr zugelassen." (13)

Das Staatseigentum und die Planung durch den bürgerlichen Staat stellen also nicht die Lösung des Konflikts zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Eigentumsverhältnissen dar. "Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehn, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung außer ihren entwachsenen Produktivkräften. Damit wird der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, der sich heute gegen die Produzenten selbst kehrt, der die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als blind wirksames Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten mit vollem Bewußtsein zur Geltung gebracht und verwandelt sich aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst . . . Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen . . ." (14)

Daß mit der Anerkennung des gesellschaftlichen Charakters der Produktionsmittel und ihrer gesellschaftlich-planmäßigen Entwicklung auch die Frage der Zerstörung und Schädigung von Mensch und Natur durch die Entwicklung der Technik gelöst werden kann, zeigt das Beispiel der Volksrepublik China: "Die sozialistische Industrieproduktion bezweckt nicht Profit, sondern das Gedeihen des Landes und des Volkes. Die kapitalistische Praxis, nur nach Profiten zu streben und keinerlei Rücksicht auf die Schädigung des Volkes durch die 'drei Abfallstoffe' (Abgase, Abwässer und feste Abfälle, der Verf.) zu nehmen, ist dem Sozialismus fremd. Wir betrachten die Verhütung der Schädigung der Bevölkerung durch die 'drei Abfallstoffe' und die Verwandlung des Schädlichen in Nützliches als einen unerläßlichen Faktor beim industriellen Aufbau, von der Stadtplanung, Standortverteilung und -auswahl der Fabriken bis zu technischen Produktionsverfahren. Ein neues industrielles Unternehmen darf nicht in Betrieb genommen werden, wenn es ihm an notwendigen Maßnahmen zur richtigen Behandlung der 'drei Abfallstoffe' mangelt. Alte Betriebe, die das Problem der 'drei Abfallstoffe' noch nicht gelöst haben, sind eifrig bei seiner Lösung." (15)

In einer sozialistischen Gesellschaft wird auch der Bau von Kernkraftwerken in Erwägung gezogen werden können: Denn rein technologisch gesehen sind die Schwierigkeiten und Gefahren, die mit Kernkraftwerken verbunden sind, lösbar: Für die Verwendung der Abwärme gibt es von einigen Wissenschaftlern Vorschläge (Verwendung zu Heizzwecken u.ä.) (16). Die Verhinderung von Strahlenschäden und die Beseitigung von atomaren Abfällen ist meines Wissens zwar technologisch noch nicht befriedigend gelöst, was aber keine prinzipielle Frage ist, sondern daran liegt, daß für die Forschung und Entwicklung in diesem

(12) Eine Darstellung der Verflechtung und Eigentumsverhältnisse ist z.B. enthalten in: H. Strohm, Friedlich in die Katastrophe, Hamburg 1973.
(13) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. April 1975
(14) Engels, Anti-Dühring, a.a.O., Seite 370 f.
(15) Peking Rundschau Nr. 5/1972
Anschaulich beschrieben ist das in einem Artikel in "China im Bild": "In der Abteilung für Fluorwasserstoffsäure des Shanghaier elektrochemischen Werkes pflegten im Arbeitsprozeß große Mengen von fluorhaltigen Abgasen ausgestoßen zu werden; dieses Gas ist der menschlichen Gesundheit schädlich, gefährdet Feldfrüchte und zerfrißt das Bauwerk. Die Arbeiter in dieser Werkabteilung überwanden eine Schwierigkeit nach der anderen, bis sie das Schädliche in Nützliches verwandeln konnten, indem sie aus dem fluorhaltigen Abgas das für die Schmelze von Aluminium wichtige Rohmaterial Kryolith zurückgewannen. Als sie mit der Herstellung von Kryolith begannen, drohte ein Defizit durch die hohen Gestehungskosten, und manche Leute meinten nun, die ganze Sache lohne sich doch nicht. Aber die Masse der Arbeiter hielt sich an die Lehre des Vorsitzenden Mao: 'Es ist unsere Pflicht, dem Volk gegenüber verantwortlich zu sein' und 'sich in allem von den Interessen des Volkes leiten lassen' und beharrte auf der allseitigen Nutzung, indem sie sagten: 'Wir machen doch nicht Revolution, um wie die Kapitalisten nur aufs Geldmachen zu schauen! Wenn wir der Gefahr fluorhaltiger Abgase ein Ende bereiten und vom Staat benötigte Produkte herstellen, so ist das der größte Gewinn! Nur auf das zu schauen, was einem vor der Nase liegt, ohne Rücksicht auf die lange Sicht, nur an sich selber denken statt ans Ganze, das ist der allergrößte Verlust.' " China im Bild Nr. 10/1972
(16) Zum Beispiel Süddeutsche Zeitung vom 14. November 1974

Gebiet nur sehr geringe Mittel zur Verfügung stehen (zwei bis drei Prozent aller Ausgaben für die Atomforschung), was wiederum eine Folge davon ist, daß Sicherheitsaufwendungen als Kosten betrachtet werden, die man möglichst gering halten muß.

Erst die Planung in einer sozialistischen Gesellschaft kann also berücksichtigen, daß die Beseitigung von Schäden, die durch die Umweltzerstörung und -schädigung hervorgerufen werden, der Gesellschaft insgesamt mehr schaden als eventuell Nutzen gezogen wird für eine Fabrik, ein Unternehmen usw. Sie kann das, weil sie nicht ausgeht von der Verwertung des Kapitals, sondern die Interessen des Ganzen in den Mittelpunkt stellt (17).

In der sozialistischen Gesellschaft geht es keineswegs darum, das Wachstum und die Ausdehnung der Produktion einzudämmen und zu beschränken, wie es von einer Reihe von bürgerlichen Umweltschutz-Vertretern vorgeschlagen wird. Der wohl bekannteste Vertreter dieser Richtung ist D. Meadows, der für den Club of Rome eine Studie erarbeitete mit dem Titel "Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit" (Stuttgart 1972). Zusammenfassen läßt sich seine Position so: "Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Lauf der nächsten hundert Jahre erreicht. Mit großer Wahrscheinlichkeit führt dies zu einem ziemlich raschen und nicht aufhaltbaren Absinken der Bevölkerungszahl und der industriellen Kapazität." Als Lösung schlägt Meadows vor: sofortiger Stop des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums. "Es erscheint möglich, die Wachstumstendenzen zu ändern und einen ökologischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand herbeizuführen, der auch in weiterer Zukunft aufrechterhalten werden kann." (18)

Sonderlich neu ist diese Position nicht; im Kern läuft sie auf die Neuauflage der Theorie von Malthus (1789) heraus (19). Man kann diese Position als ideologische Widerspiegelung der Tatsache sehen, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch geraten ist mit den Eigentumsverhältnissen, wobei allerdings die Bourgeoisie diesen Widerspruch als absolut begreift, als sei überhaupt keine Entfaltung der Produktivkräfte mehr möglich. Die Weltanschauung des Proletariats ist dieser Auffassung entgegengesetzt: Es geht darum, in der sozialistischen Revolution die Fesseln für die Entwicklung der Produktivkräfte, nämlich das Privateigentum an Produktionsmitteln, abzustreifen und gerade durch die hemmungslose Entfaltung der Technik und vor allem auch der menschlichen Produktivität eine glänzende Zukunft für die gesamte Menschheit zu beginnen.

Zusammenfassend kann man also sagen: Herausgearbeitet werden muß bei den Kämpfen in Wyhl, wie bei allen Kämpfen gegen den Bau von Industrieanlagen u.ä., die schädliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, daß es letztlich um die Eigentumsfrage geht. Darum, daß die Entwicklung der Produktivkräfte nach einer Lösung der Eigentumsfrage drängt, danach, daß die Produktionsmittel sich nicht mehr länger in der Hand einiger weniger Kapitalisten befinden und daß der Staat nicht mehr länger bürokratisches Gewaltinstrument in der Hand der Kapitalistenklasse bleibt, sondern daß die Gesellschaft über die Produktionsmittel verfügt mit Hilfe eines Staates der Arbeiterklasse, der die Volksmassen demokratisch organisiert. Von daher begründet sich auch der fortschrittliche Charakter der Kämpfe in Wyhl und die tiefe Überzeugung der Volksmassen, die an diesen Kämpfen teilnehmen, daß sie im Recht sind: Geltend gemacht wird das gesellschaftliche Interesse gegen das Privatinteresse der kapitalistischen Produktionsmittelbesitzer. Geltend gemacht wird im Grunde genommen die über die bestehende Gesellschaft hinausweisende Tendenz, nicht mehr die Kapitalisten sollen die Produktion bestimmen, sondern die große Mehrheit des Volkes, die den gesamten Reichtum schafft.

A.K., Ortsgruppe Freiburg, 3.2.75
mit der Unterstützung von P.G.W.,
Kommunistische Hochschulgruppe Freiburg,
und R.G., Gesellschaft zur Unterstützung
der Volkskämpfe Freiburg

(17) Erwähnt sei noch, daß Engels die Beseitigung der Umweltschädigung in Zusammenhang bringt mit der Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land. "Nur durch eine Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie die jetzt in den Städten dahinsiechenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird statt zur Erzeugung von Krankheiten." Voraussetzung ist allerdings die Aufhebung des kapitalistischen Charakters der Industrie. "Nur eine Gesellschaft, die ihre Produktivkräfte nach einem einzigen großen Plan harmonisch ineinandergreifen läßt, kann der Industrie erlauben, sich in derjenigen Zerstreuung über das ganze Land anzusiedeln, die ihrer eigenen Entwicklung und der Erhaltung resp. Entwicklung der übrigen Elemente der Produktion am angemessensten ist." Engels, Anti-Dühring, a.a.O., Seite 393

(18) Meadows, Seite 17

(19) Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der Position von Malthus und seinen heutigen Nachfolgern ist in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/1974 in dem Artikel "Das Anwachsen der Weltbevölkerung schreckt nur den Imperialismus" enthalten. Vgl. auch den Artikel in diesem Heft.

Beschränkung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Wochentagen!

Völliges Verbot der Überstundenarbeit! *

Die Geschichte des Kapitalismus war von Anfang an mit dem Blut der Arbeiterklasse befleckt. Die kapitalistische Produktionsweise ist, wie Marx sagt, "weit mehr als jede andere Produktionsweise, eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn".
Davon legen heute 2,5 Millionen Arbeitsunfälle pro Jahr, der hohe Krankenstand, die steigende Frühinvalidität und die sinkende Lebenserwartung der Werktätigen ein trauriges Zeugnis ab. Die in Gang gekommene Diskussion um Betriebsgesundheitswesen und Unfallschutz, noch mehr die vielen kleinen Kämpfe gegen die Steigerung der Arbeitshetze, und vor allem der Kampf der baden-württembergischen Metaller um den Manteltarifvertrag sind Anzeichen dafür, daß die Arbeiterklasse nicht mehr länger den Raubbau an ihrer Gesundheit dulden will.
Warum ist es notwendig, für die Einhaltung des 8-Stunden-Tages zu kämpfen und darüberhinaus den gesetzlichen 7-Stunden-Tag zu fordern?

Es gibt heute keinen Achtstundentag

Es ist eine Tatsache, daß es heute für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen weder einen gesetzlich garantierten 8-Stunden-Tag gibt, noch eine wirkliche Arbeitszeit von 8 Stunden, zusammen mit der Zeit für An- und Abfahrt sind zirka 10 Stunden am Tag "arbeitsgebunden". Hören wir das Gewerbeaufsichtsamt Hamburg: "Die anhaltende Hochkonjunktur in vielen Wirtschaftszweigen ließ eine merkliche Entspannung des Arbeitsmarktes nicht zu. Akuter Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an qualifizierten Facharbeitern, veranlaßte viele Unternehmer, sämtliche Möglichkeiten einer tariflichen oder gesetzlichen Arbeitszeitverlängerung auszunutzen und mehr als in den früheren Jahren die Grenze der zulässigen Arbeitszeit zu überschreiten."
Und: "Unter Berücksichtigung der Marktlage legt die Gewerbeaufsicht einen großzügigen Maßstab bei der Entscheidung über mehr Arbeitsanträge an, soweit eine 10-stündige tägliche Arbeitszeit nicht überschritten wurde. Für verschiedene Tätigkeiten konnten auch die Voraussetzungen für eine regelmäßige erhebliche Arbeitsbereitschaft nachgewiesen werden, so daß die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bis zu 12 Stunden möglich war."

Das betrifft die Zeit der Hochkonjunktur nach 1970, und entgegen der Verringerung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit steigt die tatsächliche Arbeitszeit enorm. Zwar wird zunehmend auf dem Papier der 8-Stunden-Tag eingeführt, aber die Zahl der Überstunden hat sich von 1958 bis 1970 fast um 90 % erhöht! Dahinter steht die Tatsache, daß in vielen Betrieben die Kollegen bis zu 10 Stunden pro Woche Überstunden machen müssen, während andere wieder von Kurzarbeit betroffen sind. Auch innerhalb der Belegschaften sind die Überstunden ungleichmäßig verteilt.
Bei Klöckner Bremen zum Beispiel verteilen sich die zirka 70 bis 80 000 Überstunden pro Jahr auf nur 1 800 von einer Gesamtbelegschaft von 6 500!

Die Pausen zählen durch die Bank nicht zur bezahlten Arbeitszeit, obwohl sie unbedingt notwendig sind, wenn die Arbeitskraft den ganzen Tag zur Verfügung stehen soll. Dort, wo sowieso Schicht gearbeitet wird, schrumpfen die Pausen auf das Allernotwendigste, um das Essen runterzuschlingen, was bekanntlich zu Magenbeschwerden führt.

Dort, wo man gerne die Spätschicht sparen möchte, wie zum Beispiel in Krankenhäusern und Pflegeheimen, wird die Mittagspause auf 3 bis 4 Stunden ausgedehnt, womit die Beschäftigten nichts anfangen können, wohl aber die Anstalt. Die wichtigen Zeiten für Essen, Visite und Medikamentenausgabe sind mit zwei Schichten abgedeckt.
Dazu kommt, daß eine große Anzahl der Kollegen Pendler sind, das heißt täglich mehrere Stunden auf der Bahn hocken, um einem Betrieb ihre Arbeitskraft heranzuschaffen. In Bremen waren das zum Beispiel 1970 15,6 % der nicht-landwirtschaftlich Beschäftigten. Von diesen Pendlern hatten wiederum 43,5 % einen Anmarschweg zwischen 10 und 30 km.

In Baden-Württemberg betrug der tägliche Zeitaufwand für den Arbeitsweg für 53,6 % aller männlichen Arbeiter zwischen einer halben und mehr als zwei Stunden. Für Hamburg werden die Zahlen kaum anders sein.
Diese Zeiten werden sowieso nicht in den Lohn aufgenommen, weil in ihnen ja nichts produziert wird. Ausgeglichen werden höchstens die Anfahrtskosten, und auch die nur zum Teil.

Wenden wir uns der wöchentlichen Arbeitszeit zu.

*) Referat, gehalten auf einer Veranstaltung des KBW, Ortsgruppe Hamburg, am 28. Februar 1975.

Wenn man den offiziellen Statistiken Glauben schenkt, dann schrumpft die Arbeitswoche. So behauptet zum Beispiel die "Süddeutsche Zeitung" in einer Grafik: "Während sich das Einkommen der Beschäftigten netto von 1957 bis 1973 mehr als verdreifacht hat, wurde die Arbeitszeit immer kürzer. Die 40-Stunden-Woche ist weitgehend Wirklichkeit geworden." Und zwar soll die durchschnittliche Arbeitszeit von 44,6 auf 39,6 Stunden gesunken sein.

Dieses Bild ist trügerisch, weil es nur von den vereinbarten Tarifverträgen ausgeht, aber nicht von den tatsächlich geleisteten Stunden. Auf dem Papier wird die Arbeitswoche immer kleiner, aber in Wirklichkeit wird sie immer länger. In Zeiten der Hochkonjunktur wächst sie bis auf 60 Stunden an, wobei das der Durchschnitt ist und also viele Arbeiter über dem Durchschnitt liegen. In Zeiten der Krise fällt sie im Durchschnitt auf weniger als 30 Stunden, vor allem durch Kurzarbeit. Gleichwohl werden also auch in der Krise Überstunden geschoben, wie die Lage bei VW zeigt, wo die eine Abteilung Kurzarbeit macht, die andere Überstunden. In Hamburg betrugen 1971 die bezahlten Wochenstunden in der Eisen- und Stahlindustrie 45,1, im Stahl- und Leichtmetallbau 46,2, im Schiffbau 50. Im Handwerk liegen diese Zahlen etwas niedriger, erheblich niedriger bei den Frauen, was an der Verbreitung der Halbtagsarbeit der Frauen liegt, die den Durchschnitt senkt.

Tag für Tag fordert die kapitalistische Produktionsweise ihre Opfer

Betrachten wir zunächst, welchen Einfluß die Verlängerung des Arbeitstages auf die Arbeiter hat. Es sind dies vor allem vorzeitiger Verschleiß und erhöhte Krankheits- und Unfallgefahr.
Der vorzeitige Verschleiß des Arbeiters ist daran abzulesen, daß die durchschnittliche Lebenserwartung in der letzten Zeit um drei Jahre gesunken ist! Aus diesem Grunde mußte auch die sogenannte "flexible Altersgrenze" bei den Renten eingeführt werden, denn die Arbeitskraft ist häufig schon vor dem 65. Lebensjahr abgenutzt. Allerdings wird der Arbeiter für das frühere Nachlassen seiner Kräfte noch bestraft: Wer mit 63 in die Rente geht, erhält empfindlich weniger als mit 65. Über die Hälfte der Arbeiter (52 %) ist aufgrund des verstärkten Verschleißes zu Frührentnern oder Invaliden geworden. Das Ausmaß dieser Zerstörung der Arbeitskraft wird noch deutlicher, wenn man den Krankenstand betrachtet, der in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Einige Beispiele:

Bei Continental in Hannover kletterte der **Krankenstand** während der Hochkonjunktur auf das Dreifache. Aber auch, wenn der Krankenstand sinkt, bedeutet das nicht mehr Gesundheit. Die Angst vor drohender Entlassung zum Beispiel treibt den Arbeiter in die Fabrik, obwohl er nicht arbeitsfähig ist. So waren nach einer Untersuchung von Hirrlinger von Kollegen zwischen 15 und 60 Jahren, die nicht krankgeschrieben waren, 63,9 % der Männer und 72,1 % der Frauen behandlungsbedürftig, 20,8 % der Männer und 17,9 % der Frauen waren sanatoriumsreif, 1,6 % der Männer und 1,3 % der Frauen mußten sofort ins Krankenhaus! 36 % der männlichen und 51,8 % der weiblichen Jugendlichen waren behandlungsbedürftig. Das zeigt die Wichtigkeit von Reihenuntersuchungen, die in der BRD allerdings nur bei Einstellung vorgesehen sind, weil es bei der Einstellung darum geht, eine gesunde Arbeitskraft einzustellen. Nur bei Jugendlichen sind Nachuntersuchungen Pflicht, und auch die fallen oft aus. So wurden in Baden-Württemberg 1968 in 13,3 % der Fälle die Einstellungs- und in 42,9 % die Nachuntersuchung unterlassen.

Ständig steigt die Zahl und die Verbreitung von **Berufskrankheiten.** Dabei wird als Berufskrankheit nur anerkannt, was **durch besondere Einwirkungen verursacht** ist, denen der Kranke in höherem Maße als die übrige Bevölkerung ausgesetzt war. Die allgemeine Steigerung der Belastung aller Werktätigen durch Lärm, Luftverschmutzung, Hitze, Kälte und Akkord usw. wird als "normal" empfunden. So gibt es auch nur 47 "anerkannte Berufskrankheiten". Jährlich werden den Berufsgenossenschaften zirka 25 000 Fälle gemeldet, wovon sie aber nur 5 000 als Berufskrankheiten anerkennen aufgrund ihrer Listen und besonderer Gutachter, die vielleicht noch nie eine Fabrik von innen gesehen haben.

Auffälligste Erscheinung der Zerstörung der Arbeitskraft sind die **Arbeitsunfälle.** Diese werden in der Regel auf "menschliches Versagen", "Unaufmerksamkeit" oder "Nichtbeachtung von Unfallverhütungsvorschriften" zurückgeführt. Die Berufsgenossenschaften geben zynische Plakate heraus mit dem Text "Gar mancher Unfall bleibt erspart, wenn sich Verstand mit Vorsicht paart". In keiner Unfallzeitschrift, auf keinem Plakat findet sich allerdings ein Hinweis auf die Verringerung des Arbeitstempos. Dabei ist der Zusammenhang zwischen steigender Arbeitshetze, Verlängerung des Arbeitstags und Häufigkeit der Arbeitsunfälle statistisch nachweisbar:
In der Zeit von 1949 bis 1961, als das sogenannte "Wirtschaftswunder" vor allem auf den Knochen der westdeutschen Arbeiter geschaffen wurde, wurde die Steigerung der Profite mit einer Unzahl von Arbeitsunfällen gezahlt. Pro 10 Millionen Tonnen Rohstahl mußten 44 Arbeiter in der BRD ihr Leben lassen (in den USA in der gleichen Zeit 8). Ab 1961 fielen die angezeigten Arbeitsunfälle, erreichten in den Krisenjahren 1963 und 1966/67 einen Tiefstand, um nach 1967 wieder steil anzusteigen; so nahm die Unfallhäufigkeit in der Metallindustrie um 33 % zu. Nach dem Rückgang 1968 und dem Tiefstand im Jahr 1969 nimmt die Unfallhäufigkeit wieder zu; 1970 ist sie um 24,5 % höher als 20 Jahre zuvor.
Den Produktionsrekorden des Wirtschaftswunders entsprachen die Unfallrekorde, den Hochkonjunkturphasen hohe Unfallziffern.

Den Zusammenhang zwischen der Länge des Arbeitstages und der Unfallhäufigkeit zeigt folgendes statistische Material:
Der höchste Prozentsatz der Arbeitsunfälle erfolgt 4 bis 5 Stunden nach Arbeitsbeginn (12 %), danach fällt die Häufigkeit und steigt bei 8 bis 9 Stunden wieder auf 10,8 % an. Nach 12 Stunden nimmt die Arbeit ein extremes Maß an Gefährlichkeit an.

Fassen wir diese Entwicklung zusammen: Tag für Tag fordert die kapitalistische Produktionsweise ihre Opfer unter den Arbeitern und beraubt sie ihrer Arme und Beine, ihrer Arbeitsfähigkeit und ihres Lebens. Alle 13 Sekunden ereignet sich ein Betriebsunfall, alle 7 Minuten entsteht ein Krüppel, der von der Rente leben muß. Alle zwei Stunden fordert das Kapital ein Arbeiterleben. Jeder zehnte Beschäftigte erlitt 1972 einen Arbeitsunfall, im Bergbau sogar 22,5 %, auf dem Bau 17,1 % und bei Eisen und Metall 16,3 %.
Aber nicht allein die nackte Stundenzahl, sondern auch die Verteilung in der Woche, die Pausen und die Anfahrtswege spielen eine große Rolle für die tatsächliche Belastung der Arbeiter. Das größte Problem ist hier die Nacht- und Schichtarbeit.

Auswirkungen der Nacht- und Schichtarbeit

In der BRD erhöhte sich von 1950 bis 1965 die Zahl der Nacht- und Schichtarbeiter um 800 000, das ist zweieinhalb mal soviel wie der gesamte Zuwachs der Arbeiter. 1965 arbeiteten 14 % in Nacht- und Wechselschicht, vor allem in der Metall-, Chemie- und Elektrobranche, zweitens in Transport- und Verkehrsbetrieben, drittens in Gesundheits- und Pflegeberufen.
Dabei ist die Nacht- und Schichtarbeit von der Natur der Produktion oder Arbeit her nur in einem geringen Ausmaß notwendig. Für den Unternehmer hat dies den Vorteil, daß er die Maschinen 24 Stunden laufen lassen kann, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des 8-Stunden-Tages zu verletzen. Für die Nacht- und Schichtarbeiter hat diese Arbeit schwere Folgen:
In erster Linie wird der soziale Zusammenhang zu Familie, Nachbarschaft und überhaupt zum öffentlichen Leben zerrissen. Darüberhinaus ist ständige Nacht- und Schichtarbeit nicht ohne gesundheitliche Schäden mit dem menschlichen Körper zu vereinbaren. Die Leistungsbereitschaft des Menschen ist nämlich innerhalb von 24 Stunden großen Schwankungen unterworfen. Dabei können weder die Umkehrung von hell/dunkel noch von Schlafen und Wachen diese Periodik ändern. Die Leistungsbereitschaft steigt bis kurz vor Mittag, fällt ab bis zirka 14 Uhr, steigt danach bis zirka 17 Uhr, fällt abends bis zu einem Minimum um zirka 3 Uhr morgens.
Gesetzmäßig führt der Zwang zur Arbeit, wenn der Körper auf Schlaf eingestellt ist, und auf Schlaf, wenn er auf Arbeit eingestellt ist, zu schweren Dauerstörungen. Appetitlosigkeit, Schlafmangel, Verdauungsstörungen, vegetative Störungen, Verkürzung der Schlafzeit treffen zwischen 36 % und 82 % der Nacht- und Schichtarbeiter. Bei Selbstversorgern ohne Familie soll zum Beispiel die durchschnittliche Schlafzeit auf die unvorstellbar kurze Zeit von 2,5 Stunden absinken.
Besonders schädlich ist dabei der ständige Wechsel der Arbeitszeit, wie er bei der Voll-Conti-Schicht in vielen Metall- und Stahlbetrieben üblich ist. Die Kollegen arbeiten dort Montag bis Sonntag Frühschicht 8 Stunden, am Sonntag 12 Stunden, dann ab Montag 3 Tage auf Spätschicht, danach haben sie 4 freie Tage. Dann wieder Montag bis Sonntag Nachtschicht, sonntags 12 Stunden, danach 3 freie Tage. Es folgen Donnerstag bis Samstag Spätschicht.

Auf dem Papier gibt das 42 Stunden in der Woche, tatsächlich jedoch werden 10 Tage hintereinander weggearbeitet. Außerdem zerreißt der ständige Wechsel auch die Kontakte innerhalb der Belegschaft; die zermürbenden Arbeitsbedingungen sorgen für eine äußerst starke Fluktuation. Es ist klar, daß so etwas nur ein junger, gesunder Arbeiter, und auch nur für einige Jahre, aushält. Danach ist er vielleicht noch jung, aber nicht mehr gesund. Die Einheit der Arbeiter wird durch den ständigen Wechsel der Schicht und der Belegschaft empfindlich geschwächt, ebenso wie die Kampfkraft des Einzelnen.

Für den 7-Stunden-Tag an 5 Werktagen! Verbot der Überstunden und der Nacht- und Schichtarbeit!

Aus dieser breiten Schilderung der Verhältnisse wird klar, daß es keinesfalls eine spinnerte Idee von ein paar Kommunisten ist, den 7-Stunden-Tag zu fordern, sondern daß diese Forderung sich aus den Verhältnissen selbst ergibt. Daher können sich alle Lohnabhängigen mit der Arbeiterklasse als führender Kraft im gewerkschaftlichen Kampf zusammenschließen um folgende Forderungen:
– Einhaltung des 8-Stunden-Tags!
– Verkürzung auf 7 Stunden an 5 Werktagen!
– Verbot der Überstunden!
– Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, sowie der Sonntagsarbeit, in allen Zweigen, wo sie von der Produktion her nicht erforderlich sind!
– Verbot aller akkordähnlichen Systeme!

Wenn Einheit besteht über die Notwendigkeit solcher Forderungen, müssen wir uns fragen, wie es um die Durchsetzungsmöglichkeiten solcher Forderungen steht; welche politische Bedeutung hat der Kampf um den Normalarbeitstag für den Kampf zur Zerschlagung des ganzen Ausbeutersystems? Was sind die nächsten Schritte zur Organisierung dieser Kämpfe?
Keinesfalls darf man aus der Tatsache, daß wir in der BRD auf dem Papier den 8-Stunden-Tag haben und in Wirklichkeit nicht, falsche Schlüsse ziehen, etwa dergestalt:
"Da sieht man es mal wieder, daß der Kampf um Gesetze nix bringt!" oder: "Dafür kriegt man nie eine Einheit!" oder: "Bei der fehlenden innergewerkschaftlichen Demokratie in den Gewerkschaften ist das alles illusorisch!" oder: "Gesetze nützen nichts, man muß jetzt Arbeiterkontrollen, vor allem über Bandgeschwindigkeiten und Akkord, erkämpfen!"

Um solche Fragen, wie sie tatsächlich aufgeworfen werden, zu beantworten, wollen wir genauer die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Ausbeutung und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung untersuchen. Sich dabei mit dem "Kapital" von Karl Marx zu beschäftigen, ist beileibe keine Theoretisiererei oder Sache der Intellektuellen, sondern gerade der fortgeschrittensten Arbeiter, die sich unbedingt den Marxismus-Leninismus aneignen müssen, um die Revolution zu machen.
Aufgrund der Feststellung, daß die Organisation des kapitalistischen Produktionsprozesses der Profitproduktion unterworfen ist, leitet Marx ihre Gesetze aus der Entstehung des kapitalistischen Profits, aus dem Geheimnis des Mehrwerts ab. Der Kern dieses Geheimnisses besteht dar-

in, daß dem Arbeiter im Lohn nicht die geleistete Arbeit, sondern nur der Wert seiner Ware Arbeitskraft entgolten wird. Die Differenz zwischen dem, was der Arbeiter täglich produziert, und dem, was die Produktion und Reproduktion seiner Arbeitskraft kostet (sowie seiner Kinder), eignet sich der Kapitalist als unbezahlte Mehrarbeit an. Der Arbeitstag eines Lohnarbeiters zerfällt also in einen Teil, der bezahlt ist, und einen Teil, der unbezahlte Mehrarbeit enthält.
Das ganze Streben der Kapitalisten geht nur nach der Vergrößerung dieses Teils, der unbezahlten Mehrarbeit, welchen sie sich aneignen.
Drei variable Größen konstituieren das Verhältnis von bezahlter zu unbezahlter Arbeit bzw. vom Wert der Arbeitskraft zu dem von ihr geschaffenen Mehrwert: "1. die Länge des Arbeitstags oder die extensive Größe der Arbeit; 2. die normale Intensität der Arbeit, oder ihre intensive Größe, so daß ein bestimmtes Arbeitsquantum in bestimmter Zeit verausgabt wird; 3. endlich die Produktivkraft der Arbeit, so daß je nach dem Entwicklungsgrad der Produktionsbedingungen dasselbe Quantum Arbeit in derselben Zeit ein größeres oder kleineres Quantum Produkt liefert." (Marx, Das Kapital, Band 1, S. 542)

Die Verlängerung des Arbeitstags vergrößert den Mehrwert absolut. "Gesteigerte Produktivkraft der Arbeit und ihre wachsende Intensität wirken nach einer Seite hin gleichförmig. Beide vermehren die in jedem Zeitabschnitt erzielte Produktenmasse. Beide verkürzen also den Teil des Arbeitstags, den der Arbeiter zur Produktion seiner Lebensmittel oder ihres Äquivalents braucht." (Marx, Das Kapital, Band 1, S. 552)
Da die Kapitalisten in Konkurrenz zueinander stehen und beständig einer vorprescht bei der Steigerung der Arbeitshetze, erhält er, wenn ihm der Arbeiter nicht dazwischenkommt, am Tage mehr Produkte als seine Konkurrenten. Obwohl seine Produkte einzeln weniger Arbeitszeit verkörpern als die seiner Konkurrenten, werden seine Produkte zum selben Preis verkauft, und er kann sich so mehr unbezahlte Arbeit aneignen. So führt auch die Steigerung der Arbeitshetze zur Vergrößerung des Mehrwerts, zur Produktion von relativem Mehrwert.

Ausgehend von diesen grundlegenden Beziehungen entspannt sich ein zäher Kleinkrieg zwischen Arbeiter und Kapitalist um die Länge des Arbeitstages und um die Höhe der Arbeitshetze, die Intensität der Arbeit. Marx läßt im "Kapital" einen Arbeiter seinen Standpunkt in Form einer Rede darstellen:
"Die Ware, die ich Dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem andern Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größren Wert, als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft. Du und ich kennen auf dem Marktplatz nur ein Gesetz, das des Warenaustausches. Und der Konsum der Ware gehört nicht dem Verkäufer, der sie veräußert, sondern dem Käufer, der sie erwirbt. Dir gehört daher der Gebrauch meiner täglichen Arbeitskraft. Aber vermittelst ihres täglichen Verkaufspreises muß ich sie täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können. Abgesehen von dem natürlichen Verschleiß durch Alter usw., muß ich fähig sein, morgen mit demselben Normalzustand von Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten, wie heute. Du predigst mir ständig das Evangelium der 'Sparsamkeit' und 'Enthaltung'. Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und jeder tollen Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur soviel flüssig machen, in Bewegung setzen, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstages kannst du in einem Tage ein größeres Quantum flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Beraubung derselben sind ganz verschiedene Dinge ... Du zahlst mir eintägige Arbeitskraft, wo du dreitägige verbrauchst. Das ist wider unsern Vertrag und das Gesetz des Warenaustauschs. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. Du magst ein Musterbürger sein, vielleicht Mitglied des Vereins zur Abschaffung der Tierquälerei und obendrein im Geruch der Heiligkeit stehen, aber dem Ding, das du mir gegenüber repräsentierst, schlägt kein Herz in seiner Brust. Was darin zu pochen scheint, ist mein eigener Herzschlag. Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den Wert meiner Ware verlange, wie jeder andere Verkäufer." (Marx, Das Kapital, Band 1, S. 248f.)
Man sieht von den physischen Schranken, vom Zusammenbruch der Arbeitskraft her, abgesehen, gibt es keine Schranke des Arbeitstags. Der Kapitalist behauptet sein Recht, die Arbeitskraft während eines Tages ausbeuten zu dürfen, und der Arbeiter besteht auf seinem, sich gegen den **Diebstahl** an seiner Ware zu wehren. Wo Recht gegen Recht steht, kann nur die Gewalt entscheiden.

Wie muß der Kampf um den Normalarbeitstag geführt werden?

Beginnen wir mit der einfachen Frage: "Warum sind sich nicht alle Arbeiter einig und arbeiten nur sieben Stunden?"
Da wird jeder Kollege sofort sagen, daß er nicht freiwillig so lange arbeitet, sondern ökonomisch dazu gezwungen ist. Die allgemeine Grundlage dafür, daß der Kapitalist den Arbeiter zwingen kann, länger zu arbeiten, ist die Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft. Normalerweise reicht der Lohn gerade für die laufenden Bedürfnisse des Arbeiters und seiner Familie. Wobei der alleinstehende Arbeiter durch die Steuer stärker geschröpft wird und die Arbeiterfamilie auf die Mitarbeit der Frau angewiesen ist. Besondere Anschaffungen wie ein Auto, eine Waschmaschine, sind sonst einfach nicht drin.
Das wird auch deutlich an der Werbung für die Teilzeitarbeit: Auf bunten Plakaten wird angezeigt, was die Familie sich alles "zusätzlich" leisten kann, wenn die Frau mitarbeite. Dabei handelt es sich durch die Bank nicht um Luxus, sondern um die gewöhnlichsten Bedürfnisse auf dem heute erreichten Lebensstandard. Das ist ein Hebel zur Erpressung von Überstunden und mehr Arbeit.

Schlechter wird diese Lage gerade in der Krise, wenn der knappe Lohn noch knapper wird und nicht mehr für die laufenden Ausgaben reicht, geschweige denn für große

Ausgaben, Urlaub usw. Die letzten Tarifabschlüsse bei Metall, ÖTV usw., die durchweg Lohnraub bedeuten, wirken zweifellos als Stachel, der die Kollegen zu vermehrter Überstundenschieberei pressen soll. Nur wird die Möglichkeit dazu in der Krise geringer; viele Kollegen müssen sich jetzt paradoxerweise um die längere Ausbeutung streiten. Die Konkurrenz unter den Arbeitern wird durch diese Tarifabschlüsse enorm verschärft.
Das zeigt, daß die Arbeiterklasse den Kampf an mehreren Fronten führen muß. Nicht nur für die Verringerung der Arbeitszeit, sondern auch für entsprechend hohe Löhne, damit die Arbeitszeit wirklich verringert werden kann.

Gleichzeitig ist es so, daß in der Krise die Ausbeutung der Arbeiter gewaltig verschärft wird; weniger leisten mehr Arbeit und das wiederum führt zu Entlassungen. Das Heer der industriellen Reservearmee wird immer größer, was die Spaltung der Arbeiterklasse verschärft und von den Kapitalisten als Druckmittel für Lohnsenkungen, Verschärfung der Arbeitshetze, Disziplinierungen usw. eingesetzt wird. Auch an dieser Front muß die Arbeiterklasse kämpfen, und zwar für ein Arbeitslosengeld, das die Arbeiter davor bewahrt, aus reiner Existenznot zum Streikbrecher zu werden, nämlich mindestens 80 % des letzten Lohnes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!
Ein weiteres Hindernis für die Einheit und ein Grund mehr, die gesetzliche Regelung des 7-Stunden-Tages zu fordern, sind die Arbeitszeitordnung und die Tarifverträge, die den Kapitalisten tausend Hintertürchen offen lassen, durch ökonomische Erpressung und Entlassungsdrohungen den **einzelnen** Arbeiter zu Überstunden zu zwingen.

Aus der Geschichte des Kampfes um den Normalarbeitstag

1918 scheiterte zwar die Revolution, aber die Erschütterung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie reichte aus, um, wenn auch in verstümmelter Form, die Betriebsräte und gewisse Arbeiterschutzgesetze durchzusetzen. Der Arbeitstag wird gesetzlich auf 8 Stunden begrenzt, die Kontrolle den staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern übertragen.
1923, in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, führte die politische Bourgeoisie mit den Stimmen der SPD durch ein "Ermächtigungsgesetz zur Beseitigung der Revolutionsfolgen" zahlreiche Ausnahmen vom 8-Stunden-Tag ein.
1929/30 gestattet die stark anschwellende Arbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise den Kapitalisten das praktische Ignorieren der Arbeiterschutzbestimmungen.
1938 wird nach der Auflösung der Gewerkschaften durch die Faschisten (1933) mit dem "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" (1934) durch die "Arbeitszeitordnung" der 8-Stunden-Tag noch weiter aufgelockert.
1946 setzen die Alliierten die Arbeitszeitordnung von 1938 neu in Kraft.
1967 bestätigt das Bundesverfassungsgericht ihre Rechtmäßigkeit.

Heute sind die Arbeitszeiten meist in Manteltarifverträgen festgehalten, wodurch die Gewerkschaften bei Überschreitung durch die Kapitalisten selbst die Gerichte anrufen können, wonach es nach der "Arbeitszeitordnung" (AZO) Sache des Gewerbeaufsichtsamtes ist, Verstöße zu unterbinden. Auch die Einführung der tariflichen 40-Stunden-Woche war erst nach langen und harten Auseinandersetzungen möglich. Trotzdem gibt die AZO weiterhin viele Löcher für das Kapital frei, die auch in Tarifverträgen offen gehalten werden:

Andere Verteilung der Arbeitszeit, zum Beispiel auf 5 andere Werktage, kann die Gewerbeaufsicht gestatten; sie bestimmt auch, was als **Vor- und Nacharbeiten** gilt und außerhalb der 8 Stunden liegt. An 30 Tagen im Jahr kann der Arbeitgeber laut AZO ohne Angabe von Gründen die Arbeitszeit verlängern!
Durch Tarifordnung kann auch eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden vereinbart werden – natürlich "frei". Auf Nachweis eines dringenden Bedürfnisses der Kapitalisten kann die Gewerbeaufsicht auch befristet die Arbeitszeit pro Tag verlängern. Dieses Bedürfnis ist dann gegeben, wenn "berechtigte arbeitstechnische, wirtschaftliche, soziale oder sonstige Gründe vorliegen". – Danach ist jedes Bedürfnis der Kapitalisten berechtigt.

Die Arbeiter können noch nicht einmal die Gewerbeaufsicht zwingen, einzugreifen, denn "das Gewerbeaufsichtsamt entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen", ob es eingreifen will oder nicht. Für Dritte besteht kein im Verwaltungsrecht durchsetzbarer Anspruch darauf, daß die zuständige Arbeitsschutzbehörde Verstöße gegen die AZO oder sonstige Arbeitsschutzgesetze unterbindet.
Dazu kommt, daß die Gewerbeaufsicht durch die "Sparsamkeit" des kapitalistischen Staates gar nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. In den Bundesländern bestehen 74 Ämter mit 1 698 Beamten und 72 Gewerbeärzten. Auf jeden Beamten kommen also 11 000 Arbeitsplätze. 1970 wurden auch nur 22 % aller Betriebe überhaupt kontrolliert! Für ganz Hamburg standen 1970 nur 71 Bedienstete bereit, von denen nur ein Teil Kontrollgänge macht.

Falls wirklich Kapitalisten wegen des Verstoßes vor Gericht kommen sollten, erheben sich weitere Hürden. Die Verjährungsfrist beträgt nur drei Monate, weshalb in einem Jahr 6 500 Verfahren eingestellt wurden. Dazu kommen die Verfahren, die wegen Geringfügigkeit eingestellt wurden. Wird wirklich mal einer verknackt, dann trifft es nur Kleine, denn die Höchstgrenze von 1 000 Mark Strafe ist zwar für den Handwerker spürbar, aber für große Firmen fällt diese Strafe unter "Portokosten".
Zwar hat der Betriebsrat ebenfalls darüber zu wachen, daß den Arbeiter schützende Gesetze und Vorschriften eingehalten werden, aber diese "Mitbestimmung" hat da ihre Grenzen, wo der Kapitalist den Betriebsrat nicht "mitbestimmen" lassen will: Die Einigungsstelle wird angerufen, und sie entscheidet meist zugunsten der Kapitalisten.

Der maßlose Trieb des Kapitals zur Verlängerung des Arbeitstages setzte sich gegen hergebrachte Schranken und vor allem den Widerstand der Arbeiter selbst durch. Dabei setzte das Kapital Zwangsgesetze zur **Verlängerung** des Arbeitstages durch, die die Epoche seiner Entstehung seit dem späten Mittelalter begleiten. Aber in seinem Werwolfsheißhunger nach Mehrarbeit überrennt es nicht nur die hergebrachten Schranken, sondern auch die körperlich

bedingten des Arbeitstages. Das Prinzip des einzelnen Kapitalisten, "nach mir die Sintflut", produziert die vorzeitige Abtötung und Erschöpfung der Arbeitskraft selbst, der Quelle der Bereicherung aller Kapitalisten. Die Fabrikgesetzgebung ist das ureigenste Produkt der modernen Industrie.

In England, dem Geburtsland des Kapitalismus, setzte erst 1833 ein Gesetz den normalen Arbeitstag auf 12 Stunden fest, allerdings nur für Jugendliche, wobei sich die einzelnen Kapitalisten größte Mühe gaben, die Grenze zwischen Jugendlichen und Kindern, die nur 8 Stunden arbeiten durften, zu verwischen. Inserate wie "Suche Jungen, der wie 13 aussieht", waren an der Tagesordnung.
Die Fabrikarbeiter hatten den 10-Stunden-Tag zu ihrem ökonomischen, wie die Chartisten das Wahlrecht zu ihrem politischen Schlachtruf gemacht. 1844 wurden durch Zusatz zum Fabrikgesetz auch die Frauen, das heißt erstmals Volljährige, geschützt.
1846/47 wurde der 10-Stunden-Tag allgemeines Gesetz, wobei die Zwangsgesetze der Konkurrenz sogar die Kapitalisten nach einer einheitlichen Regelung (nämlich auch für ihre Konkurrenten) schreien ließ.
In der darauf folgenden Krise wurden die Löhne um 25 % gekürzt, die Fabrikanten brachen in offene Revolte aus gegen die gesamte Arbeiterschutzgesetzgebung. Das führte zu einer unerhörten Zuspitzung des Klassengegensatzes. Die Arbeiter, die bisher passiven Widerstand geleistet hatten, protestierten laut in drohenden Meetings in Lancashire und London. Sogar die staatlichen Fabrikinspektoren warnten die Regierung vor der Verschärfung des Klassenkampfes. Unter diesen Bedingungen wurde am 5. August 1850 ein neuer Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital zum Gesetz erhoben: Beseitigung des mörderischen Relais-Schichtsystems bei gewissen Verlängerungen des 10-Stunden-Tags. Lernen können wir daraus, daß Arbeiterschutzgesetze erst erkämpft werden können durch den Widerstand der ganzen Klasse, der selbst wieder hervorgerufen wird durch die maßlose Bewegung des Kapitals selbst. "Zum 'Schutz' gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und **als Klasse** ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges **gesellschaftliches Hindernis,** das sie selbst verhindert, durch **freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital** sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen." (Marx, Kapital, Band 1, S. 320)

Der Kampf um den Normalarbeitstag ist für die Revolution deshalb von großer Bedeutung, weil darum alle Lohnabhängigen sich zusammenschließen können zum Kampf nicht nur gegen die Kapitalistenklasse, sondern auch gegen den bürgerlichen Staat, dem sie den Normalarbeitstag abringen müssen. Auf solchen Kampf zu verzichten heißt, auf die Revolution zu verzichten.

Die Gewerkschaften zum Kampfinstrument machen

Keine der hier erläuterten Forderungen kann durchgesetzt werden, wenn die Arbeiterklasse sich nicht in den Gewerkschaften zusammenschließt auf dem Boden des Klassenkampfes. Daß es diese Einheit nicht gibt, ist kein Grund zur Resignation, sondern nur ein Ansporn, sie unter klaren Forderungen herzustellen, was nichts anderes heißt als den Kampf in den Betrieben zu verstärken und den Organisationsgrad zu heben, um besonders Frauen, Jugendliche, Hilfsarbeiter und ausländische Kollegen für den Kampf zu gewinnen, sondern auch den Arbeitslosen den Weg in die Gewerkschaft zu bahnen! Die Arbeitslosen müssen Mitglieder der Gewerkschaft mit gleichen Rechten und im Stadtteil auf DGB-Ebene organisiert werden, um der Spaltung der Klasse entgegenzutreten.

Die nächste Aufgabe, in der wir hier in Hamburg den Kampf um die Einheit der Klasse auf klaren Forderungen zusammenfassen können, ist die Vorbereitung des 1. Mai. Der 1. Mai muß unbedingt ein machtvoller Ausdruck der Kampfentschlossenheit und der beginnenden Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes werden! Dafür arbeiten wir, indem wir in den Betrieben und Gewerkschaften den Wunsch nach einer machtvollen gewerkschaftlichen Mai-Demonstration aufgreifen und klare Forderungen in die Bewegung hineintragen und verankern. Die Bedingungen dafür sind sehr gut, denn die Forderungen unseres Programms entspringen nicht unseren Hirnen, sondern den tatsächlichen Verhältnissen und elementaren Interessen der Arbeiterklasse. So haben zum Beispiel in der Schweiz und in Belgien schon Gewerkschaften ein Arbeitslosengeld von mindestens 80 % für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit gefordert, so besteht eine breite Sympathie für den 7-Stunden-Tag, die sich nicht nur auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in gewissen Anträgen ausdrückte, sondern in klaren Beschlüssen der Delegiertenversammlungen Hamburg und Frankfurt der IG Druck und Papier.

Vorwärts im Kampf für den Siebenstundentag!
Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes!
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!



Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

handliche Taschenausgabe
40 Seiten
DM 0,80

Auflage bisher 150 000

Bestellungen an: **Buchvertrieb Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Postfach 5129**

Zur Kritik der reformistischen Wirtschaftspolitik

Preisstoppgesetz, Investitionslenkung und -kontrolle, Sicherung der Arbeitsplätze durch Erhöhung der Massenkaufkraft: Unter der Flagge solcher Forderungen versuchen die DGB-Führung, die Jungsozialisten und Teile der SPD wie auch die DKP Antworten auf die Fragen zu geben, die die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise stellt.

Die Lage der Arbeiterklasse ist durch scharfen Lohndruck, durch wachsende Arbeitshetze und Arbeitslosigkeit bestimmt. Die massenhafte Vernichtung von Produktivkräften in der Krise zeigt auch, daß die Kapitalistenklasse die gesellschaftliche Produktion nur noch behindert, während allein die Arbeiterklasse, die allein den gesellschaftlichen Reichtum produziert, in der Lage ist, mit dem Sozialismus eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Produktivkräfte entwickelt werden und in der planmäßig entsprechend den Bedürfnissen der Arbeitenden produziert werden wird. In dieser Situation der Wirtschaftskrise und der Krise des Reformkurses der SDP/FDP-Regierung tritt auch der Klassencharakter dieser Ausbeuterordnung deutlicher hervor. Politisch reagiert der bürgerliche Staat auf das Anwachsen der Empörung der Massen mit einem Ausbau des staatlichen Unterdrückungs- und Gesetzesapparates.

Gleichzeitig versucht die bürgerliche Propaganda die Erkenntnis zu verwischen, daß diese Ausbeuterordnung überlebt ist, daß in ihr die Produktivkräfte nur noch entwickelt werden können, indem von Krise zu Krise mehr vernichtet werden. Dieser Erkenntnis versucht sie entgegenzutreten, indem sie die Krise als Fehler der Wirtschaftspolitik der Regierung, als durchaus vermeidbar darstellt. Die Bindung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Gesellschaft, unter der Fahne der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, war stets die Aufgabe und das Geschäft des Reformismus, als einer bürgerlichen Strömung in der Arbeiterklasse.

Gerade in der Krise, in der einerseits die Blütenträume der Reformisten durch die Wirklichkeit jäh zerschlagen werden – wie man es auch an der als Regierung der Reform angetretenen SPD/FDP-Koalition sehen kann – wird andererseits das Geschäft des Reformismus für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft immer notwendiger. Denn in der Krise sind die Voraussetzungen gut, daß die Arbeiterklasse ihr selbständiges Interesse und Ziel erkennt und sich von der Bindung an die Interessen der Kapitalisten und ihres Staates löst. Dem muß die bürgerliche Klasse durch das Wirken des Reformismus entgegenwirken mit dem allein es ihr auch gelingen kann, die Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse abzuladen, ohne daß dies zu einer scharfen Entwicklung der Klassenkämpfe führt.

Für die Kommunisten ist es in dieser Situation eine entscheidende Aufgabe, den ideologischen Kampf gegen die Auffassungen der Reformisten zu führen. Dazu gehört die wissenschaftliche Kritik ihrer Auffassungen, zum Zwecke der Entlarvung der politischen Schädlichkeit des Reformismus für den Kampf um die soziale Revolution der Arbeiterklasse.

Wirtschaftspolitik und Reformismus

Die Forderungen der Reformisten in der Wirtschaftskrise sind allesamt nicht neu. Sie haben – wenn auch teilweise unter anderem Titel – bereits ihre reformistische Rolle in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik gespielt (1).

Auch das DGB-Programm von 1963 hat sich bereits zur Frage der Investitionskontrolle geäußert, obzwar dies jetzt ein scheinbar neues Thema auf dem 10. Bundeskongreß des DGB war. Auch die Forderung nach Preiskontrolle ist vom DGB aufgestellt worden, noch bevor die DKP ihre Kampagne für ein Gesetz zum Preisstopp begann. Die Forderung nach Erhöhung der Massenkaufkraft zur Sicherung der Arbeitsplätze hat ebenfalls eine lange Tradition in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik (2). Sowenig diese Vorschläge also neue Produkte des Reformismus darstellen, sowenig kann man übersehen, daß sie auch im offen bürgerlichen Lager stets als Mittel diskutiert wurden, um die Krise besser in den Griff zu bekommen.
Die Regierungen verschiedener kapitalistischer Länder haben bereits versucht, über Preis- und Lohnstopps der Inflation Herr zu werden. In Frankreich ist die Investitionslen-

(1) Seinen konzentrierten Ausdruck fand dies in der Weimarer Republik in der Konzeption der "Wirtschaftsdemokratie". Gegenüber dieser Konzeption stellen auch die Vorschläge der Jungsozialisten heute nichts Neues dar.
(2) Der Vorschlag der Erhöhung der Massenkaufkraft zur Sicherung der Arbeitsplätze fußt theoretisch auf der "Unterkonsumtionstheorie", die besagt, daß der Grund der Krise darin liege, daß die Lohnabhängigen weniger konsumieren würden als sie produzieren. Aber da dies gerade die Voraussetzung dafür ist, daß es Mehrwert und Profit gibt, besagt dies nicht mehr, als daß der Grund der Krise in der Ausbeutung und Profitmacherei liegt. Das ist natürlich richtig, woraus auch zugleich folgt, daß die Krisen nicht behoben werden können, ohne daß die Lohnarbeit und Profitmacherei aufgehoben wird. Zugleich ist damit klar, daß die Krise eben gerade nicht abgeschafft werden kann, wenn der Kapitalismus beibehalten wird, also gerade nicht durch die Forderung nach Erhöhung der Massenkaufkraft auf dem Boden des Kapitalismus. Falsch ist die Unterkonsumtionstheorie, weil sie eben gerade nicht erklären kann, wie es zu den konkreten Krisen kommt. Denn begnügt man sich mit der Aussage, daß der Grund der Krise im Kapitalismus liegt, so gäbe es nicht nur ständig Krisen, sondern die Krise wäre selbst ständig.

kung seit Jahren in Gestalt von Rahmenplänen, deren siebter jetzt erstellt wird, ein Mittel der Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Staates.

O. Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, sagt klar, woher die gegenwärtige Leidenschaft für Modelle der Investitionskontrolle herrührt: "Nicht zuletzt aufgrund dieser tendenziellen Gefahr einer wachsenden Unterversorgung unserer Gesellschaft im Bereich der Infrastruktur und der Gemeinschaftsaufgaben sind in letzter Zeit eine Anzahl von Investitionslenkungsmodellen konzipiert worden, die dieser Entwicklung gezielt entgegenwirken sollen." (3) Welche Sorte Investitionslenkung die bürgerliche Klasse meint, wenn sie davon redet, beschreibt ebenfalls O. Schlecht: "Die staatliche Wirtschaftspolitik hat immer dort einzugreifen, wo die Marktkräfte nicht ausreichen. Konkret bedeutet das, daß dort, wo die gegebene Datenkonstellation keine ausreichende Investitionstätigkeit der Unternehmen bewirkt, durch staatliche Maßnahmen der Datenkranz so verändert werden kann, daß die Investitionen in die gewünschte Richtung gelenkt werden."
Eine ähnliche Stellungnahme gab Vetter auf dem 10. Gewerkschaftskongreß ab, indem er feststellte, daß es bei der Investitionslenkung nicht um die Abschaffung, sondern um die Erhaltung der Marktwirtschaft und die Sicherung der Profite gehe. Der Gewerkschaftsführung geht es bei ihrem Vorschlag darum, "Überkapazitäten" zu vermeiden, kapitalistische Krisen.

Staatliche Krisenvermeidungspolitik, darauf reduziert sich im Kern die bürgerliche Vorstellung der Investitionskontrolle. Es soll im folgenden aber nicht die Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Staates behandelt werden. Worum es geht, ist, die "Wirtschaftspolitik" der Reformisten zu untersuchen. Denn die Reformisten verfügen im Gegensatz zu den Kommunisten tatsächlich über eine "Wirtschaftspolitik", also über eine Reihe von Vorschlägen, wie der bürgerliche Staat in die Wirtschaft eingreifen solle. So heißt es z. B. in der These 12 des Düsseldorfer Parteitages der DKP: "Die DKP kämpft für eine Wirtschaftspolitik, die nicht am Profit des Großkapitals, sondern an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert ist." Da sie gleichzeitig am bürgerlich-parlamentarischen System festhält, läßt sich dies nicht anders verstehen denn als Vorschlag zur wirtschaftspolitischen Linie der Bundesregierung.

Demgegenüber kämpfen die Kommunisten nicht für diese oder jene Wirtschaftspolitik des bürgerlichen Staates, sondern dafür, daß die Arbeiterklasse ein Bewußtsein ihrer Kraft und der Notwendigkeit des Sozialismus und des Kampfes dafür erhält. Auf diesem Weg muß die Arbeiterklasse Gesetze vom bürgerlichen Staat erkämpfen, zum Schutze ihrer Arbeitskraft vor der rücksichtslosen Ausbeutung und Zerstörung durch den Kapitalisten. Die Arbeiterklasse richtet aber an den bürgerlichen Staat keine Forderungen, wie er die kapitalistische Wirtschaft gestalten soll, betreibt keine "Wirtschaftspolitik", weil sie weder mit dieser kapitalistischen Wirtschaft etwas Gemeinsames hat, noch mit diesem Staat ihre soziale Revolution durchführen kann. Ihr geht es auch nicht um einen Staat, der sich an ihren Interessen "orientiert", sondern um einen Staat, in dem ihr Interesse zur Geltung kommt, dazu braucht sie die politische Macht in Gestalt des proletarischen Staates.
Für die Reformisten ist die Investitionslenkung ein entscheidendes wirtschaftspolitisches Instrument, von dem sie vorgeben, daß es im Interesse der Arbeiterklasse angewendet werden könne. Diese Behauptung vertrat die DGB-Führung. Auch die Jungsozialisten geben die Investitionslenkung als ein Instrument aus, mit dem man den demokratischen Sozialismus besser erreichen könne. In ihrer Zeitschrift schreiben sie: "Notwendig ist eine gezielte und bewußte gesamtgesellschaftliche Planung und Investitionslenkung, die zu einer demokratischen Kontrolle der Investitionsentscheidungen auf den gesellschaftlichen Ebenen führt." (JUSO 5/74)

Auch die DKP hat die Investitionslenkung als Mittel ihres Kampfes um die "antimonopolistische Demokratie" entdeckt. So schreibt ihr Mitglied Heinz Jung: "Die DKP hat mit den Thesen zum Düsseldorfer Parteitag und anderen programmatischen Aussagen eine umfassende antimonopolistische Alternative entwickelt. In diesem Zusammenhang besitzen auch Vorstellungen nach Investitionskontrolle und Investitionslenkung, die bei veränderten Kräfteverhältnissen ein Instrument zur Entmachtung der Monopole sein können, ihre zunehmende Bedeutung." (Marxistische Blätter 1/74)

Man sieht hieran, was die reformistisch gestellte Forderung zur Investitionskontrolle von jener unterscheidet, die sich ganz offen allein damit begründet, daß so die kapitalistische Profitmacherei gesichert werden könnte: Die Reformisten geben die Investitionskontrolle als Mittel aus, mit dem die Lohnabhängigen ihren Einfluß auf die kapitalistische Wirtschaft stärken könnten.
Mitbestimmung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist der Kern der reformistischen Forderung nach Investitionskontrolle.
So erklärte DKP-Mitglied G. Blum: "Die DKP wendet sich nicht gegen Investitionen schlechthin. Wir treten dafür ein, daß die Investitionen und die Investitionspolitik der Mitbestimmung, Kontrollen und Lenkung durch die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften unterworfen werden." (ebenda)

Auch die Kampagne für ein Preisstoppgesetz und für "demokratische Preiskontrolle", die auf der 5. Tagung des Parteivorstandes der DKP beschlossen wurde und als Forderung bereits in den Düsseldorfer Thesen der DKP enthalten ist, zielt in die gleiche Richtung und soll auf gesamtwirtschaftlicher Ebene in der Preisgestaltung die Mitbestimmung verwirklichen.
Dagegen richtet sich die Forderung nach Erhöhung der Massenkaufkraft zur Sicherung der Arbeitsplätze allein gegen die Folgen der Krise. Dazu schreibt die DKP: "Mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze, das erfordert vor allem eine Erhöhung der Massenkaufkraft, denn höhere Löhne und Gehälter schaffen eine stärkere Nachfrage und können der Wirtschaft neue Impulse geben." (Kapluck und andere, Marxistische Blätter Nr. 1/1975)

(3) Otto Schlecht, "Investitionssteuerung über den Markt oder über Wirtschaftsräte", in: Investitionskontrolle gegen die Konzerne? rororo aktuell 1767

Im folgenden soll die wirtschaftspolitische Linie des Reformismus unter drei Gesichtspunkten untersucht werden: a) ihre Vereinbarkeit mit den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft, b) ihre Folgen für die Arbeiterklasse, c) ihre Bedeutung für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Der idealistische Charakter der reformistischen Wirtschaftspolitik

Die kapitalistische Gesellschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihr die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums nicht durch den einheitlichen Willen der Produzenten bestimmt wird, sondern durch die Gesetze der Profitmacherei.

Jene, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, verfügen nicht über die Produktionsbedingungen und Produktionsmittel und beherrschen daher nicht die Produktion. Die Kapitalisten, die nicht arbeiten, verfügen über alle Produktionsbedingungen und -mittel und beherrschen durch dieses ihr Privateigentum die Produktion und eignen sich den von den Arbeitern produzierten Reichtum an.
Dabei interessiert die Kapitalisten nicht, welche Waren produziert werden, sondern einzig, daß und wieviel Profit er aus diesen Waren herausschlagen kann.

Für die Profitproduktion brauchen die Kapitalisten Gebäude, Maschinen, Material und Arbeitskräfte, die mit diesen Produktionsbedingungen Waren produzieren. All dies, einschließlich der Arbeitskräfte, müssen die Kapitalisten auf dem Markt kaufen, bevor die Produktion beginnen kann oder wenn sie die Produktion ausweiten wollen.

Der Zweck der Produktion besteht für den Kapitalisten einzig darin, daß sich das Geld, das er im Kauf von Gebäuden, Maschinen und in Löhnen anlegt, vermehrt, daß er einen Gewinn macht. Aber die Gebäude, Maschinen, das Material, das der Kapitalist kauft, gewinnt nicht dadurch an Wert, indem es herumliegt, sondern einzig dadurch, daß die Arbeiter damit neue Waren schaffen, dadurch, daß sie durch ihre Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum produzieren.
Während so die Arbeiter den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, erhalten sie davon nur, was sie brauchen, um sich am Leben zu erhalten, und auch noch dafür müssen sie im Lohnkampf ständig kämpfen.
Den anderen Teil erhält der Kapitalist, und er bezeichnet dies als seinen Profit, der ihm zustehe. Indem die Arbeiter so allen gesellschaftlichen Reichtum produzieren und mit ihrem Lohn nur erhalten, was sie zum Leben brauchen, schaffen sie den Profit des Kapitalisten, der seinen Reichtum der Lohnarbeit verdankt.

Man sieht daran, daß es zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse keine Gemeinsamkeit geben kann, die nicht auf Kosten der Arbeiterklasse geht. Denn die Profitmacherei und die Akkumulation zum Zweck der Profitmacherei ist das unbedingte Gesetz des Kapitalismus, und so schließt jede Übereinstimmung mit den Kapitalisten die Zustimmung zur Profitmacherei und daher Ausbeutung ein.

Der Kapitalist ist nicht damit zufrieden, einmal Profit zu machen. Er verwendet den Profit wieder, um daraus mehr Geld zu machen, zu welchem Zwecke er seinen Profit verwendet, um seine Fabrik zu vergrößern, um noch mehr Arbeiter auszubeuten oder auch, um weniger Arbeiter mit neuen Maschinen mehr auszubeuten. Diese Verwendung des Profits für zusätzliche Maschinen und Gebäude nennt man Investitionen (Neuinvestitionen).
Dabei wird er sein Geld dort anlegen, wo er hoffen kann, einen möglichst hohen Profit zu machen. Er wird sich überlegen, in welcher Branche, in welchem Gebiet er den höchsten Gewinn herausschlagen kann. So versucht jeder Kapitalist einen möglichst hohen Gewinn herauszuschlagen, jeder versucht, in der gewinnträchtigsten Branche zu investieren oder dort, wo die Löhne niedrig sind, oder wo gute Verkaufsbedingungen für die eigenen Waren herrschen. Daran sieht man, daß es zwischen den Kapitalisten ständig Konkurrenz geben muß, daß jeder versucht, seinen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen.

a. Investitionslenkung

Kernpunkt der Behauptung der Reformisten ist, die Investitionslenkung vermeide "Überkapazitäten" und damit Krisen (so z.B. der DGB), und sie erlaube, daß immer weniger nach den Bedürfnissen des Profits und immer mehr für die Bedürfnisse der "Bevölkerung" produziert werde (so die Gewerkschaftsführung, die Jungsozialisten und die DKP) – daß so die Investitionslenkung ein Mittel sei, den "demokratischen Sozialismus" zu erreichen (Jusos), besser an die "antimonopolistische Demokratie" heranzukommen (DKP).

Nach Meinung der DGB-Führung resultieren die Krisen also aus schlechter Planung, ungenügender Wirtschaftpolitik oder verfehltem Management. Solches hat auch Loderer bezüglich der Entlassungen bei VW verkündet

Aber dies ist Unsinn. Wäre dem so, so hätte die bürgerliche Klasse in den vergangenen hundert Jahren Zeit genug gehabt, "richtig" zu planen, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, mit deren Hilfe der Staat Krisen vermeidet. Daran kann es offensichtlich nicht liegen.

Vielmehr ist es die Profitmacherei selbst, die ständig zu Krisen führt. Die Krise besteht darin, daß die Produktion stockt, weil die Kapitalisten nicht mehr investieren (bzw. Akkumulieren). Dies aber aus keinem anderen Grund, als weil das ständig wachsende Kapital der Kapitalistenklasse zu groß geworden ist, so daß es für die Kapitalisten immer schwerer wird, Anlagesphären für ihr Kapital zu finden, in denen sie durch die Ausbeutung der Arbeiter einen Profit machen, der dem bisherigen entspricht.
Finden sie so immer schwerer Anlagesphären, so fällt es ihnen auch immer schwerer, das gewachsene Kapital in Gestalt von Waren auf dem Markt mit Profit zu verkaufen. Denn da sie immer mehr produzieren mit dem Ziel eines möglichst hohen Gewinns, wächst der Teil des gesellschaftlichen Reichtums, den sie sich als Profit aneignen, den daher die Arbeiterklasse mit ihrem Lohn nicht kaufen kann. Überfüllte Märkte und unbenutzte Produktionskapazitäten kennzeichnen daher die Krise.

Es ist damit auch schon ausgesprochen, wie die Kapitalisten allein aus der Krise herausfinden können. Indem sie Kapital und Waren massenhaft vernichten, vorranging, indem sie es brach liegen lassen, indem sich das Kapital durch Konkurs vieler Kapitalisten verkleinert und konzentriert, indem die Märkte ausgeweitet werden und gleichzeitig versucht wird, den Profit dadurch wieder zu erhöhen, daß die Ausbeutung verschärft wird. Lohnraub und Rationalisierung kennzeichnen diesen Prozeß.

Solange die Profitmacherei besteht, wird es zu solchen Krisen ständig kommen. Denn selbst wenn man durch einen Investitionsplan festlegen könnte, was und wieviel produziert wird, käme es ständig zu Krisen, dann, wenn das im Investitionsplan Vorgesehene nicht mit Profit produziert werden könnte oder wenn der Investitionsplan eine langsamere Ausdehnung der Produktion vorsehen würde, als dies für die Profitmacherei notwendig wäre.

Praktisch sieht das so aus: Wird dem Kapitalisten durch ein Investitionsamt eine Investition verboten oder mit zu hohen Auflagen versehen, dann wird er eben nicht investieren, oder da, wo man dafür eine Prämie bekommt. Dann herrschte in dieser Branche Überproduktion, als wieder Krise.

Investiert der Kapitalist aber gar nicht, so kommt es erst recht zur Krise, und der Staat wird ihn schnell in den Genuß von Investitionsprämien bringen müssen, damit er die Produktion fortsetzt.
Nicht also das Investitionsamt bestimmte, was die Kapitalisten tun, sondern die Kapitalisten würden so bestimmen, was das Investitionsamt zu tun hat. Statt der Vermeidung von Krisen würde dies bestenfalls dazu führen, daß sich die Kapitalisten noch besser als bisher in den ständigen Genuß von Steuergeldern in Gestalt von Investitionsprämien bringen könnten.

Sowenig die Krisen verhindert werden können, sowenig kann durch die reformistische Wirtschaftspolitik auch erreicht werden, daß die Produktion sich an den Bedürfnissen der "Bevölkerung" ausrichtet.

Dazu muß man nur einmal den am weitesten gehenden Vorschlag zur Investitionskontrolle, den der Jungsozialisten (Meißner/Wieczorek/Zinn-Vorschlag) betrachten, in dessen Richtung auch der Vorschlag des IG-Metall-Vorstands geht (4).

Der Vorschlag der Jusos sieht ein "Bundesinvestitionsamt" vor, das entscheiden soll, welche Investitionen und Waren in welchem Umfang erwünscht sind, welche Investitionen nicht erwünscht sind.
Dabei soll sich dieses Investitionsamt nicht an den Profitbedürfnissen der Kapitalisten, sondern an den Bedürfnissen der "Bevölkerung" orientieren. Zu diesem Zweck soll ein Plan darüber erstellt werden, welche Waren erwünscht sind, der durch die Einbeziehung der Bevölkerung (Gewerkschaften, Bürgerinitiativen) erstellt und vom Parlament verabschiedet werden soll.
Als Beispiel eines solchen Plans, an dem sich das Investitionsamt ausrichten könne, haben sie einen Katalog aufgestellt, dessen Reihenfolge sich an der Dringlichkeit der Bedürfnisse ermesse: 1. Individueller Grundbedarf (z.B. Nahrungsmittel), 2. öffentlicher Grundbedarf (z.B. Verkehr), 3. gehobener Individualbedarf (z.B. Farbfernseher), 4. öffentlicher Zusatzbedarf, 5. privater Luxus (z.B. eine Villa). Man kann schon dieser Reihenfolge dessen, was produziert werden soll, ansehen, daß solches bestenfalls im Kopfe eines bürgerlichen Moralisten, der dabei noch an seiner Villa festhalten will, entstanden sein kann.
Überhaupt nicht angetastet wird mit diesem wie mit den anderen Vorschlägen zur Investitionskontrolle, daß auch diese so "humanisierte" Produktion und "neue Lebensqualität" (J. Steffen) auf der Lohnarbeit, damit auf der Ausbeutung der Arbeitskraft und dem Profit beruht. Nicht angetastet wird damit aber die Grundlage der Krise, der Fesselung der Produktivkräfte und des sozialen Elends der Arbeiterklasse.
Es werden sich die Kapitalisten an einen solchen Plan auch kaum halten müssen. Denn wo der "individuelle Grundbedarf" für sie zu wenig Profit abwirft, werden sie ihn nicht produzieren, wozu sie auch kein Investitionsamt zwingen kann, wenn es ihnen eben ihren Profit nicht garantiert (5).

Und wovon wird es abhängen, wieviel Güter des "individuellen Grundbedarfs" z.B. produziert werden sollen? Die Jungsozialisten werden sagen, von dem Plan, der durch die Mitwirkung der Bevölkerung zustandegekommen ist. Aber davon kann es freilich nicht abhängen, sondern auch im "demokratischen Sozialismus" der Jungsozialisten herrscht Lohnarbeit, wird die Arbeiterklasse also ihren Bedarf nur gegen Bezahlung mit ihrem Lohn kaufen können. Wieviel "individueller Grundbedarf" verkauft wird, hängt also davon ab, wieviel Lohn die Arbeiter erhalten. Der wird in der kapitalistischen Wirtschaftsweise aber nicht durch ein Investitionsamt, sondern wird auf der Grundlage des Werts der Arbeitskraft durch den Lohnkampf bestimmt und ist durch die Notwendigkeit der Profitmacherei beschränkt. So werden nicht das Investitionsamt, die "Bevölkerung", sondern die Gesetze der Profitmacherei und der Lohnkampf bestimmen, was und wieviel Waren des "individuellen Grundbedarfs" verkauft werden können.
Man muß dies nicht weiter untersuchen, um zu sehen, daß durch solche Vorschläge, die vorgeben, die elenden Auswirkungen dieser Gesellschaft auf ihren eigenen Boden zu beheben, nichts erreicht wird, als eine Behörde, die den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft unterworfen ist. In Wirklichkeit dient sie dann den Verhältnissen, die zu ändern sie eingerichtet worden sein soll.

(4) J. Steffen: "Der Begriff Lebensqualität im demokratischen Sozialismus", in: Investitionslenkung gegen die Konzerne? , a.a.O. Vgl. dazu KVZ Nr. 21, S. 7
Der IG Metall-Vorschlag sieht eine Investitionsmeldebehörde vor, die Investitionen ab einer bestimmten Größenordnung genehmigen, mit Auflagen versehen oder ablehnen soll.

(5) Für diesen Fall sieht das erwähnte Modell vor, daß dann der Staat einspringen und diese Waren produzieren solle. Dies bedeutet dann entweder Steuererhöhungen oder Verstaatlichung. Damit wird aber nur zugegeben, daß die Kapitalisten und nicht der Staat entscheidet, was geschieht. Es wird der kleinbürgerliche Staat, der das Privateigentum schützen soll, aber gar nicht daran denkt, die Kapitalisten zu enteignen, wenn es nicht zu deren eigenem Besten ist.

b. Preisstopp und Erhöhung der Massenkaufkraft

Ähnlich irreführend gegenüber den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie wie die Forderung nach der Investitionskontrolle ist auch die Forderung der DKP nach einem Preisstoppgesetz und ihre Forderung nach Erhöhung der Massenkaufkraft zur Sicherung der Arbeitsplätze. So heißt es in den Marxistischen Blättern der DKP: "Eine aktive Lohnpolitik – gekoppelt mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie dem gezielten Einsatz der Investitionsreserven für öffentliche Investitionen und eine Preisstopp-Politik und Preiskontrolle, wie von der DKP und vielen Gewerkschaftern gefordert, gibt viele Chancen, die Krisenfolgen zu mindern." (Nr. 1/1975)

Die Forderung der DKP nach einem allgemeinen Preisstoppgesetz zur Verhinderung der Folgen der Inflation und der Preissteigerungen setzt voraus, daß sich die Preise der Waren nach dem Willen der Kapitalisten entwickeln und nicht auf der Grundlage des Werts der Waren.
Zwar ist damit nicht behauptet, daß ein Preisstoppgesetz nicht möglich wäre, daß es vorübergehend eine Minderung der Preissteigerungen bewirken könnte, wohl aber, daß sich die Bestimmung der Preise durch den Wert unter den Bedingungen eines Preisstopps in anderen Erscheinungsformen durchsetzt. Dazu gehört z.B., daß die Kapitalisten, wo sie ihren Profit durch Erhöhung der Preise nicht sichern können, die Waren zurückhalten, daß sich Schwarzmärkte bilden oder daß die Kapitalisten versuchen, Preiserhöhungen durchzusetzen, indem sie die alte Ware unter neuem Namen, in neuer Verpackung mit höherem Preis auf den Markt bringen.
Das freilich ist nicht der allein entscheidende Punkt. Die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages z.B. war im Gegensatz zu einem Preisstoppgesetz ökonomisch möglich, weil sie sich auf die Regelung der Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft bezog.
Die Arbeiterklasse kann so Gesetze erzwingen zum Schutz vor übermäßig ruinöser Ausbeutung, die festlegen, unter welchen für alle Arbeiter einheitlichen Bedingungen sich der Verkauf der Ware Arbeitskraft vollzieht, nicht aber kann und wird sie ein Gesetz erzwingen, das sich auf den Preis der Waren bezieht, denn dieser kann nicht frei vertraglich geregelt werden, sondern bildet sich auf der Grundlage des Werts der Waren, verändert sich mit diesem Wert, und dies für alle Waren ungleichmäßig, so daß ein einheitliches Gesetz nicht möglich ist.
Da so die Forderung nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitstages sich auf die vertraglichen Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten bezog, war sie geeignet, eine Einheit der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten herzustellen, eine einheitliche Arbeiterforderung zur Erzwingung eines Staatsgesetzes aufzustellen. Dies gilt für die Forderung nach einem Preisstoppgesetz nicht.
Die Preissteigerungen betreffen jeden, der in der kapitalistischen Gesellschaft als Käufer auf dem Markt auftritt, und das ist bekanntlich jedermann. Von den Preissteigerungen sind auch die Kapitalisten betroffen, wenn auch die kleineren mehr als die großen Kapitalisten, die Monopole.
Eben darin liegt der klassisch reformistische Charakter einer solchen Forderung, daß sie weder die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes noch die politische Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes gegen den bürgerlichen Staat herzustellen vermag.
Mit der Forderung nach einem Preisstoppgesetz kann man so zwar auf das Interesse der Massen an der Verbesserung ihrer sozialen Lage spekulieren, man wird ihre politische Einheit gegen die bürgerliche Klassenherrschaft dadurch aber keinen Schritt voranbringen, stattdessen Illusionen über den Charakter des Kapitalismus verbreiten. Die Reformisten der DKP behaupten nun, das Preisstoppgesetz richte sich gegen die Monopole, die die hauptsächlichen Preistreiber seien. Aber auch die Monopole können nicht willkürlich ihre Preise erhöhen.
Da könnte ja ein Monopol für eine Streichholzschachtel plötzlich eine Mark verlangen. Man sieht an der Unmöglichkeit dieses Unterfangens, daß der Preis nicht vom Willen der Kapitalisten bzw. der Monopole abhängen kann, sondern daß ihm objektive Gesetze zugrunde liegen und daß die Monopole lediglich auf der Grundlage dieser Gesetze Preispolitik machen können, Preismacher sind.
Es hängen die Preise vom Wert der Waren ab und nicht davon, was ein Kapitalist will. Freilich sieht man, daß die relativ raschen Preisanstiege in der gegenwärtigen Inflation nicht durch Veränderungen des Werts der Waren zustande gekommen sein können, sondern daß die Ausplünderung auf dem Warenmarkt noch besondere Gründe hat.
Dazu gehört als wichtigster, daß im monopolisierten Kapitalismus die Tendenz des Kapitals, vom Markt zu holen, was zu holen ist, dazu führt, daß die Monopole zeitweilig aufgrund ihrer Stärke und Marktmacht mehr holen können als dem Wert ihrer Waren unter den Bedingungen der Konkurrenz entspricht. Kurz, die Preissteigerungen haben ihre wesentliche Ursache im monopolistischen Charakter des Kapitalismus.
Aber auch der monopolistische Kapitalismus ist nur ein Ausdruck der kapitalistischen Gesetze der Konzentration und Zentralisation. Im Grunde also will die DKP dagegen ein Gesetz erlassen: Gesetz gegen die Monopolisierung in der Wirtschaft.
Es liegt aber offen zutage, daß man Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft nicht durch juristische Maßnahmen aufheben kann. Daß man dem Monopolprofit nicht durch ein Gesetz zum Preisstopp entgegentreten kann. So wie es im allgemeinen gänzlich unsinnig ist, ökonomische Gesetze unter Beibehaltung ihrer kapitalistischen Grundlage außer Kraft setzen zu wollen.

c. Hebung der Massenkaufkraft zur Sicherung der Arbeitsplätze

Noch deutlicher wird der illusionäre Charakter der reformistischen Wirtschaftspolitik bei der Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze durch Hebung der Massenkaufkraft. Auch diese Forderung ist nicht neu und gehört immer schon ins Instrumentarium des Reformismus und Revisionismus.
Ökonomisch taugt sie nichts, weil es den Kapitalisten eben nicht darum geht, ihre Waren überhaupt zu verkaufen, durch Hebung der Massenkaufkraft, sondern weil es darum geht, die Waren **profitabel** zu verkaufen. Das sind aber zwei Paar Stiefel.
Denn die Frage, wieviel Gewinn die Kapitalisten aus ihren Waren herausschlagen, hängt eben wesentlich davon ab, wieviel vom produzierten gesellschaftlichen Reichtum die Arbeiterklasse als Lohn erhält.

Denn worin anders besteht der Kapitalismus, als daß es eben Profit gibt, als daß die Arbeiterklasse mehr produziert, als sie selbst konsumiert?
Die Reformisten verwechseln hier Ursache und Wirkung. Sie sagen: Die Krise herrscht, weil die Massen zu wenig konsumieren. Dabei herrscht doch die Krise, weil die Kapitalisten zu wenig Profit machen, also die Massen für die Profitbedürfnisse der Kapitalisten noch zu viel konsumieren. Daher suchen sie den Ausweg aus der Krise auch über Lohndruck und verschärfte Ausbeuterei.
Die Verwechslung von Ursache und Wirkung hat die DKP dazu geführt, ein gemeinsames Interesse der Kapitalisten mit der Arbeiterklasse zu entdecken: Die Kapitalisten wollen aus der Krise heraus, die Arbeiterklasse will höhere Löhne, und indem sie diese erhält, kommen die Kapitalisten aus der Krise heraus.
Die tatsächliche Beziehung zwischen Lohn und Profit hat Marx in "Lohnarbeit und Kapital" klar formuliert: "Der Anteil des Kapitals, der Profit, steigt in demselben Verhältnis, worin der Anteil der Arbeit, der Taglohn, fällt, und umgekehrt. Der Profit steigt in dem Maße, worin der Arbeitslohn fällt, er fällt in dem Maße, worin der Arbeitslohn steigt." Es ergibt sich daraus, daß ein steigender Lohn für die Kapitalisten kein Weg aus der Krise ist, sehr wohl aber die Lohndrückerei, daß der steigende Lohn eher eine neue Krise ankündigt als das Ende einer bestehenden. Daran kann man messen, welche Verhöhnung der Arbeiterklasse die Vorschläge der Reformisten bedeuten.

Die reformistische Wirtschaftspolitik ist gegen die selbständigen Ziele der Arbeiterklasse gerichtet

Allen hier verhandelten Vorschlägen, mit denen sich der Reformismus in der Krise auf die Arbeiterklasse bezieht, ist gemeinsam, daß sie mit den grundlegenden Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie unvereinbar sind. Theoretisch lassen sich solche Vorschläge im Namen des Marxismus-Leninismus wie die DKP dies tut bloß machen, wo der Marxismus-Leninismus selbst entschieden revidiert wird, damit man weiterhin mit dem bloßen Namen jonglieren kann. Ein wesentlicher Punkt der Revision des Marxismus-Leninismus liegt so bei der DKP darin, daß das Monopol nicht mehr als kapitalistisches Monopol, als Überbau über dem normalen Kapitalismus, sondern als selbständige Größe begriffen wird. Die entscheidenden Fronten bezüglich des Klassenkampfes verlaufen so nicht mehr zwischen der Arbeiterklasse, dem Volk und der Kapitalistenklasse und ihrem Staat, sondern zwischen dem Monopol und der "Arbeiterklasse auch mit den Handwerkern, mit den Einzelhändlern, den kleinen und mittleren Unternehmern" (These 36 der DKP).
Bei einem solchen Frontverlauf im Klassenkampf eines imperialistischen Landes wie Westdeutschland, wo die Arbeiterklasse mit einem Teil ihrer Ausbeuter gemeinsame Sache gegen die Monopole macht, darf es nicht wundern, wenn die DKP noch verschiedene andere gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse mit den Kapitalisten kennt.
Nicht gegen die Kapitalistenklasse, sondern gegen ihre monopolistischen Auswüchse (Krisen und Preistreiberei – so die DKP) ist diese Politik gerichtet. Eben das ist aber kennzeichnend für reformistische Politik.
Politisch drückt sich diese Theorie des Reformismus darin aus, daß die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze geleugnet wird oder daß plötzlich ganz neue Gegensätze als entscheidende erfunden werden.
So reden zwar auch die Reformisten von Klassen und Klassengegensätzen, aber wie man am Beispiel der Forderung "Erhöhung der Massenkaufkraft zur Sicherung der Arbeitsplätze" sieht, gehen sie dabei von einem **gemeinsamen Interesse** der Arbeiter- und Kapitalistenklasse aus: Die einen wollen aus der Krise, die anderen höhere Löhne, die DKP schweißt sie zusammen.
Die Vorschläge der Reformisten verbreiten so in der Arbeiterklasse nicht nur Illusionen über den Charakter dieser Gesellschaft und den Weg, den die Arbeiterklasse gehen muß, sondern sie nützen nur den Kapitalisten dabei, die Kosten der Krise auf die Arbeiterklasse abzuladen.
Bezüglich der Entlassungen bei den VW-Werken sprach Loderer von "notwendigen Opfern", die die Arbeiter bringen müßten für das gemeinsame Interesse an der "Wirtschaft", was nur konsequent ist, wenn man sich einmal auf ein gemeinsames Interesse mit den Kapitalisten eingelassen hat.

In welchen Fragen auch immer kann solche Gemeinsamkeit nur dazu führen, daß das selbständige Ziel der Arbeiterklasse geleugnet wird. So kann sich diese aber nicht als selbständige Kraft gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat entwickeln.
Dies drückt sich auch darin aus, daß die Reformisten vor der Arbeiterklasse natürlich nicht deren Grundfrage, die Notwendigkeit der sozialen Revolution und die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, aufwerfen, sondern lediglich die der "gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung", der "Einflußnahme" auf den bürgerlichen Staat und die Wirtschaft.
Was das ökonomisch heißt, kann man einer DKP-Betriebszeitung entnehmen: "Die Konzernpolitik den Interessen der Belegschaft anpassen. Dann wird es möglich sein, auch im Kapitalismus Fehlinvestitionen, Kurzarbeit, Entlassungen und Reallohnabbau einzuschränken, und in dem Maße, wie Einfluß und Kraft der Arbeiterklasse wachsen . . ." (zitiert nach Rote Fahne des KABD, 6. Juni) Das kommt so ziemlich der Quadratur des Zirkels gleich, "die Konzernpolitik den Interessen der Belegschaft anzupassen", ohne die Produktionsmittel zu übernehmen.
"Einfluß" auf die kapitalistische Wirtschaft kann die Arbeiterklasse nicht gewinnen, so wenig wie die Kapitalisten, die den Gesetzen der Profitmacherei unterworfen sind.
Denn worin sollte der "Einfluß" bestehen, wenn nicht darin, die Produktion in die eigene Hand zu nehmen? Für diesen Kampf Luft zu gewinnen, indem die Arbeiterklasse sich gegen die schlimmsten Folgen dieses Wirtschaftssystems schützt?
Nichts anderes als "Mitbestimmung" ist denn auch gemeint, wenn die Reformisten von Einfluß reden: Mitbestimmung durch Preiskontrolle, durch Investitionslenkung.
Auch hier ist unter den Reformisten am konsequentesten wiederum die DKP. Sie will, daß die Arbeiter über alle Fragen mitbestimmen, eine Mitbestimmung, die sich auf die "Gewinne(n), auf die Preispolitik, auf Finanzen und Veränderungen der Unternehmerstruktur erstrecken" muß (These 11 der DKP). Kurz, über alle Fragen der Ausbeutung und Profitmacherei soll die Arbeiterklasse mitbestimmen.
Das bedeutet aber nichts anderes als die Unterwerfung unter die Profitmacherei, denn wie soll die Arbeiterklasse zur selbständigen Kraft werden, wenn sie sich beteiligt an den eigenen Bedingungen ihrer Ausbeutung?

Wo dies hinführt, konnte man auch leicht an den Entlassungen bei den VW-Werken sehen: Leicht konnten die Kapitalisten die Mitbestimmung hier angreifen, weil sie an Krisen und Entlassungen nichts ändert, so daß die Kapitalisten einerseits leicht den Beweis antreten können, daß die Mitbestimmung den Arbeitern nichts nützt. Andererseits können sie dadurch die "mitbeteiligten" Gewerkschaften als Mitverursacher des Elends vor den Arbeitern und dem Volk denunzieren nach dem Motto "Mitgefangen – mitgehangen".
So fördert die reformistische Politik der "Einflußnahme", "Mitbestimmung", der Einbeziehung der Lohnabhängigen in Investitionspläne nichts als deren Unterwerfung unter die Profitmacherei.

Die reformistische Wirtschaftspolitik dient der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft

Gesichert wird die Kapitalistenherrschaft durch den bürgerlichen Staat, der die organisierte politische Macht der Bourgeoisie darstellt. Verdeckt wird dies durch formal gleiches Recht, periodische Abgabe von Wahlzetteln, durch die "parlamentarische Demokratie".
Es schafft so diese Herrschaftsform des bürgerlichen Staates den Glauben, daß, wo schon die Ausbeutung existiere, so doch wenigstens jeder als "Staatsbürger" gleich und gleichberechtigt sei. Es wird damit weiterhin der Illusion Vorschub geleistet, die Ausbeutung könne mit Hilfe dieses Staates abgeschafft werden, ohne daß die Arbeiterklasse und das Volk diesen Staat zerschlagen und die politische Macht in ihre eigenen Hände nehmen müßten.
Das Vertrauen der Massen in diesen bürgerlichen Staat ist daher auch der Lebensnerv der Reformisten, denn nur solange dieses Vertrauen besteht, können die Reformisten die Arbeiterklasse an die bürgerliche Gesellschaft binden, können sie verhindern, daß die Arbeiterklasse die Frage der politischen Macht grundsätzlich aufwirft.
Deswegen sind die Reformisten entschiedenste Vertreter der "parlamentarischen Demokratie", des bürgerlichen Parlamentarismus, Gegner jeder Entfaltung der unmittelbaren Demokratie der Massen und darauf bedacht, daß sich der "Einfluß" der Massen auf diesen Staat stets in parlamentarischen Bahnen hält und nicht zur selbständigen Kraft wird.
Bezüglich des Investitionskontrollvorschlags der Jusos beschränken diese den Einfluß der Massen denn auch darauf, daß diese sich an der Erstellung eines Plans beteiligen dürften, den dann das Parlament verabschiedet.
Auch die "demokratische Preiskontrolle" der DKP durch Komitees von Gewerkschaften, Hausfrauen etc. läuft auf nichts anderes hinaus als eine Unterstützung des Parlaments, denn wie die DKP in ihren Düsseldorfer Thesen festhält, fordert sie die "antimonopolistische Demokratie" ausdrücklich "auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte".
Theoretisch können sich die Reformisten solche Thesen nur erlauben, indem sie den Klassencharakter des bürgerlichen Staates **offen** leugnen (DGB-Führung, Teile der Jusos)
Deutlich wird dies an der These 7 der DKP, wo es heißt: "Diese Bundesregierung will keine grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Ihre Politik dient den Interessen des Großkapitals. Darum bemüht sich die DKP, der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten des Volkes bewußt zu machen, daß die arbeitenden Menschen auch dann, wenn die Regierung von der SPD geführt wird, ihre Interessen nur durch den Kampf gegen das Monopolkapital und seinen Einfluß im Staat durchsetzen können."
Nicht die Frage, wie die Arbeiterklasse die politische Macht erringen, die umfassende Demokratie zum Zwecke ihrer sozialen Emanzipation gegen die halbherzige Form der bürgerlichen Demokratie verwirklichen kann, sondern allein, wer in diesem bürgerlichen Staatsapparat sitzt, ist für die Reformisten die entscheidende Frage. Praktisch läuft dies auf die Unterstützung dieses Staates, der bürgerlichen Klassenherrschaft hinaus.
In der Unterstützung dieses Staates können die Arbeiterklasse und das Volk den Kampf gegen die Ausbeutung und für den Sozialismus aber nicht entfalten, denn dieser Staatsapparat ist die organisierte politische Macht der Bourgeoisie und läßt keine Demokratie der Massen zu.
Es läuft damit das Geschäft der Reformisten darauf hinaus, die Massen in die Passivität zwingen zu wollen und dies noch als in ihrem Interesse zu verkaufen, indem mit Investitionskontrolle, Preiskontrolle, gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung diese Unterwerfung schmackhaft gemacht werden soll.
Daß die Reformisten den Staat selbst, seine Gewaltenteilung, seine Unabhängigkeit der Gerichte, sein Repräsentativprinzip als klassenneutral hinstellen, hat daher keinen anderen Grund, als daß sie die Ausbeutung nicht abschaffen wollen, als daß sie die Interessen der bürgerlichen Klasse gegen die soziale Revolution der Arbeiterklasse vertreten.
Ihre wirtschaftspolitische Linie dient der Bindung der Massen an die bürgerliche Gesellschaft und den bürgerlichen Staat. Darum auch findet man in allen wirtschaftspolitischen Vorschlägen der Reformisten kein Wort über die Abschaffung der Ausbeutung, genausowenig wie in der These 8 der DKP mit der Überschrift "Die Notwendigkeit des Sozialismus".
Die Arbeiterklasse aber, mit dem Ziel, jegliche Ausbeutung abzuschaffen, kann ihre soziale Revolution nicht im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft vollziehen, weil sie ihren sozialen Zweck nur erreichen kann, wenn die bürgerliche Gesellschaft überwunden, wenn die Bedingungen der Ausbeutung, das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Lohnarbeit, aufgehoben sind.
Deswegen führt für die soziale Revolution der Arbeiterklasse auch kein Weg an der Zerschlagung des bürgerlichen Staates als Voraussetzung der Aneignung der Produktionsbedingungen durch die Massen vorbei. Demgegenüber machen die Reformisten und Revisionisten die Theorie der "Einflußnahme", des gemeinsamen Interesses von Arbeitern und Kapitalisten, der Umgestaltung des Staates im Interesse der Arbeiter geltend.
Mit dem Ziel der Arbeiterklasse, die Ausbeutung abzuschaffen, hat diese nichts zu tun, alles aber mit dem Ziel, die herrschende Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten. Um diese zu beseitigen, muß daher die Arbeiterklasse den Reformismus in ihren eigenen Reihen entscheidend schlagen.

e.r.

Die Quintessenz des Sozialismus ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats

Vor hundert Jahren – im Mai 1875 – schrieb Karl Marx seine "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei", die unter dem Titel "Kritik des Gothaer Programms" zu den bedeutendsten theoretischen Dokumenten des Marxismus gehören. Diese glänzende Schrift – verfaßt als scharfe Polemik gegen das "durchaus verwerfliche und die Partei demoralisierende Programm" (Marx), auf dessen Grundlage sich die beiden Fraktionen der deutschen Sozialdemokratie auf dem Gothaer Programm vereinigten – hat auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Sie ist nach wie vor eines der brillantesten Dokumente im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen. Die Schärfe dieser ideologischen Waffe für den heutigen Klassenkampf herauszuarbeiten, ist deshalb eine Aufgabe, der wir uns nicht entziehen können, wenn wir Ernst damit machen wollen, "daß es für die junge kommunistische Bewegung in Westdeutschland vor allem darauf ankommt, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen, ihn meistern zu lernen" (1). Dies erscheint um so dringlicher, als sich heute verschiedene politische Organisationen – mit oder ohne Berufung auf den Marxismus-Leninismus – als die einzig legitimen Sachwalter der Traditionen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung aufspielen und dabei gleichzeitig dieses Erbe verballhornen und verfälschen, um darüber hinwegzutäuschen, daß sie längst ins Lager der Bourgeoisie übergelaufen sind. Wir meinen, daß in den verschiedenen Stellungnahmen, die sich diese Organisationen – heißen sie nun SPD oder SED – zum hundertjährigen Jubiläum der Gothaer Vereinigung abzugeben genötigt sahen, in erstaunlicher Offenheit erkennbar wird, auf welcher Seite der Barrikade diese Roßtäuscher stehen und wie notwendig es für uns Kommunisten ist, in scharfem ideologischen Kampf ihren Einfluß in der deutschen Arbeiterbewegung zurückzudrängen. Dies ist freilich keine leichte Aufgabe. Wir halten aber die nunmehr hundertjährige Geschichte der Gothaer Vereinigung und der Marx'schen Programmkritik für einen ausgezeichneten Ansatzpunkt, um damit zu beginnen. Und zwar vor allem deshalb, weil in den "Randglossen" der Springpunkt der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse, nämlich die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, zum ersten Mal in eindringlicher Schärfe entwickelt wurde und die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung seitdem die Richtigkeit dieser Erkenntnis voll und ganz bestätigt hat. Das Verhältnis zum bürgerlichen Klassenstaat, zur Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der sozialen Revolution war und ist der Scheideweg zwischen der revolutionären und der opportunistischen Linie in der Arbeiterbewegung. Jedes Abweichen von der Theorie der Diktatur des Proletariats öffnete und öffnet die Eingangspforte, durch welche die bürgerliche Ideologie und der Klassenfeind in die Reihen des revolutionären Proletariats einzudringen versuchen. "Ein Marxist" – so betont Lenin – "ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfs auf die Anerkennung der **Diktatur des Proletariats erstreckt.**" (2)

Die Kritik des Gothaer Programms

Karl Marx hatte bereits 1852 die revolutionäre Quintessenz des wissenschaftlichen Sozialismus prägnant formuliert, als er an seinen Freund Weydemeyer schrieb: "Was nun mich betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die **Existenz der Klassen** bloß an **bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion** gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur **Diktatur des Proletariats** führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur **Aufhebung aller Klassen** und zu einer **klassenlosen Gesellschaft** bildet." (3) Nahezu 25 Jahre später entwickelte der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus diesen Gedanken in seinen "Randglossen" zusammenhängend und programmatisch weiter. Wie in allen seinen Arbeiten ging es Marx auch in dieser Schrift darum, theoretische Klarheit über die Aufgaben proletarischer Politik zu schaffen "und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen" (4). Diese Aufgaben stellten sich Marx und Engels stets dar als "allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden

(1) Joscha Schmierer in: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/1975, Seite 14
(2) W.I. Lenin, Staat und Revolution. Lenin Werke Band 25, Seite 424
(3) Marx/Engels Werke Band 28, Seite 508
(4) F. Engels, Anti-Dühring. Marx/Engels Werke Band 20, Seite 265

Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung" (5). In den 70-er Jahren des 19. Jahrhunderts war es vor allem der heldenhafte Kampf der Pariser Kommune, der die selbständige politische Aktion des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt hatte, und in diesem Sinne haben Marx und Engels deren Erfahrungen für die internationale Arbeiterbewegung zusammengefaßt und propagiert. So zuerst Karl Marx in seiner Analyse des "Bürgerkriegs in Frankreich" (6); so Friedrich Engels auf der Londoner Konferenz der I. Internationale im September 1871 gegen den Versuch, die Arbeiterklasse über die Predigt politischer Abstinenz in die Arme der Bourgeoisie zu treiben: "Wir wollen die Abschaffung der Klassen. Was ist das Mittel, um dahinzugelangen? Die politische Herrschaft des Proletariats. Und jetzt, wo sich alle darüber einig sind, verlangt man von uns, wir sollen uns nicht in Politik mischen! Alle Abstentionisten nennen sich Revolutionäre, und sogar Revolutionäre par excellent. Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muß auch das Mittel wollen – die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die nächste Revolution erzieht und ohne die die Arbeiter am nächsten Tag nach dem Kampf stets von den Favres und Pyats (französische Bourgeoispolitiker – d.Verf.) geprellt sein werden. **Aber die Politik, auf die es ankommt, muß eine proletarische Politik sein; die Arbeiterpartei darf sich nicht als Schwanz irgendwelcher Bourgeoisparteien, sondern muß sich vielmehr als unabhängige Partei konstituieren, die ihr eigenes Ziel, ihre eigne Politik hat.**" (7) Den revolutionären Gehalt und die Zielrichtung proletarischer Politik in der Auseinandersetzung mit lassalleanischen und anderen kleinbürgerlichen Vorstellungen entsprechend den Klassenkampfbedingungen der 70-er Jahre wissenschaftlich entwickelt zu haben, das ist der wesentliche und bleibende Kern der Marx'schen "Randglossen".

Schon die dialektische Methode, mit der Marx an seine Aufgabe herangeht, verdient besondere Erwähnung. Er kritisiert den Programmentwurf nicht etwa in der Weise, daß er nach der Aufdeckung des falschen und oberflächlichen Gedankenguts, welches all seinen Aussagen und Forderungen deutlich zugrundeliegt, diesem den tieferen theoretischen Gehalt des wissenschaftlichen Kommunismus allgemein und abstrakt gegenüberstellt. Vielmehr geht er umgekehrt so vor, zunächst jeden einzelnen Satz des Programmbriefes für sich ausführlich zu kritisieren, um aus ihnen alles herauszuholen, was an grundsätzlichen Unklarheiten, schwächlicher Halbheit, phrasenhafter Nichtigkeit und Nichtswürdigkeit verborgen liegt. Diese Art der überzeugenden Widerlegung des durch und durch kleinbürgerlichen Gehalts der Programmsätze mündet aber stets in eine positive Entwicklung dessen, was sich als Konsequenz aus dieser materialistischen Kritik ergibt, d.h. er analysiert positiv die ökonomischen und politischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft und die Bedingungen der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse.

Gleich der erste Satz des Gothaer Programms "Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur" (8) erweist sich als ein entscheidender Rückschritt hinter die Erkenntnisse, denen Karl Marx mit seinem 1867 erschienenen "Kapital" die Bahn gebrochen hatte (9). Der Satz verschweigt nämlich, daß die Natur ebensosehr Quelle der Gebrauchswerte ist, und bleibt damit der Tauschabstraktion verhaftet. Es wird so getan, als ob die Eigentumsverhältnisse der ewigen Naturbedingtheit der Arbeit entspringen, und auf diese Weise kommen natürlich die Eigentümer der natürlichen Quellen des Reichtums gut weg. In gleicher Weise spricht das Programm von "**der** Gesellschaft", nicht von bestimmten geschichtlichen Entwicklungen und Gesellschaftsformationen. Hier werden die bürgerlichen Sperren besonders des Lassalleanismus wirksam, die mit der Verallgemeinerung "die Gesellschaft" notwendig die Verallgemeinerung der kapitalistischen Gesellschaft samt Ausbeutung und Unterdrückung unterstellen. Dererlei Allgemeinplätze laufen aber allemal auf das Bestreben der Bourgeoisie hinaus, die kapitalistische Produktionsweise als ewige und unabänderliche darzustellen. Demgegenüber fordert Marx die historische und systematische Analyse der warenproduzierenden Gesellschaft mit dem ihr eigenen Gegensatz von Reichtum und Armut. Und dies mit einem klaren Ziel: "Es war also, statt allgemeine Redensarten über **'die Arbeit'** und **'die Gesellschaft'** zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen geschichtlichen Fluch zu brechen." (10)

Der dritte Satz des Programms lautet: "Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages." (11) Abgesehen von der unfaßbaren Aufgabe "Befreiung der Arbeit" wird hier in konsequenter Verfolgung des ersten Fehlers die Distribution (Verteilung) von der Produktion gelöst, die Abhängigkeit von ökonomischer Basis und den politischen Rechtsverhältnissen auf den Kopf gestellt und der Sozialismus mit der moralischen und auch begrifflich verwirrten Floskel "gerechter Verteilung des Arbeitsertrages" verwechselt. Weder ist klar, was der "Arbeitsertrag" ist – "das Produkt der Arbeit oder sein Wert? " (12); noch ist klar, was "gerechte Verteilung" heißt. Das Programm kann diese wichtigen Fragen nicht klären, weil es nicht von der historischen Bewegung und deren materiellen Bedingungen ausgeht, sondern von allgemeinsten Phrasen, die den Sozialismus ausmalen sollen. Dagegen formuliert Marx das Problem prägnant so: "Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer **eignen** Grundlage **entwickelt** hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft **hervorgeht**, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der

(5) K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. Marx/Engels Werke Band 4, Seite 475
(6) Vgl. Marx/Engels Werke Band 17, Seite 319 ff.
(7) F. Engels, Eigene Aufzeichnung. Marx/Engels Werke Band 17, Seite 416
(8) In: Kritik des Gothaer Programms. Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, Seite 82
(9) Marx/Engels Werke Band 23, Seite 57 f.
(10) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms. Marx/Engels Werke Band 19, Seite 17
(11) In: Kritik des Gothaer Programms, Peking, Seite 82
(12) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms

alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt." (13) Diese "Muttermale" der ersten oder niederen Phase, wie Marx hier den Sozialismus von der zweiten, höheren Phase des Kommunismus unterscheidet, bestehen darin, daß der einzelne Produzent nur seiner wirklichen Arbeitsleistung entsprechend Konsumtionsmittel erhält, daß damit immer noch prinzipiell nach bürgerlichem Recht verfahren wird und daß damit die ungleiche Begabung und Leistungsfähigkeit der Produzenten wirkliche Ungleichheit und nach wie vor ein Recht der Ungleichheit vorhanden ist. "Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." (14) Ausgehend von dieser Bestimmung entwickelt Marx dann präzise die Bedingungen des Übergangs zur höheren Phase, zum Kommunismus: "In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" (15)

Statt von dieser klaren inhaltlichen Bestimmung der sozialen Revolution ausgehend die politischen Mittel zur Erreichung derselben zu untersuchen, erstrebt das Gothaer Programm "mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit" (16). Dieser Satz – Kernpunkt des Gothaer Programms – steht ebenso sehr im Mittelpunkt der Marx'schen Programmkritik. Der "wahrhaft empörende Rückschritt" besteht hier zunächst in der Übernahme des Lasall'schen Dogmas vom "ehernen Lohngesetz", das sein Erfinder wie folgt definiert hatte: "Der durchschnittliche Arbeitslohn (d. h. der Wert der Arbeit) bleibt immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert, der in einem Volk gewohnheitsgemäß zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist." Die Übernahme dieser, von bürgerlichen Ökonomen abgeschriebenen Behauptung, bezeichnet Marx als "frevelhaften Leichtsinn" und "Gewissenlosigkeit". Dies vor allem deshalb, weil dadurch ein zentraler Punkt der Kritik der klassischen politischen Ökonomie ignoriert wird, und zwar die wissenschaftliche Einsicht, "daß der **Arbeitslohn** nicht das ist, was er zu sein **scheint**, nämlich der **Wert** respektive **Preis der Arbeit**, sondern nur eine maskierte Form für den **Wert** resp. **Preis der Arbeitskraft**" (17). Wird dieser entscheidende Unterschied verwischt, so mißlingt jede Analyse der realen Ausbeutungsmechanismen (Ausdehnung des Arbeitstages, Rationalisierung usw.), damit aber auch jeder Ansatzpunkt für erfolgreiche ökonomische Kämpfe.

Der zweite und insgesamt wohl wichtigste Angriff auf diesen Programmsatz gilt dem "freien Staat". Den bürgerlichen Grundinhalt dieser Phase sieht Marx darin, daß das Programm, indem es "statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als **Grundlage** des bestehenden Staates (oder künftigen, für die künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen 'geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen' besitzt." (18) Die der kapitalistischen Gesellschaft entsprechende Staatsform ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die organisierte politische Gewalt der Kapitalistenklasse zur Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats, das den gesellschaftlichen Reichtum schafft. Die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft ist deshalb notwendig verbunden mit der Umwälzung der ihr spezifischen Staatsform. Es fragt sich also, welcher Art dieser Umwandlungsprozeß sein wird. "Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher." Das Gothaer Programm schafft keinen Flohsprung, sondern bleibt auf der Ebene "der aller Welt bekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkeswehr etc." hängen. Der Floh kann nicht springen, weil vergessen wurde, "daß alle jenen schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sog. Volkssouveränität beruhn, daß sie daher nur in einer **demokratischen Republik** am Platze sind". Die bürgerliche Demokratie ist also die letze Staatsform der kapitalistischen Gesellschaft, in der der proletarische Klassenkampf definitiv anzufechten ist. Von dort bestimmt sich die politische Aufgabenstellung des Proletariats: sein Kampf muß abzielen auf die Eroberung der politischen Macht zum Zweck der endgültigen Aufhebung der Klassen (19). Das Gothaer Programm wirft jedoch die Frage nach der spezifischen Form, unter der die Arbeiterklasse allein zur Herrschaft kommen kann, nicht auf. Demgegenüber formuliert Marx als klassische Zusammenfassung seiner Lehre vom Staat: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die **revolutionäre Diktatur des Proletariats**" (20).

Mit seinen 'Randglossen' hat Marx der internationalen Arbeiterbewegung eine theoretische Waffe in die Hand gegeben, die die endgültige Befreiung des Proletariats zur schließlichen Gewißheit macht. Die Geschichte der deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung zeigt jedoch eindringlich, daß die Voraussetzung dafür, ihre richtige Handhabung im Kampf gegen die wiederholten opportunistischen Versuche, diese Waffe stumpf und unbrauchbar zu machen, ist. Diese historische Tatsache soll im folgenden an einigen herausragenden Beispielen sichtbar gemacht werden.

(13) Ebenda, Seite 20
(14) Ebenda, Seite 21
(15) Ebenda, Seite 21
(16) In: Kritik des Gothaer Programms, Peking, Seite 83
(17) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms. Marx/Engels Werke Band 19, Seite 25
(18) Ebenda, Seite 28
(19) Vgl. auch: Der Kampf um Demokratie und Sozialismus. Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/1974, Seite 5 ff.
(20) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms. Marx/Engels Werke Band 19, Seite 28

Die äußeren Bedingungen der Entstehung der Marx'schen Programmatik

Als 1871 das deutsche Kaiserreich als eine "fürstliche Versicherungsanstalt gegen die Demokratie" (W. Liebknecht) aus der Taufe gehoben wurde, war die noch junge deutsche Arbeiterbewegung in zwei sich heftig befehdende Fraktionen gespalten: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV).

Die ältere dieser beiden Organisationen – der ADAV – hatte in den 8 Jahren seit seiner Gründung durch Ferdinand Lasalle immer mehr den Charakter einer Sekte angenommen, die sich zusehends als Hemmschuh für die Entfaltung einer einheitlichen und revolutionären Arbeiterbewegung im preußisch-deutschen Klassenstaat erwies. Der politischen Selbständigkeit der Arbeiterklasse wurde einmal entgegengewirkt durch die Organisationsstruktur des Vereins, die dem Präsidenten praktisch diktatorische Vollmachten im Hinblick auf die Ausrichtung der Vereinspolitik gab, die einfachen Mitglieder dagegen zu nur noch ausführenden Organen dieser Politik erniedrigte. Als eine ebensolche Fessel wirkte sich die Ideologie dieser Organisation aus, die zu Dogmen erhobenen Lasall'schen Phrasen und Heilmittel zur 'Lösung der sozialen Frage'. Der von Marx wiederholt kritisierte Hauptfehler im Wirken Ferdinand Lasalles, nämlich "die reelle Basis seiner Agitation nicht aus den wirklichen Elementen der Klassenbewegung zu suchen, sondern letzterer nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorschreiben zu wollen" (21), war von den Lassalleanern nach dem Tod ihres Führers in potenzierter Form wiederholt und dabei regelrecht auf die Spitze getrieben worden. Denn mit dem Beharren auf die alleinseligmachenden Dogmen des zum Heiligen erklärten Lasalle – angefangen bei dem Schlagwort von der "einen reaktionären Masse", der sich der "Arbeiterstand" angeblich gegenübergestellt sehe, über das soziale Allheilmittel der "Produktivassoziationen mit Staatskredit", das bezeichnenderweise bürgerlichen Ökonomen entlehnt war, bis hin zu der unsinnigen Behauptung vom "ehernen Lohngesetz", welches im Kapitalismus herrsche – geriet der ADAV in einen wachsenden Widerspruch nicht nur zu den Erkenntnissen der sozialistischen Wissenschaft, sondern vor allem zu den täglichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse und dem wachsenden Bewußtsein ihrer historischen Aufgaben. Daß sich dieser Verein von der wirklichen Arbeiterbewegung in Deutschland zusehens isolierte, verwundert daher kaum. Dort, wo er noch in der Arbeiterklasse verankert war (Berlin/Hamburg), trug er lediglich Verwirrung und Spaltung in ihre Kämpfe. Doch damit nicht genug. Hatte schon Lasalle erklärt, daß die Emanzipation des 'Arbeiterstandes' nur über die Verwirklichung der sittlichen Idee des Staates" durch das allgemeine Wahlrecht zu erreichen sei und dabei auch nicht vor Verhandlungen mit dem reaktionären preußischen Ministerpräsidenten Bismarck zurückgeschreckt, so wurde auch dieser "Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen" (Engels) von seinen Nachfolgern erst perfekt gemacht. Der bis zur Anbiederung getriebene Opportunismus des ADAV gegenüber dem junkerlich-bürgerlichen Staat des deutschen Kaiserreichs trug nicht nur zur Verdunkelung von dessen Klassencharakter bei, sondern nährte in Teilen der Arbeiterklasse die Illusion, ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung ließe sich ohne die Eroberung der politischen Macht im Staat, d. h. ohne den Sturz der herrschenden Klassen bewerkstelligen. Dieses Fehlen einer revolutionär-politischen Perspektive in der Agitation und Propaganda des ADAV mußte zwangsläufig dazu führen, daß seine Brandmarkung der kapitalistischen Ausbeuterordnung im Bereich der Sozialmoral stecken blieb und damit den proletarischen Klassenkampf in eine Sackgasse trieb.

Kurzum, der ADAV – insgesamt mehr Fessel als vorwärtstreibender Faktor für die deutsche Arbeiterbewegung – besaß für den revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse zu Beginn der 70er Jahre bestenfalls noch als Bündnispartner für einzelne Aktionen eine Bedeutung. Seiner Ideologie und Politik fiel lediglich die Funktion des negativen Beispiels zu, aus dem die proletarischen Revolutionäre vermittels scharfer Kritik nur lernen konnten, ihre historische Aufgabe immer besser zu verstehen.

Gegenüber dem ADAV vertraten die Eisenacher – wie die Mitglieder der SDAP damals genannt wurden – zweifelsohne den fortgeschritteneren Teil der deutschen Arbeiterbewegung. Die Partei war 1869 unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründet, bekannte sich zu den von Marx entwickelten Prinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation und umfaßte vornehmlich den Teil der deutschen Arbeiterbewegung, der seinen Hauptkampf gegen die undemokratische Reichseinigung durch das reaktionäre Preußentum führte. "Die politische Freiheit" – so hieß es in ihrem Programm – "ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klasse. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat." (22)
Ihre Gegnerschaft zum ADAV resultierte hauptsächlich daraus, daß jener die preußische Reichsgründungspolitik unverhohlen begrüßte und sogar teilweise aktiv unterstützte und damit den von ihm beeinflußten Teil der deutschen Arbeiterklasse in ein gefährliches opportunistisches Fahrwasser trieb. "Nur die konsequent demokratische Taktik Bebels und Liebknechts" – so hebt Lenin das positive Wirken der SDAP hervor – "nur ihre Unversöhnlichkeit in bezug auf die Einigung Deutschlands und seine Erneuerung 'von oben' haben dazu beigetragen, ein festes Fundament für eine wahrhaft sozialdemokratische Arbeiterpartei zu legen." (23)
Die mutige internationalistische Haltung der deutschen Arbeiter während des deutsch-französischen Kriegs und ihr unerschrockenes Eintreten für die Ziele der Pariser Kommune waren sichtbare Zeichen dieses positiven Wirkens, von dem sich die Eisenacher weder durch staatliche Repressionsmaßnahmen noch durch ihre Verteufelung als "vaterlandslose Gesellen" abbringen ließen.

All diese Fortschritte zeigten an, daß es nicht der ADAV, sondern die SDAP war, die begann, sich zum Führer der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zu entwickeln. Diese Tatsache darf jedoch nicht darüber hinweg-

(21) Marx/Engels Werke Band 32, Seite 569
(22) In: Kritik des Gothaer Programms, Peking, Seite 80
(23) W.I. Lenin, August Bebel. Lenin Werke Band 19, Seite 288

täuschen, daß auch die SDAP in Politik und Ideologie noch eine Vielzahl von Ungereimtheiten und Schwankungen aufwies und sich noch keineswegs auf der Höhe der sozialistischen Wissenschaft befand. Die mangelhafte Verarbeitung der Lehren, die die Pariser Kommune vor allem durch Marx' Analyse der internationalen Arbeiterbewegung vermittelt hatte, verhinderte, daß sich in der Partei die Einsicht von der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats durchsetzte, so daß dem demokratischen Kampf, den sie gegen die "Politik des nackten Cäsarismus im Deutschen Reich" (Bebel) führte, vielfach die revolutionäre Zuspitzung fehlte. Denn diese bestand und besteht nach wie vor darin, daß der Kampf um Demokratie für das revolutionäre Proletariat immer nur der Hebel sein kann, um an die proletarische Revolution heranzukommen und niemals zum Selbstzweck verkommen darf. Auch gab es zahlreiche Zugeständnisse an lassalleanische und andere kleinbürgerliche Strömungen. Und gerade weil der Meinungskampf in den eigenen Reihen – der Kampf zweier Linien – noch kaum entfaltet war, drohte die Partei auf diese Weise zu einem Sammelbecken aller möglichen 'Sozialismen' zu werden.

Marx und Engels haben – bei aller Sympathie, die sie mit den Eisenachern verband – diese Gefahr am klarsten erkannt und entschieden bekämpft. Ausgehend von der Erkenntnis, daß nach der Niederlage der Pariser Kommune "die deutschen Arbeiter für den Augenblick in die Vorhut des proletarischen Kampfes gestellt worden" sind (24), waren sie unermüdlich darum bemüht, das ideologische Niveau der deutschen Arbeiterbewegung zu heben und sie mit den theoretischen Waffen auszurüsten, die sie für den Klassenkampf brauchte. In ihren Briefen an die sozialdemokratischen Parteiführer und auch in ihren Artikeln und Schriften hoben sie immer wieder die Notwendigkeit des ideologischen Klassenkampfes hervor. "Es wird namentlich die Pflicht der Führer sein" – betont Engels in seiner 1874 geschriebenen Vorbemerkung zum Deutschen Bauernkrieg – "sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären, sich mehr und mehr von dem Einfluß überkommener, der alten Weltanschauung angehöriger Phrasen zu befreien und stets im Auge zu behalten, daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will. Es wird darauf ankommen, die so gewonnene, immer mehr geklärte Einsicht unter den Arbeitermassen mit gesteigertem Eifer zu verbreiten, die Organisation der Partei wie der Gewerkgenossenschaften immer fester zusammenzuschließen." (ebd.)
Angesichts der Fehler, die die Eisenacher Parteiführung in der Bestimmung ihres Verhältnisses zum ADAV gemacht hatte, arbeiteten Marx und Engels auch die taktische Linie aus, entlang derer die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ohne Schäden für deren weiteren Entwicklungsgang überwunden werden konnte: "Nach unserer Ansicht, die wir durch lange Praxis bestätigt gefunden haben, ist ... die richtige Taktik in der Propaganda nicht die, dem Gegner (d. h. dem ADAV – d. Verf.) hie und da einzelne Leute und Mitgliedschaften abspenstig zu machen, sondern auf die große noch teilnahmslose Masse zu wirken. Eine einzige neue Kraft, die man aus dem Rohen heraus selbst herangezogen hat, ist immer mehr wert als zehn Lassalle'sche Überläufer, die immer den Keim ihrer falschen Richtung mit in die Partei hineintragen ... Natürlich will jede Parteileitung Erfolge sehen, das ist auch ganz gut. Aber es gibt Umstände, wo man den Mut haben muß, den augenblicklichen Erfolg wichtigeren Dingen zu opfern." (25)

Die reformistische Geschichtsschreibung – wie sie heute in der SPD mit großem Aufwand gepflegt wird – weiß diese Entwicklung freilich anders darzustellen. Vor das Dilemma gestellt, die heutige SPD einerseits bruchlos in die über hundertjährige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einzufügen und andrerseits ihr bürgerliches Parteiprogramm als folgerichtige Konsequenz und vorläufigen Höhepunkt dieser Geschichte verkaufen zu müssen, greift sie dabei – wie alle politischen Schwindler, die sich vor der historischen Wahrheit fürchten – zu den Mitteln plumpester Geschichtsklitterung. Anknüpfend an bestimmte bürgerliche Erscheinungsformen und Einflüsse, von denen die deutsche Arbeiterbewegung wie jede andere niemals frei war, erklärt sie diese zum Wesensmerkmal der proletarischen Emanzipationsbewegung. (26) Das sieht dann so aus, daß sie den Klassenkampf der deutschen Arbeiter nach der Reichsgründung reduziert auf "das Streben nach einer freiheitlichen Demokratie" und das Bemühen "um soziale Reformen durch den Staat und seine Umformung zum Sozialstaat". (27)
Diese Konstruktion wird nun sowohl dem ADAV als auch der SDAP als das Wesen ihrer Politik unterschoben, der eben herausgearbeitete grundsätzliche Unterschied beider Organisationen als lediglich "durch aktuelle Probleme bestimmt" (ebd.) heruntergespielt. Ausgehend von dieser selbstgebastelten Schablone fällt es den Volksverdummern von Godesberg natürlich leicht, den ideologischen Kampf von Marx und Engels und anderen hervorragenden Sozialdemokraten als abstrakte Theoretikasterei abzutun, der angeblich mit der 'wirklichen' Arbeiterbewegung nichts gemein gehabt habe. "Es hat sich gezeigt" – so verkündet der 'Vorwärts' mit der ihm eigenen Arroganz gegenüber

(24) F. Engels, Ergänzung zur Vorbemerkung von 1870 zu "Der deutsche Bauernkrieg". Marx/Engels Werke Band 18, Seite 517
(25) Marx/Engels Werke Band 33, Seite 589
(26) Insofern beruft sich die SPD heute in gewisser Weise durchaus zu Recht auf Traditionslinien innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung – **nur freilich stets auf die bürgerliche.**
Diesen entscheidenden Aspekt ignoriert die revisionistische Parteigeschichtsschreibung in der DDR heute geflissentlich. Da sie die Notwendigkeit des offenen Kampfes zweier Linien in ihrer eigenen Partei leugnet, muß sie auch notwendig die verschiedenen Phasen dieses Kampfes in der Geschichte der Arbeiterbewegung wegretuschieren. In der Darstellung der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung geschieht dies meist durch Bagatellisierung falscher Linien: "Zwar verstand die deutsche Sozialdemokratie nicht, alle wichtigen Lehren aus den Erfahrungen der Pariser Kommune zu ziehen", aber "der (!) Marxismus (hatte) in der deutschen Arbeiterklasse Fuß gefaßt" (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel III, Seite 19). Der Verzicht auf eine materialistische Analyse der spezifischen Erscheinungsform der bürgerlichen Linien innerhalb der Arbeiterbewegung führt dann folgerichtig zu einer idealistischen undialektischen Betrachtungsweise ihrer geschichtlichen Entwicklung, die vergißt, was Lenin in bezug auf dieses Problem gefordert hat: "Die klassenbewußten Arbeiter blicken, während sie ihre Bewegung voranführen, ständig auf den von der Arbeiterbewegung zurückgelegten Weg und denken stets von neuem darüber nach, ob dieser Weg der richtige ist und ob man etwas besser machen kann." (Die Einheit der Arbeiter und die "Strömungen" der Intellektuellen. Lenin Werke Band 20, Seite 293)
(27) Neue Gesellschaft Nr. 5/1975, Seite 351

den Massen –, "daß die Massen ... sich wenig um Fragen der Theorie kümmerten, sondern von ihr (der Sozialdemokratie, d. Verf.) 'wirkliche Bewegung' in Richtung auf Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit forderten". (28) Daß diese Methode der perfiden Verachtung, ja Verhöhnung der revolutionären Klassenkämpfe im Deutschen Kaiserreich für eine Organisation, deren Hauptaufgabe in der Kettung der westdeutschen Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Ausbeuterordnung besteht, einen politischen Zweck verfolgt, liegt auf der Hand. Durch die Berufung auf die – allerdings bis zur Unkenntlichkeit entstellte – Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung soll nicht nur ihr längst vollzogener Verrat an der Sache der deutschen Arbeiterklasse vernebelt, sondern vor allem das historisch legitimiert werden, was die Reformisten heute als 'demokratischen Sozialismus' ausgeben, was aber in Wirklichkeit weder etwas mit Demokratie, noch mit Sozialismus zu tun hat. (29)
Gelingt es, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung für dieses Interesse zu funktionalisieren, d. h. zu suggerieren, die deutsche Arbeiterbewegung habe nie etwas anderes gewollt als das, was die SPD heute Schritt für Schritt verwirkliche und dabei gleichzeitig zu 'beweisen', die marxistische Theorie sei der deutschen Arbeiterbewegung stets etwas Äußerliches gewesen, so kann der Einfluß der SPD auf Teile der westdeutschen Arbeiterklasse, für die die Parteitradition ein nicht unwichtiges Bindemittel ist, wirksamer ausgeübt werden. Man versteht nun, warum die SPD in ihren Zeitungen und Zeitschriften der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen so breiten Platz einräumt. Man versteht aber gleichzeitig, welch wichtige Aufgabe es für uns Kommunisten ist, diesen Geschichtsklitterungsversuchen entgegenzutreten, um den Reformisten auch auf diesem Gebiet das Handwerk zu legen.

Doch wenden wir uns weiter dem tatsächlichen Verlauf und den Lehren der Gothaer Vereinigung zu. – Anfang der 70er Jahre gab es durchaus einige Fortschritte in dem Bemühen einzelner Parteiführer, das ideologische Niveau der SDAP den neuen Erfordernissen des Klassenkampfs im Deutschen Kaiserreich anzupassen. Dies trifft vor allem auf die Broschüre zu, die Wilhelm Bracke über den "Lassalle'schen Vorschlag" schrieb, in der der Verfasser – gestützt auf die Erkenntnisse des 'Kapitals' von Marx – das soziale Heilmittel der 'Produktivassoziationen mit Staatskredit' einer vernichtenden Kritik unterzog. Aber weder die Parteileitung noch der Eisenacher Parteitag von 1873, dem die Ergebnisse der Bracke'schen Analyse als Programmänderungsanträge vorlagen, erkannten die Bedeutung dieser Initiative für die ideologische Ausrichtung der Partei und verschoben die immer dringlicher werdende Programmdiskussion auf den nächsten Parteitag. Auch dieser Kongreß brachte jedoch außer der Bildung einer Programmkommission, die sich dann sehr schnell als nicht arbeitsfähig erwies, keine wesentlichen Fortschritte in der Programmfrage, obwohl alle Delegierten von der Notwendigkeit einer Programmrevision überzeugt waren. Deshalb fehlte auch der auf diesem Kongreß festgelegten und an sich richtigen taktischen Linie in der Frage des Verhältnisses zum ADAV, nämlich "Einigung, nicht Vereinigung", der nötige ideologische Rückhalt. Auf diese Weise wurden die beiden untrennbar verbundenen Seiten ein und derselben Sache – Überwindung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und ideologische Klarheit in allen wesentlichen Fragen des Klassenkampfes – auseinandergerissen und damit der Möglichkeit eines prinzipienlosen Opportunismus Tür und Tor geöffnet.

Die verhängnisvollen Folgen dieser Position traten dann auch bald offen zutage, als einige ADAV-Führer im Herbst 1874 an Wilhelm Liebknecht und Mitglieder der Eisenacher Parteileitung herantraten und ihre Vorschläge zur Vereinigung beider Arbeiterparteien unterbreiteten.
Was bewog diese Leute, die jahrelang verbissen jede gemeinsame Aktion der deutschen Arbeiterklasse boykottiert und Zwietracht unter den Arbeitern gesät hatten, auf einmal dazu, von sich aus Versöhnung und Vereinigung anzubieten?

Es war vor allem der innere Zustand des ADAV, der sich angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes einem ernsthaften Zersetzungsprozeß ausgeliefert sah. Die neue Qualität der Klassenauseinandersetzungen im Deutschen Reich zeigte sich in einer Welle verschärfter Angriffe der herrschenden Klassen auf das Proletariat und seine politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, durch welche sie die Auswirkungen der 1873 ausgebrochenen großen Wirtschaftskrise leichter auf die Arbeiterklasse abzuwälzen glaubten. War der ADAV bislang weitgehend von der staatlichen Repressionspolitik ausgenommen gewesen, so setzte sich jetzt innerhalb der herrschenden Klassen die Auffassung durch, daß nur ein gleich scharfes Vorgehen gegen beide sozialdemokratischen Fraktionen die "rote Gefahr" bändigen könne. Die berüchtigte "Ära Tessendorf" (benannt nach dem ebenso berüchtigten preußischen Staatsanwalt in Berlin) begann und führte unter anderem im Juni 1874 zur Schließung des ADAV in Preußen. Diesen neuen Bedingungen des Klassenkampfes war der ADAV, gerade weil es hierbei wesentlich um eine Sektenorganisation sich handelte, in keiner Weise gewachsen. Mangelnde Kampferfahrung mit einem völlig unterschätzten Klassengegner, die zusehends unbrauchbar werdende Organisation sowie der verstärkte Unwille der Vereinsmitglieder gegen ihre Führung trieben auf diese Weise den Auflösungsprozeß des Vereins Ende 1874 seinem Höhepunkt entgegen. Die Vereinsführung – selbst in verbitterte Cliquenkämpfe verwickelt – sah in dieser Situation ihr Heil nur noch darin, von sich aus dem Druck der Massen auf Herstellung einer einheitlichen Arbeiterbewegung zuvorzukommen und so schnell wie möglich mit der SDAP in Verhandlungen zu treten.

Diese Situation war für die Eisenacher zweifellos günstig und hätte zu einem großen Erfolg für die Sache der deutschen Arbeiterklasse, in der der Einigungswille angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes gewaltig gewachsen war, führen können, wenn sie der taktischen Marschroute gefolgt wären, die Marx und Engels ihren Führern gegenüber mehrfach erläutert hatten. Diese zielte darauf ab, die offensichtliche Klemme der ADAV-Führer auszunutzen und sich alle möglichen Garantien auszubedingen, "damit

(28) Nummer vom 22. Mai 1975
(29) Vgl. den Aufsatz von Willfried Maier in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/1974, Seite 269 ff.

nicht jene Leute auf Kosten unsrer Partei in der öffentlichen Arbeitermeinung ihre erschütterte Stellung wieder befestigen. Man mußte sie äußerst kühl und mißtrauisch empfangen, die Vereinigung abhängig machen von dem Grade ihrer Bereitwilligkeit, ihre Sektenstichworte und ihre Staatshilfe fallenzulassen und im wesentlichen das Eisenacher Programm von 1869 oder eine für den heutigen Zeitpunkt angemessene verbesserte Ausgabe desselben anzunehmen." (30)

Zunächst schien es auch, als würden die Eisenacher tatsächlich eine korrekte Haltung in der Vereinigungsfrage einnehmen, denn übereinstimmend meldeten Liebknecht und das Parteiausschußmitglied Geib nach London – dem Wohnort von Marx und Engels –, die Partei stehe den Einigungsanträgen äußerst kühl gegenüber und werde jede Überstürzung bekämpfen, um eine Mißgeburt zu verhindern. Diese Versicherung blieb jedoch ein Lippenbekenntnis. Ein Großteil der Schuld trifft hierbei Wilhelm Liebknecht, der – so subjektiv ehrlich er für die Sache der deutschen Arbeiterklasse einzutreten vermeinte – im Laufe der Vereinigungsverhandlungen zusehends in opportunistisches Fahrwasser geriet. Einmal enthielt er Marx und Engels, mit denen er bislang in engem Briefkontakt stand, über Monate hinweg jegliche Nachrichten über den Fortgang der Verhandlungen vor und hintertrieb damit geradezu ein richtungweisendes Eingreifen der beiden Köpfe der internationalen Arbeiterbewegung. Und einen ebensogroßen Fehler beging er zusammen mit der SDAP-Führung dadurch, daß sie die Vereinigungsverhandlungen hinter dem Rücken der Massen selber führten und damit eine breite Diskussion innerhalb der Arbeiterklasse in dieser für ihren Kampf so entscheidenden Frage verhinderten. Außer einer lapidaren Erklärung über die Aufnahme von Gesprächen in der Parteipresse erfuhr die Arbeiterklasse erst wieder mit der Veröffentlichung des Programmentwurfs im Februar 1875 etwas über den Stand der Verhandlungen – oder besser gesagt über das in aller Heimlichkeit ausgebrütete Ergebnis derselben. Und an diesem Ergebnis zeigte sich, daß die Eisenacher Parteiführung dem Einigungswerk den denkbar größten Schaden zugefügt hatte, indem sie ein Sammelsurium unwissenschaftlicher und den Kampf der Arbeiterklasse desorientierender Phrasen zur ideologischen Grundlage der Vereinigung erklärte.

Obwohl bereits der günstigste Zeitpunkt für ein klärendes Eingreifen verstrichen war, zögerten Marx und Engels, als ihnen der Programmentwurf vorlag, keinen Augenblick, doch in die Programmdiskussion einzugreifen. Bestärkt wurden sie in dieser Haltung durch Bebel (31) und Bracke, die übereinstimmend erklärt hatten, sie könnten diesem Programm unmöglich zustimmen.
Mit Prinzipienprogrammen – das war der systematische Ausgangspunkt für die Kritik von Marx und Engels – "errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt" (32). Es ist wichtig, dies herauszustreichen, um zu verstehen, daß sich ihre scharfe Polemik nicht einfach gegen diesen oder jenen taktischen Fehler oder gegen verschiedene ideologische Unklarheiten und überholte Phrasen richtete, sondern der umfassende Versuch war, der ganzen deutschen Arbeiterbewegung die Notwendigkeit des radikalen Brechens mit den in ihr noch stark vertretenen bürgerlichen Anschauungen vor Augen zu führen. Über die Kritik kleinbürgerlicher Strömungen positiv zu entwickeln, daß sich nur mit dem ideologischen Rüstzeug des wissenschaftlichen Sozialismus eine proletarische Massenlinie entfalten und das von den deutschen Sozialisten proklamierte Kampfziel, die Abschaffung der Klassenherrschaft, erreichen lasse – das war ihr zentrales Anliegen.

Mit seinen 'Randglossen' – einem leuchtenden Beispiel jener Verbindung von Analyse, Kritik und positiver Darlegung, d. h. politischer Überzeugungsarbeit – trug Marx dieser Aufgabe voll und ganz Rechnung. Und diese erwies sich als besonders notwendig, nachdem der Programmentwurf einen so erschreckenden Beweis dafür geliefert hatte, daß der deutschen Arbeiterpartei "die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen" (33).
Es ist bekannt, daß dem scharfen und vorbildlichen ideologischen Kampf, den Marx und Engels für die Schaffung einer revolutionären Arbeitereinheit führten, der durchschlagende Erfolg versagt blieb. Der theoretische Reichtum der 'Randglossen' für die programmatische Ausrichtung der Partei wurde nicht genutzt, die Programmkritik den Parteimitgliedern verschwiegen. Mit der Annahme des im wesentlichen unverändert gebliebenen Programmentwurfs auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag wurde zwar die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie überwunden, aber der nur quantitativ gestärkten Partei fehlte eine klare programmatische Orientierung für ihre Aufgaben im Klassenkampf und ihre politische Zielsetzung.
Wilhelm Liebknecht, der einer der Hauptverantwortlichen für diesen schweren Fehler war, hat sich später in der Rechtfertigung seines Verhaltens zu der Behauptung verstiegen: "Ich glaube in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst geleistet zu haben, als damals, wo ich den Ratschlag meines Freundes und Lehrers Marx zurückwies und in das Einigungsprogramm gewilligt habe". (34) Das Verdienst, das sich Liebknecht hier zuschreiben will, erwies sich in Wirklichkeit als ein Bärendienst, der sich später an der deutschen Arbeiterbewegung rächen sollte. Sein Verhalten offenbarte vielmehr sein gänzliches Unverständnis gegenüber der unbestreitbaren Tatsache, daß es für eine wirklich reovlutionäre Partei der Arbeiterklasse niemals eine **Einheit** mit den Opportunisten, gleich welcher Schattierung, geben kann. Indem er die Vereinigung mit einer zum Untergang verurteilten Sekte über die Schaffung programmatischer Klarheit für die Ausrichtung der Bewegung stellte und dabei noch gegenüber Engels diese Einigung als "Tod des Lassalleanismus und den **vollständigen** Sieg des Marx'schen Kommunismus über die Lassalle'sche Sektiererei" (35) ausgab, bewies er, wie "hauttief" gerade ihm – als einem herausragenden Führer der deutschen Sozialdemokratie – die sozialistischen Ideen saßen. Diese schädliche Haltung unge-

(30) Marx/Engels Werke Band 34, Seite 125
(31) August Bebel – dem wohl entschiedensten Gegner des Programmentwurfs in der SDAP – war von vornherein ein bestimmendes Eingreifen in die Vereinigungsverhandlungen verunmöglicht, da er von Sommer 1872 bis April 1875 im Gefängnis saß.
(32) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms. Marx/Engels Werke Band 19, Seite 14
(33) Marx/Engels Werke Band 19, Seite 28
(34) W. Liebknecht, Karl Marx, Seite 40
(35) Brief vom 23. April 1875

schminkt darzustellen und gleichzeitig als eine wertvolle Lektion zu begreifen, ist die Pflicht unserer Bewegung bei dem Studium der Erfahrungen und Erkenntnisse der internationalen Arbeiterbewegung. Nur so werden wir immer besser verstehen lernen, was Lenin in seiner Schrift 'Unser Programm' betonte: "Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, **die alle Sozialisten vereinigt**, aus der sie all ihre Überzeugungen schöpfen und die sie auf die Methoden ihres Kampfes und ihrer Tätigkeit anwenden." (36)

Die Reformisten haben allen Grund, diese wertvolle Lektion aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gerade in ihr Gegenteil zu verkehren. "Wir müssen die politische Weitsicht der Parteiführer von 1875 anerkennen" – so kommentiert der 'Vorwärts' die Haltung von Liebkecht und Co. –, "die diese Einheit nicht durch einen Streit um die 'Richtigkeit' eines jeden einzelnen Programmpunktes gefährden wollten." (37) Und um ihr ideologisches Unkraut noch höher schießen zu lassen, deuteten sie die Marxsche Programmkritik als Ausdruck der "Verzweiflung eines Wissenschaftlers, der mit ansehen mußte, auf welche vulgäre Weise sein Lehrgebäude vom Schwamm zerfressen wird" und sich deshalb gezwungen sah, "wie einst Pontius Pilatus seine Hände in Unschuld zu waschen". (ebd.)

Wir kennen diese Art von Schmierenkomödien über das Wirken von Karl Marx aus dem 'Stern' und anderen Sumpfblüten des bürgerlichen Blätterwalds und lassen ihre erbärmliche Gedankenarmut für sich selbst sprechen. Entschieden Front machen aber müssen wir gegen die unglaubliche Überheblichkeit, mit der diese bürgerliche Literatenbande über das Bewußtsein der deutschen Arbeiter orakelt, wenn sie frech behauptet: "Der einfache Arbeiter konnte kaum begreifen, was Marx mit seinen komplizierten Unterscheidungen und begrifflichen Konstruktionen im Schilde führte; er verstand aber sehr wohl, wenn ihm jemand ausrechnete, daß sein Braten im Topf zu klein geraten sei". (ebd.) – Hier liegt in der Tat der Hund begraben. Der "einfache Arbeiter" im Bismarck-Staat konnte von einem "Braten im Topf" nicht einmal träumen. Er durfte froh sein, wenn es ihm im harten Klassenkampf gelang, sein Existenzminimum zu sichern. Und diesen Fluch mitsamt seiner Wurzel, der kapitalistischen Ausbeuterordnung, zu beseitigen, galt sein ganzes Streben und Kämpfen. Ist es nicht umgekehrt die katzenjämmerliche Angst um die eigenen, wohlgefüllten Fleischtöpfe der SPD-Demagogen, die aus ihren Zeilen spricht?

Und in diesem Punkt können wir ihnen vollkommen recht geben: Diese Angst ist mehr als berechtigt. Denn haben die Arbeiter erst einmal erkannt (und das haben sie bereits zum Teil), wie sie von der SPD an der Nase herumgeführt, wie ihre Interessen verraten und verkauft werden, dann wird es wahrlich schlecht um den Braten in den Töpfen dieser Herren bestellt sein. Diese Leute haben allen Grund, zu beteuern: "Der zur Vereinigung von Gotha führende Weg hat sich in der Parteigeschichte durchaus bewährt!" (ebd.) Es fragt sich halt nur, für wen. Und da können wir klar und bestimmt sagen: für die Sache der Arbeiterklasse ganz und gar nicht! Die weitere Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beweist das genaue Gegenteil.

Der Weg der deutschen Sozialdemokratie nach der Gothaer Vereinigung

Das Deutsche Reich entwickelte sich in einer relativ friedlichen Periode, die endgültig erst mit dem I. Weltkrieg endete, zu einer aggressiven imperialistischen Macht. Die Sozialdemokratie stand dabei vor der Aufgabe, die Kräfte der Revolution für die politische Machtergreifung zu organisieren und zu schulen. Dazu benötigte sie Klarheit und Festigkeit in den eigenen Reihen und vor allem ein Programm, das Richtschnur und Anleitung der politischen Praxis war.

Diese Anforderung erfüllte das Gothaer Programm in keiner Weise. Im Gegenteil war dieses rückwärtsgerichtete Programm nur geeignet, die Verwirrung in der politischen Arbeiterbewegung zu erhöhen. Am schärfsten traten Unklarheit und Verwirrung in der Frage des Verhältnisses der revolutionären Arbeiterbewegung zu dem bürgerlichen Staat zutage. In steigendem Maße ließ sich die Sozialdemokratie durch die "kolossalen Reste von Feudalismus . . ., die unserer ganzen politischen Sauerei in Deutschland ihr spezifisch reaktionäres Gepräge geben" (Engels), dazu verleiten, ihre revolutionäre Aufgabe auf den Kampf gegen feudale Überreste, gegen den Militarismus und für bürgerliche Freiheiten zu reduzieren. Eine wesentliche Rolle in dieser verhängnisvollen Entwicklung spielte die Tatsache, daß die Marx'sche Kritik des Gothaer Programms nicht veröffentlicht und breit diskutiert wurde. So blieb diese scharfe Waffe im Kampf gegen den Opportunismus ungenutzt, bis Engels 1891 die Veröffentlichung durchsetzte. Aber auch 1891 bei der Diskussion über das neue Parteiprogramm (das "Erfurter Programm") drückte sich die deutsche Sozialdemokratie um die entscheidende Frage herum: Führt der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats? So konnte auch mit dem Erfurter Programm der anwachsende Opportunismus nicht entscheidend geschlagen werden, der auf das bürgerliche Parlament, auf das friedliche Hinüberwachsen in den Sozialismus und schließlich den Schutz des bürgerlichen Staates vor den revolutionären Massen baute. Der Weg der SPD bis zur Unterstützung des I. imperialistischen Weltkrieges und zur staatstragenden Partei gegen die Revolution von 1918/19, dieser "intellektuelle und moralische Verfall" (Engels) datiert von dem Gothaer Programm und ist gekennzeichnet durch die Leugnung der Lehre von der Diktatur des Proletariats, wodurch schließlich die Befreiung der Arbeiterklasse an die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft gekettet wurde.

Während die SPD-Geschichtsschreibung sich ohne viel Federlesen über die Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung hinwegsetzt und "heute als einzige deutsche Partei auf eine so weit zurückreichende ununterbrochene Tradition im Kampf um demokratische Freiheiten und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen" zurückblickt (38), fällt es den modernen Revisionisten schwerer, an eine Tradition anzuknüpfen, die von Marx und Engels scharf bekämpft wurde. Sie winden sich. Einerseits, so ist in Ul-

(36) Unser Programm, Lenin Werke Band 4, Seite 205
(37) Nummer vom 22. Mai 1975
(38) W. Eichler, Hundert Jahre Sozialdemokratie. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1962, Seite 7

brichts Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu lesen, sei die Marx'sche Kritik am Lassalleanismus völlig berechtigt und "die Grundgedanken der Kritik am Gothaer Programmentwurf beflügelten die internationale Arbeiterbewegung zu allen Zeiten in ihrem Ringen um die Verwirklichung ihrer hohen Menschheitsideale". (39) Andererseits waren die Lassalle'schen Phrasen nicht so tragisch und "obwohl ins Programm wieder aufgenommen, in der Praxis unwirksam". (40) Während also einerseits die Marx'sche Kritik 'totgejubelt' wird, schleichen sich unter der Hand "hohe Menschheitsideale" und die Ignorierung der wirklichen Fehler ein. Nahezu bruchlos wenden sich die modernen Revisionisten mit Marx gegen "die durch F. Lassalle in der deutschen Arbeiterklasse verbreiteten Illusionen über den Charakter des Ausbeuterstaates" (S. 41), betonen die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats (S. 42) gegenüber dem Gothaer Programm, um dann zu dem verblüffenden Ergebnis zu kommen: "Das (die Vereinigung, d. Verf.) war ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der jahrelange Bruderkampf in ihren Reihen war beendet. An der Spitze der deutschen Arbeiterklasse stand jetzt eine einheitliche Partei, die dem Kampf gegen die junkerlich-bourgeoise Ausbeuterordnung und gegen den preußischen Militarismus Richtung und Ziel weisen konnte." (S. 44) War das die Aufgabe, die vor der Partei stand und wie sie von Marx in den Randglossen betont wurde? (41)

Die modernen Revisionisten versuchen, den Kampf gegen Junkertum und Militarismus, also spezifische Sauereien der bürgerlichen Gesellschaft, als den zentralen Angriff der Arbeiterklasse auf die Ausbeuterordnung und für die Abschaffung der Ausbeutung überhaupt zu verkaufen. Die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse ist nach ihrer Ansicht die Einheit im Kampf um demokratische Reformen. Die Aufgabe des deutschen Proletariats war es jedoch, den Entscheidungskampf zwischen ihm und der Kapitalistenklasse vorzubereiten und zu organisieren. Und dabei zeigt die Geschichte der Sozialdemokratie, wohin man kommt, wenn man 'hohe Menschheitsideale' an die Stelle der wissenschaftlichen Analyse der Revolution und der Diktatur des Proletariats als Permanenzerklärung der Revolution setzt. Diesen doktrinären, nur in der Phrase bestehenden Sozialismus, hat Marx bereits 1850 in seiner bedeutenden Schrift 'Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850' (42) entschieden bekämpft. In diesem Sinn haben Marx und Engels gerade die Illusionen über den Charakter des deutschen Staates und die Aufgaben der Sozialdemokratie in den auf Gotha notwendig folgenden Auseinandersetzungen auszumerzen versucht.

Als am 19. Oktober 1878 das sogenannte Sozialistengesetz vom Deutschen Reichstag verabschiedet wurde, das unter anderem ein Verbot aller sozialistischen Vereine, Druckschriften und Versammlungen enthielt, brachen die mit dem Gothaer Kompromiß nur zugeschütteten Gegensätze in aller Schärfe auf.

Sie spitzten sich in der Frage zu, ob das neue Zentralorgan, das in der Schweiz gedruckt und illegal verbreitet werden sollte, politisch den Bedingungen des reaktionären Gesetzes entsprechend eingeengt wird. Marx und Engels griffen mit einem Zirkularbrief an die revolutionären Parteiführer A. Bebel, W. Liebknecht und W. Bracke in die Diskussion ein. Ihr Schlag galt den "Repräsentanten des Kleinbürgertums, die sich anmelden, voll Angst, das Proletariat, durch seine revolutionäre Lage gedrängt, möge 'zu weit gehn' " (43). Das Programm der Opportunisten, das zeigt, wie wenig sich an ihren kleinbürgerlichen Ängsten bis heute geändert hat, stammte von K. Höchberg, K.A. Schramm und dem jungen E. Bernstein und argumentierte entschieden gegen die Erfahrungen der Pariser Kommune, auf die sich ja gerade Marx stützte. Die Parteinahme für die Kommune habe den Nachteil – sagte das "Dreigestirn" –, "daß uns sonst zugeneigte Leute zurückgestoßen und überhaupt der **Haß der Bourgeoisie** gegen uns vergrößert wurde". Ferner sei die Partei "nicht ganz ohne Schuld an dem Zustandekommen des Oktobergesetzes, denn sie hat den **Haß der Bourgeoisie** in unnötiger Weise vermehrt". Das müsse ihrer Meinung nach jetzt anders werden. "Die Partei zeigt gerade jetzt unter dem Druck des Sozialistengesetzes, daß sie **nicht gewillt ist,** den Weg der gewaltsamen, blutigen Revolution zu gehn, sondern entschlossen ist . . ., den Weg der Gesetzlichkeit, d. h. der **Reform** zu beschreiten." (a.a.O.)

Anstatt auf die Gemütsbewegungen der Bourgeoisie zu starren und aus ihnen die Taktik der Sozialdemokratie abzuleiten, waren Marx und Engels bemüht, das Bewußtsein von der selbständigen historischen Aufgabe des Proletariats zu erhöhen. Während die Opportunisten damals wie heute mit der Argumentation "links schaukelt rechts hoch" versuchten, die revolutionäre Spitze der Arbeiterbewegung zu brechen, fragten Marx und Engels: "Was aber ist das Geheimnis des roten Gespenstes, wenn nicht die Angst der Bourgeoisie vor dem unausbleiblichen Kampf auf Leben und Tod zwischen ihr und dem Proletariat? Die Angst vor der unabwendbaren Entscheidung des modernen Klassenkampfs? " (S.162) Sowie das "Dreigestirn" den Weg und schließlichen Sieg des Proletariats im modernen Klassenkampf mittels der Errichtung der proletarischen Diktatur nicht zum Grundpfeiler macht, bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Weg in den opportunistischen Sumpf, als den Weg der Bourgeoisie zu gehen. Gegenüber diesem Opportunismus, der die Arbeiterbewegung an die Ängste der Bourgeoisie und schließlich an die Bedingungen des bürgerlichen Staates kettet, vertraten Marx und Engels einen unversöhnlichen Standpunkt:
"Was uns betrifft, so steht uns nach unserer Vergangenheit nur ein Weg offen. Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehn, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen. Wir haben bei Gründung der Internationalen ausdrücklich den Schlachtruf formuliert: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Wir können also nicht zusammengehn

(39) Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel III, Berlin 1966, Seite 447
(40) Ebenda, Seite 45
(41) Vgl. nochmals Kritik des Gothaer Programms. Marx/Engels Werke Band 19, Seite 17
(42) Marx/Engels Werke Band 7, vor allem Seite 89
(43) Marx/Engels Werke Band 19, Seite 163

mit Leuten, die es offen aussprechen, daß die Arbeiter zu ungebildet sind, sich selbst zu befrein, und erst von oben herab befreit werden müssen, durch philanthropische Groß- und Kleinbürger." (44)

Die Erfahrungen des Kampfes unter dem Sozialistengesetz drängten zu einer gründlichen Überarbeitung des Gothaer Programms, die dann 1887 auf dem Parteikongreß in St. Gallen beschlossen wurde. Die nachfolgende Programmdiskussion zeigte, wie groß allerdings die Unklarheiten über die Bedingungen und das Ziel des Klassenkampfes bis in die Parteispitze hinein waren. So gab W. Liebknecht etwa dem "Unverstand der Massen" die Schuld daran, daß die Volksvertretung nichts tauge (Parteitag Halle 1890).
Deutlicher noch benannte der SPD-Abgeordnete Grillenberger im Reichstag Februar 1891, wo sich die Geister scheiden, als er sagte, "daß von einer revolutionären Diktatur des Proletariats bei uns nie die Rede gewesen ist."

Diese Auffassungen schlugen sich in dem Programmentwurf nieder und gaben Engels Veranlassung "auf den friedfertigen Opportunismus . . . und das frisch-fromm-fröhlich-freie 'Hineinwachsen' der alten Sauerei 'in die sozialistische Gesellschaft' loszuhauen". Diese Auffassungen resultierten offenkundig aus der fehlenden gründlichen Kritik des Gothaer Programms entlang den Marxschen Randglossen. Daher setzte Engels zunächst deren Veröffentlichung durch, was dann auch den entsprechenden "Krakeel" der Opportunisten hervorrief.

Er selbst schrieb eine ausführliche Kritik des Entwurfes, die zu einer zweiten, im wesentlichen von Kautsky und Bernstein verfaßten Vorlage führte. Engels wandte sich gegen die "Selbsttäuschung", die bürgerliche Gesellschaft "auf gesetzlichem Weg in die kommunistische Gesellschaft überführen" zu wollen. (45) Er schlägt vor, "das Programm so kurz und so präzis wie möglich" (S. 227) zu machen, zunächst das Ziel zu benennen und dann die Forderungen, "welche sie diesem Ziel näherführen" (S. 233). Vor allem die politischen Forderungen müssen nach Engels auf die Form des Staates abzielen, in der der Klassenkampf ausgefochten wird: "Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Dies ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats." (S. 235)
Obwohl der Erfurter Parteitag Oktober 1891 ein Programm annahm, das den Anforderungen des Klassenkampfes Rechnung trug, fehlte in ihm die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Dies trug wesentlich dazu bei, daß sich in der Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Staat die Hoffnung auf die Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit und die Entschärfung der ökonomischen Ausbeutung wie der politischen Unterdrückung breitmachte.

Geradezu genüßlich greift die SPD-Geschichtsschreibung diese Hoffnungen auf. So zitiert H. Potthoff (46) den Opportunisten P. Kampffmeyer: "Wunderbarerweise geht der heute vorhandene Zwiespalt zwischen Radikalen und den Possibilisten mitten durch das Erfurter Programm, und er verläuft – fast mit Händen greifbar – durch die Seele unserer begabtesten Parteiführer. Auf der einen Seite überhäufen sie die bürgerliche Gesellschaft mit Bannflüchen, auf der anderen bessern sie mit glühender Tatkraft an dieser Gesellschaft herum." (46a)
Wie Potthoff löst sein Lehrmeister Eichler den Zwiespalt derart, daß die revolutionäre Theorie lediglich ein Ergebnis der besonders harten Unterdrückung unter dem Sozialistengesetz war und sich nach dem Fall des Gesetzes mehr und mehr als Hirngespinst erwies. Sinnigerweise zieht er Engels als Kronzeugen heran, der "in den Sozialismus hineinwachsen" wollte. (47) Wobei er sich auf oben angeführtes Zitat bezieht! Die tatsächliche Aufgabe der Sozialdemokratie habe darin bestanden, durch Kompromisse mit bürgerlichen Parteien reformerisch auf die Gesetzgebung einzuwirken und natürlich und unvermeidlich die Erkämpfung des "Mitbestimmungsrechts der Arbeiter bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen" (Potthoff). Der Versuch, den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse von seiner Tradition her an die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft zu ketten, mündet dann folgerichtig in die Lobpreisung des jetzigen sozialdemokratischen Reformschwindels. Wichtig ist aber, daß die heute durch und durch bürgerliche SPD ihre historische Rolle tatsächlich auf eine bürgerliche Strömung in der Arbeiterbewegung stützen kann. Und diese Strömung selbst lebte davon, daß die politische Praxis nicht beständig und konsequent im Kampf zweier Linien auf den sozialen Zweck, den Angriff auf das Privateigentum, ausgerichtet wurde. So konnten sich die Opportunisten schließlich auf eine politische Praxis zurückziehen, die nicht mehr angreifbar war: "Es werden aber in der 'Neuen Zeit' immer und immer wieder eine Anzahl von Parteigenossen angegriffen, die einen Standpunkt vertreten, der in der Sozialdemokratie insofern ein anerkannter ist, als diese Parteigenossen seit Jahrzehnten, viele seit einem Menschenalter, in der Partei wirken, als sie Vertrauensposten innerhalb der Partei ausfüllen." (48)

Diese Strömung fand ihre theoretische Plattform in dem Revisionismus E. Bernsteins. In einer Erklärung an den Parteitag 1898 in Stuttgart betont Bernstein seine "Gleichgültigkeit oder, vielleicht besser ausgedrückt, Unbesorgtheit über das Wie der schließlichen Gestaltung der Dinge". Diese ausdrückliche Leugnung der notwendigen Diktatur des Proletariats führt Bernstein notwendig dazu, nicht mehr die Befreiung der Arbeiterklasse zu propagieren, sondern die Durchsetzung des bürgerlichen Standpunktes in der Arbeiterklasse: "Kein Mensch denkt daran, der bürgerlichen Gesellschaft als einem zivilistisch geordneten Gemeinwesen an den Leib zu wollen. Im Gegenteil. Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erhe-

(44) Zirkularbrief. Marx/Engels Werke Band 19, Seite 165
(45) F. Engels, Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. Marx/Engels Werke Band 22, Seite 236. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf denselben Band.
(46) Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945. Bonn/Bad-Godesberg 1974, Seite 52
(46 a) P. Kampffmeyer, Schrittweise Sozialisierung oder gewaltsame Sprengung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In: Sozialistische Monatshefte, Nr. 10/1899, Seite 466
(47) Eichler, a.a.O., Seite 30
(48) E. Bernstein auf dem Parteitag 1902 in München.

ben und so das Bürgertum oder Bürgersein zu **verallgemeinern.**" (49)

In diesen Ausführungen zeigt sich der bürgerliche Grund, der auf dem Weg in den opportunistischen Sumpf schließlich erreicht wird. Der bürgerliche Staat und die Hoffnung auf seine Güte ist der Grund und Boden des Opportunismus. Dieser Revision des Marxismus wurde in der Sozialdemokratie zwar energisch vor allem von Bebel und R. Luxemburg widersprochen, aber diese Kritik fußte einerseits selbst nicht konsequent auf der Lehre von der proletarischen Diktatur und ihrem Zweck und war andererseits immer mehr darauf bedacht, die bisher erreichte äußerliche Stärke der Sozialdemokratie zu bewahren.
So griff der Opportunismus um sich und setzte an die Stelle der gewaltsamen Machtergreifung durch die Massen der Arbeiter und ihrer Verbündeten das erlauchte Gremium oder wie R. Luxemburg sagte den "Hühnerstall" des Parlaments. C. Schmidt, ein führender Opportunist, faßte das Ergebnis zusammen: "Endlich hat sich gezeigt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat schwerlich die Form einer Diktatur annehmen kann. Die Eroberung der politischen Macht fällt hier, normale Weiterentwicklung vorausgesetzt, mit der Eroberung der parlamentarischen Majorität, die bestimmenden Einfluß auf die Verwaltung hat, zusammen." (50) Dieses Ergebnis war das Leitmotiv für die revisionistische Entartung und den schließlichen Verrat der II. Internationale.

So stand die II. Internationale den Versuchen der bürgerlichen Regierungen, die Massen der Werktätigen durch nationalistische Propaganda an ihre imperialistischen Ziele zu ketten, hilflos gegenüber und zog unter der "heuchlerischen Phrase der Vaterlandsverteidigung" (Lenin) in den imperialistischen I. Weltkrieg.

Auf diese Tradition des Verrats blickt die heutige SPD voller Stolz zurück. Nach dem II. Weltkrieg glaubte sie, unter dem Schutz der westlichen Siegermächte den letzten Schwertstreich gegen die selbständige Arbeiterbewegung führen zu können. "Die Kommunisten sind unsere Feinde", so faßte K. Schumacher das Programm der SPD zusammen. Und Carlo Schmid konnte 1964 die Niederlage der revolutionären Arbeiterbewegung konstatieren: "Eduard Bernstein hat auf der ganzen Linie gesiegt" (und das auf einer "Festrede zum 100jährigen Bestehen der Sozialistischen Internationale" am 5.11.1964 in Brüssel). Seitdem stellen sich die Fronten klar. Die junge kommunistische Bewegung in Westdeutschland entwickelt sich gegen den Versuch der SPD, die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen und ihr dies noch als traditionelle und genuine Interessenvertretung zu verkaufen.

Sehr viel schwieriger ist die revisionistische Entartung der Sozialdemokratie für die modernen Revisionisten, denn sie können nicht einfach den Sieg Bernsteins feiern, sondern müssen den historischen Rückschritt von der Oktoberrevolution zur Restauration des Kapitalismus legitimieren. Man muß verstehen, daß dies nicht so einfach ist, um die abenteuerlichen Wege der revisionistischen Geschichtsschreibung voll zu würdigen. Denn zunächst gilt es, die historische Entwicklung bis zur Oktoberrevolution und der Errichtung der Volksdemokratien zu erklären; und gleichzeitig muß diese Entwicklung folgerichtig in der Restauration des Kapitalismus enden. Das geht so: Die Entwicklung bis hin zum Erfurter Programm ist die Geschichte der Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. (51) Dann wird derselbe Marxismus auf den Kopf gestellt. So behauptet Bartel, daß Marx und Engels in der Kritik des Gothaer Programms und in der Folgezeit den nächsten Schritt als "bürgerlich-demokratische Revolution" und in der "Errichtung der bürgerlich-demokratischen Republik" angegeben hätten. (52) Diese unverfrorene Verfälschung erlaubt dann folgenden entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus: "Forderten die marxistischen Arbeiterführer wie Bebel, Liebknecht, Singer und andere die Demokratie um des Sozialismus willen, so beschränkten die opportunistischen Kräfte den Kampf allein auf die Demokratie." (53) Die Demokratie wird als selbständige historische Etappe des "Klassenkampfs gegen den junkerlich-bourgeoisen Militärstaat" (54) eingeführt, und der Sozialismus wird als Phrase hinten angehängt. Die historische Aufarbeitung des Kampfs zweier Linien in der deutschen Sozialdemokratie treibt denn auch seltsame Blüten: Anstelle der revolutionären Theorie und des Klassenbewußtseins wird die "Klassenpsyche der Arbeiterklasse" untersucht, die zu allem Überfluß auch noch "nicht mit ihrer sozialklassenmäßigen und politischen identisch, sondern wesentlich komplizierter als diese ist". (55)

Dreh- und Angelpunkt der revisionistischen Geschichtsschreibung ist die widersprüchliche Analyse des Imperialismus, mit der man sich um die notwendige proletarische Diktatur zum Zweck des zweifachen radikalsten Brechens mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen und Ideen herumdrücken will. So schreiben sie zunächst, daß der Imperialismus der Vorabend der proletarischen Revolution ist (56). Dann folgen lange Erörterungen über das spezifische Gepräge des deutschen Imperialismus, um bei folgender Definition anzukommen: "Eine winzige Gruppe von Monopolherren und Militaristen setzte die nationale Existenz des deutschen Volkes bedenkenlos aufs Spiel. Ihre verbrecherische Kriegs- und Eroberungspolitik geriet in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum Streben der übergroßen Mehrheit der Nation nach Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt, Freiheit und Demokratie, Menschlichkeit und Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand . . . Mit dem Übergang zum Imperialismus wurde die Abwehr der Versuche der mächtigsten Monopolkapitalisten, sich auf Kosten der ganzen Gesellschaft zu bereichern, ebenso wie die Sicherung des Friedens und die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten

(49) E. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 1899
(50) C. Schmidt, Endziel und Bewegung. In: "Vorwärts" vom 20. Februar 1898
(51) Horst Bartel, Die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. In: Zeitschrift für Geschichte Nr. 8/1966
(52) Ebenda, Seite 1360
Vgl. dazu unseren Artikel in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/1974
(53) Bartel, a.a.O., Seite 1361
(54) Ebenda, Seite 1365
(55) D. Fricke, Zum dialektischen Wechselverhältnis von Partei und Klasse. In: Zeitschrift für Geschichte, Nr. 5/1973, Seite 527
(56) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel IV, Berlin 1967, Seite 13

zu einem der brennendsten Probleme der Werktätigen. Das wachsende objektive Interesse immer größerer Teile der Nation an der Beseitigung der Allmacht der Monopole ergab die objektive Grundlage für die Vereinigung aller dieser zum Teil sehr unterschiedlichen Volksschichten zu einer umfassenden antiimperialistischen Bewegung unter der Führung der Arbeiterklasse, des konsequentesten Kämpfers für Frieden und Demokratie." (57)

Die proletarische Revolution ist damit endgültig zur 'Beseitigung der Allmacht der Monopole' heruntergebracht und ihr Ziel bleibt abstrakte Phrase.
Ideologischer Kern dieser Phrase ist der kleinbürgerliche Wunsch, die Entwicklung des Kapitalismus von ihren historisch notwendigen Zuspitzungen zu befreien. Die wissenschaftliche marxistische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und des ihr innewohnenden Klassengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat ist damit längst über Bord geworfen.
Mit dieser wahrhaft schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus geraten die modernen Revisionisten jedoch in einen immer unüberbrückbareren Gegensatz zu den Lehren Lenins, der die Erfahrungen der imperialistischen Entwicklung in eine geradezu entgegengesetzte Richtung analysierte.

Lenins Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Marx'schen Lehre vom Staat

Lenin konnte nicht an die Tradition der internationalen Arbeiterbewegung, so wie sie von der II. Internationale repräsentiert wurde, anknüpfen, sondern mußte im Gegenteil radikal mit ihr brechen und zurückgehen auf die grundlegenden Ausführungen von Marx und Engels. Das wesentliche Ergebnis seiner Untersuchung faßte Lenin in der Broschüre 'Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution' Ende 1917 zusammen.
Diese Broschüre fußt auf den Erfahrungen der Pariser Kommune, wie sie von Marx und Engels festgehalten wurden, und wendet sie konsequent für die russische Revolution an. Entgegen den Opportunisten der II. Internationale und besonders der deutschen Sozialdemokratie stellt Lenin den Springpunkt des Marxismus heraus:

"Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfs auf die Anerkennung der **Diktatur des Proletariats erstreckt.**" (58) Die Hauptaufgabe des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat besteht darin, die "bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen" (Lenin zitiert Marx' Brief an Kugelmann vom 12.4.1875) und die Diktatur des Proletariats für die ganze Periode, die den Kapitalismus von der klassenlosen Gesellschaft, dem Kommunismus, trennt, zu errichten. Der Staat selbst ist nur das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze (Engels) und muß vom Proletariat genutzt werden, um die soziale Revolution, die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse, durchzusetzen. Wodurch aber soll die zerschlagene Staatsmaschinerie ersetzt werden, fragt Lenin. An die Stelle der Herrschaft einer verschwindend kleinen Minderheit in der kapitalistischen Gesellschaft tritt die "mit denkbar größter Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie" (S.432). Die Demokratie ist allerdings nur die Form des proletarischen Staates und die demokratischen Maßnahmen sind nur Mittel: "Diese Maßnahmen betreffen die staatliche, rein politische Umgestaltung der Gesellschaft, aber sie bekommen vollen Sinn und Bedeutung selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung oder Vorbereitung begriffenen 'Expropriation der Expropriateure', d. h. mit dem Übergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum." (S. 434) Die Form der Demokratie bedeutet, daß die Maßnahmen keineswegs "das Bürgertum oder Bürgersein verallgemeinern", wie dies Bernstein anstrebte, sondern im Gegenteil die Unterdrückung der Ausbeuter durch die Mehrheit des Volkes ermöglichen.
"Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben." (S. 477) (59)

Lenin bringt mit dieser Argumentation nicht nur die Marx'sche Lehre vom Staat wieder zur Geltung, sondern entwickelt vor allem das Verständnis von den politischen Aufgaben des Proletariats entscheidend weiter. Dabei betont er in der Kritik der opportunistischen Entwicklung der Parteien der II. Internationale die Bedeutung der kommunistischen Partei, die nur einheitlich, auf klarer programmatischer Grundlage und im entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus die Führung im Klassenkampf auch in der Diktatur des Proletariats übernehmen kann.
Die Wiederherstellung der Klarheit über das Verhältnis von Staat und Revolution war eine entscheidende Voraussetzung für den Sieg der Oktoberrevolution in Rußland. (60)

Seit mehreren Jahren läuft in den revisionistischen Parteien eine Kampagne mit dem Ziel, diese Klarheit Lenins auszumerzen und die Restauration des Kapitalismus zu legitimieren. Dabei ist einerseits zu beobachten, wie die Auseinandersetzung mit den Werken Lenins selbst in den Hintergrund geschoben wird, und wie andererseits eine neue Theorie des Imperialismus und des "Sozialismus" installiert wird. "Es besteht bei den Marxisten kein Zweifel darüber, daß der Imperialismus heute bei weitem nicht der gleiche ist wie am Anfang des 20. Jahrhunderts." (61) Natürlich sei da noch die Allmacht der Monopole etc., "aber die Weltsituation ist eine ganz andere geworden." Das konnte Lenin natürlich nicht voraussehen, weshalb er der Forschungsgruppe auch nur als Art Souffleur bei schwachsinnigen Monologen dient. Was hat sich denn nun geändert?

(57) Ebenda, Seite 28 f.
(58) Staat und Revolution. Lenin Werke Band 25, Seite 424. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich darauf.
(59) Vgl. auch: Joscha Schmierer, Der Zweck der Diktatur des Proletariats ist die soziale Befreiung der Arbeiterklasse. In: Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4/1974, Seite 276 f.
(60) Es ist uns an dieser Stelle nicht möglich, die Analyse Lenins weiter zu entwickeln (vgl. die angegebenen Artikel aus Kommunismus und Klassenkampf und die ausführliche Diskussion in der Peking Rundschau). Ebenso fehlen die wesentlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus, die wir in diesem Punkt nicht in der Lage sind aufzuarbeiten.
(61) Internationale Forschungsgruppe über die gegenwärtige Bedeutung der grundlegenden Werke W. I. Lenins, Der Leninismus – Die Wissenschaft der Revolution. Prag 1974, Seite 136. Darauf beziehen sich auch die folgenden Seitenangaben.

"Die Forschungsgruppe stellte fest, daß der Imperialismus einerseits den militärisch-bürokratischen Apparat verstärkt, und das kompliziert die Aufgaben des Befreiungskampfes, besonders in den Ländern mit reaktionären autoritären Regimes. Andererseits gehen im gesellschaftlichen Leben einer Reihe kapitalistischer Länder Wandlungen vor sich, die Möglichkeiten schaffen, einzelne Glieder des bürgerlichen Staates noch vor der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse zu einem Schauplatz des Klassenkampfes werden zu lassen. Im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution und unter dem Druck des breiter werdenden Kampfes der demokratischen Kräfte ist der heutige bürgerliche Staat gezwungen, aktiver in die Prozesse des sozialen und Wirtschaftslebens einzugreifen und 'sozial-besänftigende' Maßnahmen durchzuführen." (S. 165) So wächst der Staatsapparat an, es kommen auch 'niedere' Gesellschaftsschichten hinein, die werden zu "Linkskräften" und "festigen ihre Positionen in den Vertretungsorganen, unter anderem den örtlichen Selbstverwaltungsorganen, und nehmen beträchtlichen Einfluß auf ihre Politik". (ebd.) Jetzt begibt sich unsere Forschungsgruppe auf die Suche nach dem Proletariat und dessen historischer Aufgabe. Und siehe da: "In der Vorhut des Kampfes für Demokratie ist in den kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse zu finden, die auf die Politik des Staates Einfluß zu nehmen sucht. (!) Sie erhebt Forderungen nach Demokratisierung des gesellschaftlich-politischen Lebens, nach Verwirklichung struktureller Reformen usw." (ebd.). Hat die internationale Forschungsgruppe über die Bedeutung der grundlegenden Werke W. I. Lenins sich vielleicht geirrt und statt der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern den Turnvater Jahn, die bürgerlichen Liberalisten des 19. Jahrhunderts und so weiter gesucht und gefunden? Im Gegenteil, sie forscht noch tiefer: "Der Kampf um die Demokratie bildet in unserer Zeit die Plattform für den Zusammenschluß der unter dem Joch der Monopole leidenden breiten Bevölkerungsschichten. Die Kommunisten sehen in ihm nicht nur ein Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus, sondern unter bestimmten Bedingungen auch ein Mittel für das Proletariat, auf nichtbewaffnetem Weg die Macht zu erobern. Darauf zielen die programmatischen Dokumente und die praktische Tätigkeit der kommunistischen Parteien einer Reihe entwickelter kapitalistischer Länder ab." (S. 165/166) Das ist das ekelerregende Programm des offenen Anbiederns an die kapitalistische Gesellschaftsordnung unter dem Namen des Kommunismus, wie es ja in Frankreich, Italien und Portugal geschieht. Die DKP muß sich noch mehr von jeglichem revolutionären Ballast befreien, um als konsequenteste Vertreterin der freiheitlich-demokratischen Grundordnung anerkannt zu werden.

Ihr Vertreter R. Kumpf unterstreicht die Bedeutung der Leninschen Theorie "für die Festlegung der konkreten Aufgaben der Arbeiterbewegung in der BRD" folgendermaßen: "Wir lehnen die Richtlinien der 'Ultralinken', welche nach Abenteurerart den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus fordern, kategorisch ab. In Wirklichkeit schließt der revolutionäre Prozeß, wie das aus der durch den gesamten Ablauf der weltweiten Entwicklung bestätigten Lehre W.I. Lenins hervorgeht, gesetzmäßig (!) die Etappe des allgemeindemokratischen Kampfes ein, und das wird in unserem Programm, welches die Schaffung eines aktiven politischen Bündnisses der demokratischen Kräfte auf antimonopolistischer Grundlage zum Ziel hat, berücksichtigt." (S. 154)

Was er also kategorisch ablehnt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Quintessenz des Marxismus-Leninismus, nämlich die gewaltsame politische Machtergreifung durch das Proletariat und die gewaltsame Unterdrückung der Kapitalistenklasse zur Erfüllung der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse. Stattdessen propagiert Kumpf konsequent die gesetzmäßige Bindung der Arbeiterklasse an die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates. Noch mehr, er verfährt wie weiland der bürgerliche Liberalismus und kleinbürgerliche Sozialismus, "der im Grunde nur die jetzige Gesellschaft idealisiert, ein schattenloses Bild von ihr aufnimmt und sein Ideal gegen ihre Wirklichkeit durchsetzen will . . ." (Marx), er will der bürgerlichen Gesellschaft deren demokratische Idealform aufpfropfen. Wofür Marx allerdings 1850 noch ein gewisses Verständnis aufbringen konnte, ist heute der Versuch, über hundert Jahre Erfahrungen der Arbeiterbewegung auszulöschen. Damals sagte Marx: "So werden sie die Eklektiker oder Adepten . . . des **doktrinären Sozialismus**, der nur so lange der theoretische Ausdruck des Proletariats war, als es noch nicht zur freien geschichtlichen Selbstbewegung sich fortentwickelt hat." (62) In der Ära der sozialen Revolution sind sie die Adepten des Verrats und der Aussöhnung mit der Diktatur der Bourgeoisie.

Es ist unmöglich, den ganzen gewissenlosen Schwachsinn der 'Forschungsgruppe für die Ausmerzung des Marxismus-Leninismus' hier zu widerlegen. Da ist von "negativen Aspekten des bürgerlichen Parlamentarismus" die Rede, von "alten Staatsformen", die "einen neuen Klasseninhalt" erhalten, von einem "sozialistischen Mehrparteiensystem", das "einen anderen Klasseninhalt zum Ausdruck (bringt) als das bürgerliche" und von der "Mannigfaltigkeit der konkreten Formen der politischen Macht im Sozialismus". Entscheidend ist aber noch die Legitimierung der Restauration des Kapitalismus. Die proletarische Diktatur erscheint jetzt nicht mehr als notwendige Staatsform für die gesamte revolutionäre Übergangsperiode zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft, sondern – natürlich unvermeidlich und gesetzmäßig – : "In der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus (!), sagte D. Kerimow, nimmt der sozialistische Staat unvermeidlich den Charakter der Diktatur des Proletariats an." (S. 173) Aber nur, um den Charakter wiederum "als gesetzmäßige Folge der Entwicklung der Diktatur des Proletariats" (S. 176) sogleich abzustreifen: "Mit der Errichtung des entwickelten Sozialismus wächst er in den Staat des gesamten Volkes hinüber . . ." (ebd.)

Warum diese Metamorphose von 'sozialistischem Staat', 'Diktatur des Proletariats', 'entwickeltem Sozialismus' und 'Staat des ganzen Volkes'? Nun, das Problem besteht darin, daß der Staat in unvermeidlicher Gesetzmäßigkeit aufgrund der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien nicht daran denkt, abzusterben. Im Gegenteil, der Staatsapparat dehnt sich weiter aus und wird immer gefräßiger. Diese Wohltat muß als

(62) Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850. Marx/Engels Werke Band 7, Seite 89

'entwickelter Sozialismus' verkauft werden, die im Interesse des gesamten Volkes liegt. Und das ist der Klasseninhalt des 'Staates des ganzen Volkes': "Bis sich die für das Absterben des Staates notwendigen Bedingungen ergeben haben (!), wird er sich festigen, erstarken, zu einer immer vollkommeneren Organisation der Leitung werden, setzte T. Wrebiak diesen Gedankengang fort. Und das ist auch natürlich: Muß doch der Staat die dynamische Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Kultur, die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus **stimulieren.**" (S.181, hervorgehoben durch uns) Bis zum Sankt Nimmerleinstag soll an der Stelle des Einzelkapitalisten der Staat als Antreiber und Ausplünderer akzeptiert werden. Und dies natürlich und gesetzmäßig im Interesse des gesamten Volkes und der Errichtung der kommunistischen Gesellschaft.

Die Notwendigkeit des Festhaltens an der Diktatur des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus

Mit der Usurpierung der Sowjetmacht durch die Chruschtschow-Clique trat der Weg der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR offen zutage. Dem Prozeß der erneuten Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und der Rückkehr zur Ausbeutung des russischen Proletariats durch die neue Bourgeoisie entsprach politisch die Abschaffung der Diktatur des Proletariats und die Errichtung eines bürgerlichen Gewaltregimes der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes. Seinen sinnfälligen ideologischen Ausdruck fand dieser reaktionäre Umwandlungsprozeß in dem, was die Chruschtschow-Renegaten als 'schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus' ausgaben, was sich aber in Wirklichkeit sehr schnell als Revisionismus und Verrat an der revolutinären Theorie des Marxismus-Leninismus entpuppte. Als Herzstück dieser revisionistischen Entartung fungierte dabei die Losung eines sogenannten 'Staates des ganzen Volkes', den die Sowjet-Renegaten als die spezifische politische Form ihres sogenannten 'allseitigen Aufbaus des Kommunismus' deklarierten.

In ihrer 'Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung', mit der die chinesischen Kommunisten versuchten, die KPdSU auf ihrem Weg in den revisionistischen Sumpf aufzuhalten und zur Umkehr zu bewegen, hat die Kommunistische Partei Chinas gerade die Staatsfrage als einen ihrer wesentlichsten Kritikpunkte hervorgehoben. Gestützt auf die Theorie der Diktatur des Proletariats, wie sie von Marx erstmals in seinen 'Randglossen' und dann von Lenin in 'Staat und Revolution' entwickelt worden war, wies sie nach, daß es falsch und den Prinzipien des Marxismus-Leninismus widersprechend ist, "den Klassenkampf in der Periode der proletarischen Diktatur und die Notwendigkeit der gründlichen Durchführung der sozialistischen Revolution auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet zu verneinen." (63)

Sie unterstrich in völliger Übereinstimmung mit den Grundideen des Marxismus-Leninismus, "daß die Zeitspanne vor der höheren Stufe der Kommunistischen Gesellschaft dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus angehört, daß sie die Periode der proletarischen Diktatur ist. In dieser Übergangsperiode macht die proletarische Diktatur, das heißt der proletarische Staat, einen dialektischen Prozeß der Errichtung, Festigung, des Starkwerdens und des allmählichen Absterbens durch." (64)

Von dieser Bestimmung ausgehend entlarvten die chinesischen Kommunisten die abgrundtiefe Falschheit und Gefährlichkeit des revisionistischen Hirngespinstes eines sogenannten 'Staates des ganzen Volkes' und packten das Problem materialistisch an: "Für Marxisten-Leninisten gibt es keinen klassenlosen oder über den Klassen stehenden Staat. Der Staat, solange er Staat bleibt, muß Klassencharakter tragen. Solange er als Staat besteht, kann er kein 'Staat des ganzen Volkes' sein." (65) Und auf die Behauptung der Sowjet-Revisionisten, daß es bei ihnen bereits eine klassenlose Gesellschaft gäbe, antworteten sie klar und bestimmt: **"Nein, in allen sozialistischen Staaten ohne Ausnahme gibt es noch Klassen und Klassenkampf.** Da es in diesen Staaten noch Reste der alten Ausbeuterklasse gibt, die ihr Regime wiederherzustellen versuchen, da dort noch ständig neue bürgerliche Elemente entstehen und da es dort noch immer Schmarotzer, Spekulanten, Faulenzer, Gangster, Staatsplünderer und dergleichen gibt, wie kann man da sagen, daß die Klassen und der Klassenkampf verschwunden sind und die Diktatur des Proletariats bereits nicht mehr nötig ist? . . . Wenn man den sozialistischen Staat als 'Staat des ganzen Volkes' bezeichnet, bedeutet das nicht, einen Staat anderen Charakters anstelle des Staates der Diktatur des Proletariats zu setzen? " (66)

In der Tat hatten die Leugnung der Existenz antagonistischer Klassen in der Sowjetunion, die Leugnung des daraus resultierenden Klassenkampfes und die Leugnung der Notwendigkeit des Festhaltens an der Diktatur des Proletariats keine andere Funktion, als ideologisch zu rechtfertigen und zu vernebeln, daß in der Sowjetunion die proletarische Diktatur beseitigt und dafür eine Diktatur der privilegierten Schicht der sowjetischen Bourgeoisie errichtet worden war. "Die revisionistische Chruschtschow-Clique" – so erkannten die chinesischen Genossen schon vor zehn Jahren – "weiß, wie ungeheuer wichtig es ist, die Staatsmacht in Händen zu haben. Sie benötigt den Staatsapparat, um die Werktätigen und die Marxisten-Leninisten der Sowjetunion niederzuhalten. Sie benötigt ihn, um einer Restaurierung des Kapitalismus in der Sowjetunion den Weg zu bahnen. Das eben ist das wahre Ziel, um dessentwillen Chruschtschow das Banner des 'Staates des ganzen Volkes' . . . erhoben hat." (67)

Wir wissen heute, daß sich diese Einschätzung zum unermeßlichen Schaden der kommunistischen Weltbewegung bestätigt hat. Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion hat diesen ersten sozialistischen Staat der Welt in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt, deren Politik nach innen Ausbeutung und brutale Unterdrückung und nach außen Hegemoniestreben und Ausplünderung der Völker ist. Der ökonomischen und politischen Gleichschaltung der von ihr beeinflußten und ge-

(63) Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Nachdruck Westberlin, Seite 38
(64) Ebenda, Seite 39
(65) Ebenda, Seite 40
(66) Ebenda, Seite 41/42
(67) Ebenda, Seite 505

lenkten sogenannten sozialistischen Staaten entspricht die Indoktrination der sogenannten Bruderparteien dieser Staaten mit dem Gift ihrer revisionistischen Ideologie. Die DDR, heute so wenig ein sozialistischer Staat wie die Sowjetunion, hat sich dabei zum ergebensten Steigbügelhalter der Sozialimperialisten gemausert. Ihre 'unverbrüchliche Gemeinschaft mit der Sowjetunion' ist heute sogar verfassungsmäßig verbrieft. Wie ihre Politik, so dient auch ihre Ideologie der Bourgeoisie in der Sowjetunion und im eigenen Lande. In ihrem Bestreben, den Marxismus-Leninismus zu Grabe zu tragen, steht die SED heute ihrer großen sowjetischen Bruderpartei um nichts nach. Ein lehrreiches Beispiel hierfür liefert uns der Artikel, den ihr theoretisches Organ, die 'Einheit', kürzlich über 'Die Kritik des Gothaer Programms in ihrer Bedeutung für unsere Zeit' veröffentlichte.

Der Verfasser beginnt damit, daß er in der Frage der Bestimmung des Verhältnisses zum Staat und zur politischen Machteroberung eine Traditionslinie konstruiert, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung "von den 'Eisenachern' über die revolutionäre Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht, über den Kampf Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs zur KPD mit ihrem Thälmannschen Zentralkomitee und schließlich zur SED in der Gegenwart (führt)". (68)
Nun haben wir im ersten Teil dieses Artikels wie auch andere Genossen in vorausgegangenen Artikeln nachgewiesen, daß es eine lineare revolutionäre Traditionslinie gerade in dieser Frage in der deutschen Arbeiterbewegung nicht gibt, sondern vielmehr einen Kampf zweier Linien, der von den 'Eisenachern' ausging und in dem die proletarische revolutionäre Linie gegen die bürgerliche in all ihren Spielarten zu kämpfen hatte.
Warum also ganz im Stil der Reformisten, nur mit anderen Phrasen, sich auf etwas berufen, das so nicht existiert hat? Die Antwort: "Auf dem sicheren Boden des real existierenden Sozialismus (69) können wir einhundert Jahre nach der genialen Kritik des Gothaer Programms durch Marx und Engels feststellen, daß ihre grundlegenden Forderungen an die deutsche Arbeiterpartei in der Deutschen Demokratischen Republik erfüllt sind." (70) Diese "Erfüllung" bedeute vor allem, daß die "real existierende" sozialistische Gesellschaft in der DDR "schon nicht mehr in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich und geistig mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist, obwohl in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in den Produktivkräften (!), in Stadt und Land, in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen und ihrer Lebensweise noch deutliche **Spuren der Vergangenheit** (!) sichtbar sind." (71) Da der in der DDR – gestützt auf "die Erfahrungen der KPdSU bei der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse" – errichtete Sozialismus "aber auch noch längst nicht jene höhere Phase, die letztlich das Ziel der Bewegung ist" (ebd.), darstellt, fragt sich jeder verzweifelt, was für ein schizophrenes Gebilde wir hier vor uns haben. Die sozialistische Gesellschaft der DDR ist eine Fiktion, die aus den Köpfen der Bourgeoisdemagogen entspringt, während die "real existierende" Gesellschaft deutlich auf den Spuren der Vergangeheit zurück zum Kapitalismus wandelt. Darüber hilft auch kein Geschwätz über "das Verständnis der Dialektik, in der das Alte, die 'Muttermale' der vergangenen Gesellschaft, abgelöst und durch das Neue, die 'Keimformen' des Kommunismus, ersetzt werden." (ebd.)
Es spricht vielmehr dem Hohn, was Marx klar und einprägsam als **revolutionären** Sozialismus bestimmt hat: "Dieser Sozialismus ist die **Permanenzerklärung der Revolution,** die **Klassendiktatur** des Proletariats als notwendiger Durchgangspunkt zur **Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt,** zur Abschaffung sämtlicher gesellschaftlicher Beziehungen, die diesen Produktionsverhältnissen entsprechen, zur Umwälzung sämtlicher Ideen, die aus diesen gesellschaftlichen Beziehungen hervorgehen." (72)

Die modernen Revisionisten verstehen unter Sozialismus allerdings etwas völlig anderes, nämlich "stetes Wachstum der Produktivkräfte, die Erhöhung der Effektivität der sozialistischen Volkswirtschaft, das Tempo und die Intensivierung der sozialistischen ökonomischen Integration!" (73) Und schließlich im Hinblick auf diese "Wesensmerkmale" – die durch das Feigenblatt "sozialistisch" immer weniger bedeckt werden können – bestimmen sie die Hauptaufgabe ihres "sozialistischen Staates", den "schnell wachsenden Anforderungen an die Vervollkommnung der zentralen staatlichen Leitung und Planung" gerecht zu werden. (74) Denn: "Notwendig ist der Staat als Instrument der Arbeiterklasse nicht nur, um die gestürzte Ausbeuterklasse niederzuhalten und endgültig zu überwinden – **diese Funktion des sozialistischen Staates tritt nach dem Sieg des Sozialismus zurück** – , sondern auch wegen der **Gestaltung des entwickelten Sozialismus** unter den Bedingungen des Kampfes der einander entgegengesetzten gesellschaftlichen Systeme." (75)

Somit wird der Staat zu einem Instrument für Konkurrenzfähigkeit der herrschenden Klasse auf dem Weltmarkt, wobei der ursprüngliche Klasseninhalt "zurücktritt". Rücken wir die Dinge ins rechte Licht. "Diktatur des Proletariats" – sagt Lenin – "ist der Klassenkampf des Proletariats, das gesiegt und die politische Macht erobert hat, gegen die Bourgeoisie, die zwar besiegt, aber nicht vernichtet, nicht verschwunden, die nicht aufgehört hat, Widerstand zu leisten, gegen die Bourgeoisie, die ihren Widerstand verstärkt hat." Das ist der politische Primat der sozialen Revolution, wenn sie ihre Orientierung auf das schließliche Ziel der revolutionären Arbeiterklasse, die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, nicht aufgeben will. Die Vernachlässigung dieses politischen Inhalts des

(68) Einheit Nr. 4–5/1975, Seite 475
(69) Die Phrase vom "real existierenden Sozialismus", die in der laufenden Kampagne häufig benutzt wird und der oben beschriebenen Metamorphose einen Sinn unterschieben will, ist wahrlich eine Blüte: Entweder existiert der Sozialismus, dann ist er durch Marx und Lenin klar definiert und dann braucht man seine Existenz nicht als "real" zu beschwören, weil seine Maßnahmen real sind. Oder er existiert nicht, so wird er auch nicht durch die Beschwörung "realer".
(70) Einheit Nr. 4–5/1975, Seite 478
(71) Ebenda, Seite 479. Hervorhebung vom Verfasser
(72) Die Klassenkämpfe in Frankreich. Marx/Engels Werke Band 7, Seite 89/90
(73) Einheit Nr. 4–5/1975, Seite 479
(74) Ebenda, Seite 480.
Der XXIV. Parteitag der KPdSU stellte diese Aufgabe wahrhaft schöpferisch und real: Er forderte die stärkere Anwendung von Organisationswissenschaft und EDV! (Der Leninismus . . ., a.a.O., Seite 184)
(75) Ebenda, Hervorhebungen vom Verfasser

Sozialismus, die leere Behauptung: "diese Funktion des sozialistischen Staates tritt nach dem Sieg des Sozialismus zurück", kann deshalb nichts anderes beinhalten als die Leugnung der sozialen Revolution selbst. Sie ist das Eingeständnis, daß von einer revolutionären Diktatur des Proletariats in den revisionistischen Ländern keine Rede sein kann und gleichzeitig die ideologische Offenbarung, daß es in diesen Ländern keinen Sozialismus gibt, schon gar keinen "real existierenden". Denn wo die Arbeiterklasse nicht die politische Macht in Form der proletarischen Diktatur über die Bourgeoisie ausübt, da kann sie auch nicht den Sozialismus in zähem Kampf gegen die "Muttermale" der alten Gesellschaft mit dem Ziel des schließlichen Absterbens des Staates und der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft aufbauen. Die neuen Machthaber in der DDR und in den anderen revisionistischen Ländern haben weder ein Interesse an der Beseitigung der "Muttermale" der kapitalistischen Gesellschaft, diese sind vielmehr der materielle Boden ihrer eigenen Existenz, noch an dem Kampfziel der Arbeiterklasse, dem Kommunismus, der ja die radikalste Negation ihrer Herrschaft ist. Deshalb greifen sie zu den demagogischen Phrasen von den "schöpferischen Weiterentwicklungen des Marxismus-Leninismus", die allesamt tatsächlich nur ein Ziel haben: die ideologische Absicherung ihres Ausbeuter- und Unterdrückersystems. Und darin unterscheiden sie sich nur noch in dem äußeren Klang ihrer Worte von der Ausbeuterklasse, deren Sturz die klassenbewußten Arbeiter in den imperialistischen Staaten auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Alles das, was die neue Bourgeoisie in den revisionistischen Ländern am Gängelband der Sowjetunion mit der alten Bourgeoisie in den imperialistischen Metropolen verbindet, unterscheidet sie am prinzipiellsten und schärfsten von der herrschenden Klasse des Landes, das auf dem Weg der sozialen Revolution heute in der Welt die bislang größten Fortschritte erzielt hat, der Volksrepublik China. Diese Erfolge verdankt das chinesische Volk wesentlich dem Festhalten der Kommunistischen Partei an der Lehre von der Diktatur des Proletariats. Wir haben oben aufgezeigt, wie die chinesischen Genossen in der Auseinandersetzung mit den modernen Revisionisten diese Quintessenz des Marxismus-Leninismus verteidigt und damit ein sicheres theoretisches Fundament für den Aufbau des Sozialismus geschaffen haben. Sie haben dieses Fundament nicht nur gegen äußere Einflüsse, sondern vor allem durch den Kampf zweier Linien in ihren eigenen Reihen verteidigen und festigen müssen, wodurch sich Klarheit und Kampfkraft erhöhen. In seinem "Bericht über die Abänderung der Verfassung", den der Genosse Dschang Tschun-Tijao am 13. Januar der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses erstattete, sind die Ergebnisse dieses Kampfes zusammengefaßt. (76) Die grundlegenden Prinzipien dieser Linie sind jetzt in der Verfassung der Volksrepublik China fest verankert, deren erster Artikel lautet: "Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht." (77)

Das sind nicht schöne Worte, sondern das ist ein revolutionäres Kampfprogramm, das das chinesische Volk in seiner täglichen Praxis anleitet, den Klassenkampf vorantreibt und die Arbeiterklasse befähigt, ihre revolutionäre historische Aufgabe anzupacken und zu vollenden. Die Verfassung wird in ganz China in einer entschiedenen Bekämpfung des Opportunismus diskutiert. In der tiefgehenden Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius hat sich die Marx'sche Kritik des Gothaer Programms erneut als eine scharfe Waffe bewährt. (78)

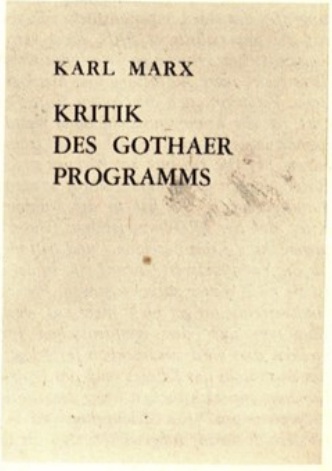
L.M. (GUV Bremen), D.M. (KHG Heidelberg)

(76) Vgl. Peking Rundschau Nr. 4/75 vom 28. Januar 1975, Seite 17 ff.
(77) Ebenda, vgl. KVZ Nr. 5 und 7/1975
(78) Vgl. Peking Rundschau Nr. 14 und 15/1975

Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms
Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
104 Seiten *DM 0,70*

Die Broschüre schrieb Marx im April 1875. Veröffentlicht wurde sie jedoch erst 1881, und auch dann nicht ohne Umformulierungen und Abschwächungen. Marx führte mit seiner Kritik einen kompromißlosen Kampf gegen den Opportunismus und gegen kleinbürgerliche Auffassungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Das Gothaer Programm wurde auf dem Vereinigungsparteitag der Sozialdemokraten (der "Eisenacher" unter Führung von Wilhelm Liebknecht und Bebel) und der Lassalleaner verabschiedet. Es enthielt so viele Fehler und bürgerliche Vorstellungen, die vor allem als Konzessionen an die Lassalleaner ins Programm gelangt waren, daß Marx sofort heftig dagegen polemisierte. Marx nahm grundsätzlich zu programmatischen Fragen Stellung. Berühmt geworden sind die Stellen, an denen Marx skizzenhaft, aber eindeutig über den Sozialismus und den Kommunismus handelt. Gegenüber den Entstellungen des Gothaer Programms stellt Marx die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse heraus: Befreiung der Arbeit, Abschaffung aller Klassen, Absterben des Staates, Abschaffung der knechtenden Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit und des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit.



Bestellungen an: **Buchvertrieb Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhoferstr.29**

Zur "Kieler Rede" des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) Ernst Aust :

Mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie gibt es keine Gemeinsamkeit

Gegen die Theorie der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie

Im Folgenden setzen wir uns mit der "Kieler Rede" des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen (KPD/ML), Ernst Aust, auseinander. Ihr Titel lautet "Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte", und aus der Notwendigkeit dieses Kampfes begründet der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen die Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung, der Verteidigung der imperialistischen BRD durch das Proletariat im Falle eines Angriffs des russischen Sozialimperialismus (veröffentlicht in: Roter Morgen, Nr. 14 vom 5. April 1975). In dieser Rede beschönigt Ernst Aust den Charakter des Imperialismus, leugnet die Aufgaben der Arbeiterklasse in einem imperialistischen Land – Sturz der Herrschaft der eigenen Bourgeoisie, Aufbau des Sozialismus – und macht den Versuch, sie ideologisch auf die Seite der eigenen imperialistischen Bourgeoisie zu ziehen. Diesen Versuch unternimmt er, indem er davon ausgeht, daß das Proletariat in Westdeutschland unfähig ist, den Krieg durch die Revolution zu verhindern, indem er davon ausgeht, daß im Falle eines Angriffes der einen imperialistischen Supermacht, der SU, auf die imperialistische BRD, diese verteidigt und vom westdeutschen Proletariat unterstützt werden muß. Gegen diese reaktionäre Auffassung und Ideologie, wie sie in anderer Variation auch die Gruppe Rote Fahne (KPD) vertritt, hat der Kommunistische Bund Westdeutschland wiederholt in der Kommunistischen Volkszeitung Stellung bezogen. (1) Die Polemik hat Wirkung gezeigt. Die Gruppe Roter Morgen ist in ihrer Zeitung zunächst einen Schritt zurückgegangen. Sie hat in der Nummer 20/75 jeden Krieg, den der BRD-Imperialismus führen wird, richtig als ungerechten Krieg bezeichnet und tritt nicht mehr positiv für die Vaterlandsverteidigung ein. In der Nummer 22/75 ist sie noch weiter zurückgegangen: hier taucht die Vaterlandsverteidigung gar nicht mehr auf, wird davor gewarnt, Illusionen über den westdeutschen Imperialismus zu wecken und wird ausdrücklich festgelegt: "Für den Fall des Ausbruchs des Krieges muß das Proletariat dem reaktionären imperialistischen Krieg den revolutionären Krieg entgegensetzen." (2) Gleichzeitig wird in diesem Artikel wiederholt darauf hingewiesen, daß die Rede des Vorsitzenden Ernst Aust nach wie vor ihre Gültigkeit habe und korrekt sei. Offensichtlich versucht die Gruppe Roter Morgen jetzt, ihre Spuren zu verwischen und so zu tun, als ob nicht sie, ihr Vorsitzender und ihr Zentralorgan es gewesen wären, die als erste in der BRD positiv für die Vaterlandsverteidigung in der imperialistischen BRD eingetreten wären. Das kann nicht geduldet werden. Das, was man gesät hat, muß man verantworten. Solange die Gruppe Roter Morgen nicht ausdrücklich die "Kieler Rede" verwirft, ernsthafte Selbstkritik leistet, solange muß man davon ausgehen, daß es ihr nicht um eine ernsthafte Klärung einer entscheidenden ideologischen Frage der kommunistischen und Arbeiterbewegung geht, sondern nur darum geht, ihre Schwankungen zu vertuschen. Daß es ihr nicht darum geht, der marxistisch-leninistischen Auffassung von Staat und Revolution sowie von Krieg und Frieden zum Durchbruch zu verhelfen, sondern darum geht, nach allen Seiten hin sich ein Türchen offen zu halten. Das aber ist die Methode von bürgerlichen Politikern.

Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats

Die Gruppe Roter Morgen geht laut der "Kieler Rede" ihres Vorsitzenden nicht mehr vom Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern aus sowie von dem die Epoche des Imperialismus bestimmenden Gegensatz zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen. Dementsprechend sieht sie nicht mehr den Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse in der eigenen imperialistischen Bourgeoisie, sondern im SU-Imperialismus, den sie zum "Hauptfeind der Völker" (S.3) erklärt. Dementsprechend verläßt sie den Boden des proletarischen Internationalismus und ist dazu

(1) Siehe dazu die Broschüre: "Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie oder 'Vaterlandsverteidigung' des BRD-Imperialismus?", Sonderdruck von Artikeln aus der Kommunistischen Volkszeitung.

(2) Roter Morgen Nr. 22/75 vom 31. Mai 1975: "Zur 'ideologischen Offensive' der GRF-Führer" S. 6

übergegangen, die Verteidigung der imperialistischen BRD im Falle des Angriffs einer anderen imperialistischen Macht, hier der SU, zu propagieren. Dies ist eine schwere Abweichung von den Interessen der Arbeiterklasse und von den Lehren des Marxismus-Leninismus und eine bedeutende Konzession an die Auffassungen der reaktionären imperialistischen Bourgeoisie, deren Bestreben es ja gerade ist, die Arbeiterklasse für ihre imperialistischen Interessen einzuspannen. Damit diese Abweichung nicht sofort durchschaut und von jedem scharf verurteilt wird, will die Gruppe Roter Morgen die Auffassungen der KP Chinas als Rauchvorhang benutzen. Das geht natürlich nur, wenn sie diese fälscht und entstellt.

In einem imperialistischen Land gibt es nur zwei Fragestellungen. Die erste ist, und so stellt die Gruppe Roter Morgen sie: eine imperialistische Macht greift "uns" an. Entweder wir verteidigen das Vaterland, die Nation, oder wir sind wehrlos. Also muß man sich verteidigen. Die zweite Fragestellung ist: im Krieg zwischen imperialistischen Mächten gibt es nur die Alternative zwischen Abschlachtung für die Interessen der eigenen imperialistischen Bourgeoisie oder aber Erziehung und Organisierung der Ausgebeuteten mit dem Ziel, die Bourgeoisie zu schlagen und zu besiegen. Dementsprechend ist die einzig mögliche **Taktik:** Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu entwaffnen und zu expropriieren. Die erste Fragestellung wird von erschreckten Kleinbürgern aufgeworfen, die nicht vom sozialen und klassenmäßigen Inhalt der geschichtlichen Epoche ausgehen und von den Interessen der Arbeiterklasse, sondern sich durch die Schrecken des Imperialismus einschüchtern lassen und sich lieber ins Lager der eigenen Bourgeoisie flüchten. Wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus?

"Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus dar. Dem Kapitalismus ist es zu eng geworden in den alten Nationalstaaten, ohne deren Bildung er den Feudalismus nicht stürzen konnte. Der Kapitalismus hat die Konzentration bis zu einem solchen Grade entwickelt, daß ganze Industriezweige von Syndikaten, Trusts, Verbänden kapitalistischer Milliardäre in Besitz genommen sind und daß nahezu der ganze Erdball unter diese 'Kapitalgewaltigen' aufgeteilt ist, sei es in der Form von Kolonien, sei es durch die Umstrickung fremder Länder mit den tausendfachen Fäden finanzieller Ausbeutung. Der Freihandel und die freie Konkurrenz sind ersetzt durch das Streben nach Monopolen, nach Eroberung von Gebieten für Kapitalanlagen, als Rohstoffquellen usw. Aus einem Befreier der Nationen, der er in der Zeit des Ringens mit dem Feudalismus war, ist der Kapitalismus in der imperialistischen Epoche zum größten Unterdrücker der Nationen geworden. Früher fortschrittlich ist der Kapitalismus jetzt reaktionär geworden, er hat die Produktivkräfte so weit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der 'Groß'mächte um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht." (3)

Der Imperialismus ist der sterbende Kapitalismus und der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats, die Epoche des Imperialismus ist die Ära der sozialen Revolution des Proletariats. Dadurch daß eine Reihe von Ländern es bereits vermocht haben, die Revolution zu machen, und sozialistische Länder entstanden sind, hat sich an der Epoche nichts verändert, es sind nur neue und günstige Bedingungen für den Gang der Weltrevolution entstanden. Alle drei Kräfte – das Proletariat, die unterdrückten Nationen, die sozialistischen Länder – haben die Aufgabe, zum Sieg der Weltrevolution in jeweils unterschiedlicher Weise beizutragen. Das Proletariat in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern, indem es die sozialistische Revolution durchführt, die kolonial und neokolonial unterdrückten Nationen durch den revolutionären Befreiungskampf für Selbstbestimmung und Neue Demokratie. Die sozialistischen Staaten dadurch, daß sie in erster Linie mit gegenseitiger Unterstützung den Sozialismus aufbauen, zweitens die Völker der Welt und die Proletarier aller Länder unterstützen und drittens durch ihre Außenpolitik den imperialistischen Ländern gegenüber die Widersprüche unter diesen ausnutzen und die Feinde aufeinanderhetzen. So tragen alle drei Kräfte entsprechend ihrem Gegner und ihren Aufgaben gemeinsam zur Durchsetzung des geschichtlichen Fortschritts bei: weltweite Vernichtung des Imperialismus und weltweiter Sieg des Sozialismus.

Die "Kieler Rede" geht aber nicht von dieser Epoche und den sie bestimmenden Klassengegensätzen und großen Widersprüchen aus, sondern sie geht aus von der Dominanz der beiden Supermächte und der Kriegsgefahr, die von ihnen ausgeht. Damit verliert sie jeden Halt und kommt soweit herunter, daß sie allen anderen imperialistischen Mächten positive Seiten abgewinnt, sie in bestimmten Punkten ihrer Politik begrüßt. Daß sie damit den Klassencharakter und die Klasseninteressen dieser imperialistischen Mächte beschönigt und verharmlost und somit die Arbeiterklasse wehrlos macht, will Aust in seiner Rede mit den Auffassungen der KP Chinas über die drei Welten begründen.

Deng Hsiao-ping hat dazu erklärt: "In dieser Situation der 'großen Unordnung unter dem Himmel' sehen sich alle politischen Kräfte einer drastischen Spaltung und Umgruppierung durch langwierigen Kräftevergleich und Kampf unterworfen. Zahlreiche Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Unabhängigkeit erlangt und spielen in den internationalen Angelegenheiten eine immer größere Rolle. Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem II. Weltkrieg während einiger Zeit existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der imperialistische Block im Westen in Auflösung. Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt." (4) Der imperiali-

(3) Lenin, Sozialismus und Krieg, Werke Bd. 21, S. 301/2

(4) Rede von Deng Hsiao-ping, Leiter der Delegation der Volksrepublik China auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung "Studium der Probleme der Rohstoffe und der Entwicklung", Peking Rundschau 15/74, S. 8

stische Block im Westen gerät in Auflösung: herausgebildet hat sich die Supermacht USA, die zur ersten Welt gehört, und die imperialistischen Mächte im Westen Europas, die zunehmend gegenüber der bisherigen Führungsmacht eine selbständige Politik entfalten, ohne dadurch auch nur ein Härchen ihres imperialistischen Charakters zu verlieren. Sie gehören zur Zweiten Welt. Die Länder der ersten **und** zweiten Welt gehören allesamt zu den unterdrückenden Nationen. Innerhalb dieser unterdrückenden Nationen und imperialistischen Mächte haben sich aufgrund der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus und der revisionistischen Entartung der Sowjetunion zwei Supermächte herausgebildet. Insofern ist ein scharfer Widerspruch **innerhalb** des imperialistischen Lagers entstanden, der diese Feinde aller Völker differenziert und schwächt und in jeweils unterschiedlicher Weise von den Völkern und den sozialistischen Staaten **ausgenutzt** werden kann und muß. Für den Roten Morgen und Ernst Aust, die diese einfache grundlegende Tatsache nicht begriffen haben, stellt sich die Sache anders dar: nur noch die beiden Supermächte werden als Feinde wahrgenommen, während den imperialistischen Staaten der Zweiten Welt, die alle zu den unterdrückenden Nationen gehören, positive Seiten abgewonnen werden.

Diesen falschen Auffassungen hat die KP Chinas niemals Vorschub geleistet. Nicht spricht sie davon, daß die beiden Supermächte die ausschließlichen und einzigen Feinde der Völker seien, sondern die **"Haupt**feinde". Nicht spricht sie davon, daß die Völker nur gegen die Supermächte kämpfen müssen, sondern gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und **insbesondere** gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Die KP Chinas hat niemals Unklarheiten über den Klassencharakter dieser Drei Welten und die jeweiligen Aufgaben der Völker aufkommen lassen und befördert. Die "Kieler Rede" des Vorsitzenden der Gruppe Roter Morgen aber ist eine einzige Abweichung von den revolutionären Prinzipien: "Proletarier aller Länder vereinigt euch; Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft den Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; festigt und stärkt das sozialistische Lager, realisiert schrittweise den vollen Sieg der proletarischen Weltrevolution und errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem." (5)
Diese Abweichung kann und muß im einzelnen nachgewiesen werden.

Gegenwärtig wachsen die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg

Die "Kieler Rede" beginnt mit einer **Fälschung** der Auffassungen der KP Chinas. Mit dieser Fälschung werden dann im weiteren Gang alle falschen Schlüsse begründet. Zugleich soll durch das gefälschte Zitat die Autorität der KP Chinas ins Spiel gebracht werden und sollen so mögliche Zweifler und Kritiker erschlagen werden.

Im "Bericht über die Tätigkeit der Regierung" an den IV. Nationalen Volkskongreß der VR China führt Tschou En-Lai, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und Ministerpräsident, aus: "Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind die größten internationalen Unterdrücker und Ausbeuter unserer Zeit, sie sind der Herd eines neuen Weltkrieges. Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen. Die Völker aller Länder müssen sich darauf vorbereiten. Auf der Welt wird überall von Entspannung und Frieden geredet. Gerade das beweist, daß es in dieser Welt keine Entspannung gibt, geschweige denn einen dauerhaften Frieden. Gegenwärtig wachsen die Faktoren sowohl für die Revolution als auch für den Krieg an. Ganz gleich, ob der Krieg die Revolution hervorruft oder die Revolution den Krieg verhindert, die internationale Lage entwickelt sich stets zugunsten der Völker, und die Zukunftsperspektiven der Welt sind immer glänzend." (6)
Die KP Chinas geht also völlig richtig davon aus, daß auf der einen Seite der Imperialismus notwendig kriegerische Auseinandersetzungen hervortreibt und gegenwärtig die beiden imperialistischen Supermächte der Herd eines neuen Weltkrieges sind. Sie erklärt, daß die Imperialisten, die ihre barbarischen Ziele verbergen müssen, diese mit einem Rauchvorhang überlagern wollen und deshalb stets von Entspannung und Frieden reden. Davon dürfen sich die Völker nicht täuschen lassen und müssen sich **vorbereiten.** Auch hier ist die Position der KP Chinas ganz unzweideutig. Nicht nur die Faktoren für den Krieg wachsen, sondern auch die für die **Revolution.** Die internationale Lage entwickelt sich schwunghaft zugunsten der Völker und zuungunsten des Imperialismus; für die Frage des Krieges bedeutet dies: entweder können die Völker den Krieg durch die Revolution verhindern oder aber der Krieg wird unvermeidlich die Revolution hervorbringen.

Der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen fälscht aber diese knappe und klare Aussage der KP Chinas und braucht sechs großformatige Zeitungsseiten, um seine reaktionären Auffassungen zu entwickeln. Bei ihm hört in der Rede dasselbe Zitat bereits bei dem Satz "Ihre heftige Rivalität muß eines Tages zum Weltkrieg führen" auf. Natürlich muß der Imperialismus eines Tages zum Weltkrieg führen. Er hat bereits zu zweien geführt. **Genauso unvermeidlich** ist aber, eben weil der Imperialismus die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus ist, der Sieg des Sozialismus zuerst in einigen Ländern und schließlich in der ganzen Welt. Dadurch, daß Aust diese Tendenz gar nicht sieht und nur die Tendenz, daß der Imperialismus unvermeidlich kriegerische Auseinandersetzungen hervorruft, **vereinseitigt**, erhebt er diese in den Rang eines **allgemein-abstrakten Naturgesetzes** und behandelt sie nicht mehr als **historische** Gesetzmäßigkeit, die an eine bestimmte **gesellschaftliche** Epoche gebunden ist, die in sich selber die vollständigen Bedingungen geschaffen hat, um den Imperialismus abzulösen und durch den Sozialismus zu ersetzen.

(5) Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 5/6
(6) Dokumente der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, S. 63/64

Nicht die Sowjetunion allein, sondern die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, sind die Hauptfeinde der Völker

Im zweiten Abschnitt seiner Rede, überschrieben "der sowjetische Sozialimperialismus – Hauptfeind der Völker" (S. 3), entwickelt Ernst Aust die neuartige Auffassung, daß der Sozialimperialismus der Hauptfeind der Völker sei. Damit leugnet er den wissenschaftlichen Begriff der Supermächte und die Behandlung der **USA und** der SU als Supermächte. Innerhalb der imperialistischen Staaten hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Stärkung der USA durch und in diesem Weltkrieg, durch die Niederlage Deutschlands und Japans, sowie durch den Zerfall des französischen und britischen Kolonialregimes, die eine Supermacht herausgebildet, die andere ist durch den Machtantritt des Revisionismus in der SU entstanden. Die imperialistischen Mächte, allen voran die beiden Supermächte, ringen um die Weltherrschaft und die beiden Supermächte sind der Herd eines neuen Weltkrieges. Natürlich findet zwischen ihnen heftige Rivalität statt und versucht eine jede, die andere zu schlagen und ins Hintertreffen zu bringen. Zweifellos ist es auch so, daß die Supermacht USA schwere Schläge erlitten hat, hingegen die SU eine aufstrebende Supermacht ist. Wie kann aus all dem gefolgert werden, daß die eine Supermacht kein Hauptfeind der Völker mehr ist und nur noch die andere? Das heißt, den US-Imperialismus gewaltig unterschätzen. Es bedeutet, einen aktiven Beitrag zur Entwaffnung der Völker und einen Beitrag zu ihrer Irreführung zu leisten.

Aber ganz abgesehen davon, daß die Aussage, die Sowjetunion allein sei der Hauptfeind der Völker, falsch ist; die **allgemeine** Aussage, wer der Hauptfeind der Völker, aller Völker ist, erspart einem nicht die Mühe und die Anstrengung, genau zu untersuchen und festzulegen, wer **konkret** der Hauptfeind in einem **bestimmten** Land ist. Dies bleibt einem nicht erspart in einer Klassengesellschaft, in der sich jeweils bestimmte Klassen, die ausgebeutete und die ausbeutende, die unterdrückte und die unterdrückende, gegenüberstehen. Und hier ist es zweifellos so, daß der Hauptfeind der westdeutschen Arbeiterklasse nicht der Sozialimperialismus ist, sondern die eigene imperialistische Bourgeoisie. Zusätzlich verquer ist die Festlegung auf die Sowjetunion, weil man, sucht man die Wahrheit in den Tatsachen, leicht feststellen kann, daß in Westdeutschland nicht die Supermacht Sowjetunion massiv Truppen stationiert hat, sondern die Supermacht USA massiv Truppen stationiert hat.

Eine wissenschaftliche Begründung, weshalb nicht mehr die beiden Supermächte USA und SU der Hauptfeind der Völker sind, sondern plötzlich nur noch der Sozialimperialismus, kann Ernst Aust denn auch nicht geben. Er kann lediglich einige Punkte anführen, weshalb die SU eine Supermacht ist und weshalb sie mit allen Mitteln versucht, den US-Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft auszustechen.

Ein Punkt seiner Beweisführung verdient allerdings genauere Beachtung. Austs Meinung nach *"zeigt sich klar, daß der sowjetische Sozialimperialismus der Hauptfeind der europäischen Völker"* ist (S. 3) an der Tatsache, daß in allen europäischen Ländern revisionistische Parteien existieren, seien sie an der Macht, seien sie es nicht. *"Wie Hitlerdeutschland durch seine 5. Kolonne im Ausland versuchte, die Verteidigungsbereitschaft der Staaten zu unterhöhlen, handeln auch die sowjetischen Sozialimperialisten."* (S. 3) Richtig ist, daß die revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Westeuropas eine Agenturfunktion wahrnehmen, wie es z. B. die Politik der KP Portugals deutlich beweist. Diese ihre Agenturfunktion können sie aber – und das unterscheidet sie von den diplomatischen Botschaften der SU in diesen Ländern – nur wahrnehmen, weil sie sich als bürgerliche Arbeiterparteien auf Strömungen in der Arbeiterbewegung beziehen, die von einer bestimmten Ideologie, der Ideologie der Klassenversöhnung, geleitet werden. Aust tut so, als ob der Sozialimperialismus den Revisionismus hervorbringen würde und als ob die revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern Produkte des Sozialimperialismus sind. Umgekehrt: als bürgerliche Arbeiterparteien unter Führung der revisionistischen KPdSU werden sie Agenturen des Sozialimperialismus. Zugleich aber tragen sie als bürgerliche Arbeiterparteien, die nicht am proletarischen Internationalismus festhalten, sondern die Ideologie, die Interessen und Politik der Bourgeoisie in die Arbeiterbewegung tragen, dazu bei, die eigene Bourgeoisie zu unterstützen und geraten so auch in Widerspruch zu den imperialistischen Interessen der SU. Beispiel dafür ist der Kommunistische Bund Jugoslawien, dessen revisionistische Entartung konsequent dazu geführt hat, daß Jugoslawien sich gegen die damals sozialistische Sowjetunion gestellt hat, den kapitalistischen Weg beschritten hat und heute eine Politik der Unabhängigkeit gegenüber der sozialimperialistischen SU betreibt.

Austs Auffassung *"der sowjetische Sozialimperialismus – der Hauptfeind der Völker"* läßt sich nur halten, wenn man von ziemlich vielen gewichtigen Tatsachen absieht. Abgesehen davon, daß der US-Imperialismus immer noch die Führungsmacht im westlichen imperialistischen Bündnis ist, abgesehen davon, daß der US-Imperialismus beispielsweise ein Drittel seiner aktiven Truppen in Westdeutschland stationiert hat, abgesehen davon, daß er immer noch in vielen Teilen der Welt Stützpunkte hat und sich noch ein Gutteil der Völker der Dritten Welt ihre Unabhängigkeit gegen ihn bzw. seine Kreaturen im bewaffneten Befreiungskampf erkämpfen müssen – also abgesehen von all diesen Tatsachen ist es nach Austs Auffassung heute so, daß die Hauptgefahr vom Sozialimperialismus ausgeht. Wenn man wie Aust davon ausgeht, *"daß noch vor wenigen Jahren im Weltmaßstab der USA-Imperialismus der Hauptfeind der Völker (war), so ist es heute der Sozialimperialismus"* (S. 3), so vergißt man, daß es damals nur eine Supermacht gab und heute zwei bzw. geht davon aus, daß der Wettstreit der beiden Supermächte bereits entschieden ist, der US-Imperialismus eine entscheidende Schlappe erlitten hat und der SU-Imperialismus sich durchgesetzt hat, weshalb sich nach Austs Geschichtsschreibung die Völker der Welt auf den Sozialimperialismus konzentrieren müssen.

Natürlich kann er nicht verschweigen, daß der US-Imperialismus nach wie vor Imperialismus ist, *"daß er dort, wo er – z. B. in Lateinamerika – mit den Völkern direkt*

konfrontiert ist, für diese der ***zeitweilige*** *Hauptfeind ist"* (S. 3). Eindeutig geht Aust also davon aus, daß keineswegs die Supermacht USA mit der anderen um die **Welt**herrschaft ringt, sondern er geht davon aus, daß nur noch für bestimmte Völker der US-Imperialismus *"zeitweiliger Hauptfeind"* ist. Folgt man dieser Auffassung und Logik, ist es nur naheliegend, gegen den Hauptfeind der Völker, die Sowjetunion, im Interesse der Einheitsfront auch mit dem US-Imperialismus ein Bündnis einzugehen. Das aber wagt Aust nicht auszusprechen, weil die Tatsachen gegen ihn sprechen. An den Haaren herbeigezogen ist das aber nicht. Offensichtlich gehen diese Gedankengänge zwingend in die Richtung, daß im Kampf um die Hegemonie in der Welt bereits eine der beiden Supermächte sich durchgesetzt hat, also nicht mehr ein Hegemoniestreben zweier Supermächte stattfindet, sondern die Hegemonie einer besteht. Insofern wäre es nach Austs Auffassung von Politik nur natürlich, auch den US-Imperialismus in das Bündnis gegen *"den Hauptfeind der Völker"* miteinzubeziehen.

Unterschätzung der USA und der mit ihr verbündeten imperialistischen Mächte führt zur Beschönigung und Verharmlosung ihrer Politik

Wer den sowjetischen Sozialimperialismus als einzigen Hauptfeind der Völker behandelt, wird gegenüber der anderen Supermacht, den USA, sowie den mit ihr verbündeten imperialistischen Mächten blind. Das kommt zum Ausdruck in den beiden nächsten Abschnitten der Rede: *"Hinter dem Lügengebäude von 'Frieden und Entspannung' eine aggressive, unersättliche, imperialistische Supermacht"* (Seite 3) und *"Keine Illusionen über den aggressiven, faschistischen Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus"* (S. 4).

Die Europäische Sicherheitskonferenz wie auch die Konferenz über den Truppenabbau in Mitteleuropa interpretiert Aust als Konferenzen, wo der US-Imperialismus und die westeuropäischen imperialistischen Staaten gewaltig über den Löffel balbiert werden. Beide Konferenzen betrachtet er **ausschließlich** von der Seite der Sowjetunion aus, die vermittels dieser Konferenzen ihre aggressiven imperialistischen Absichten verdecken will, auf die Einmischung in die Angelegenheiten ihrer Konkurrenten hinaus will und ein trügerisches Gefühl der Sicherheit vermitteln will. Bloß: Die Gegenseite macht dasselbe, will dasselbe und ist selber wiederum auch sehr hartnäckig. Will die Sowjetunion die vertragliche Absicherung der Nachkriegsgrenzen erreichen, so geht es ihr um die Sicherung ihres Machtbereichs. Will die BRD die Möglichkeit der Veränderung von Grenzen festgehalten haben, tritt sie gerade gegen die Sicherung dieses Machtbereiches auf und erhebt Anspruch auf die DDR. Will die Sowjetunion eine "Europäisierung" der Absprachen erreichen und entsprechende "Konsultativorgane", so will sie das Recht, sich in alle westeuropäischen Staaten einzumischen und auch dort gegen den US-Imperialismus anzutreten. Wollen die westlichen imperialistischen Länder Regelungen des "freien Austauschs von Ideen", so wollen sie das Recht, in die osteuropäischen Länder zu infiltrieren. Beide imperialistischen Seiten ringen also hartnäckig miteinander; beide aber nutzen diese Konferenzen, um ihren Völkern gegenüber diese imperialistischen diplomatischen Manöver als Friedenspolitik zu verkaufen.

Gegenwärtig deutet nichts darauf hin, daß die Sowjetunion entscheidende Vorteile erringen würde. Aber auch dies würde nichts daran ändern, daß diese Konferenzen Mittel und Ausdruck zugleich des Ringens um Europa sind, wo beide Supermächte und die von ihnen geführten imperialistischen Bündnisse ihre Kräfte messen und dies den Völkern gegenüber als Friedenspolitik ausgeben. Dies zu entlarven, dazu wird der Rote Morgen mit seinen Auffassungen aber nicht in der Lage sein.

Gelingt es dem Proletariat nicht, einem weiteren imperialistischen Krieg durch die Revolution zuvorzukommen, so wird es seine Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln

Daß man sich keine Illusionen über den aggressiven Charakter der Sowjetunion machen dürfe, wird den Zuhörern und Lesern von Austs Rede, wie wir schon bis jetzt gesehen haben, nicht durch wissenschaftliche Überzeugungskraft und Stichhaltigkeit der Argumentation nahegelegt, sondern dadurch, daß er Furcht einzuflößen versucht und düstere Warnungen ausstößt: 'Auch Du könntest das nächste Opfer des Sozialimperialismus sein' (*"Sie würden im Fall einer Besetzung Westdeutschlands jeden Marxisten-Leninisten sofort ermorden!"); "Jede Fehleinschätzung könnte für uns tödlich sein!"* (S. 4). Tödlich ist aber vor allem, die Arbeiterklasse auf einen Irrweg zu führen: *"Nein, jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn* ***hineingezogen*** *werden, wäre für uns deutsche Werktätige* ***von Anfang an*** *ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, den wir führen mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen, zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen!"* (S. 4, Hervorhebungen durch den Verfasser). Zunächst einmal wird es der Arbeiterklasse in Westdeutschland schwerfallen, **jeden** Imperialismus zu zerschlagen, und wird es grad ihre erste und vornehmste Aufgabe sein, ihre eigene Bourgeoisie zu schlagen und nicht nur "auch". Das ist nur eines der zahlreichen Beispiele, wo das Geklingel des Wortes die Schlampigkeit des Denkens verdecken soll. Vor allem aber wird dieser Krieg **"von Anfang an"** ein imperialistischer, ungerechter, reaktionärer Krieg sein.

Bei einem Krieg zwischen den beiden Supermächten, der, wie auch der Rote Morgen anerkannt hat, sich notwendig und unvermeidlich auf Europa zuspitzt und hier sicher auch ausgetragen würde, wäre es unwahrscheinlich, daß die Bundesrepublik nicht in ihn "hineingezogen" würde. Weder vom Territorium her noch von den Bündnisverpflichtungen her noch von der Tatsache her, daß in der BRD genügend NATO-Truppen stationiert sind. Offensichtlich würde es sich hier – völlig unabhängig davon, wer im engeren Sinn Angreifer oder Verteidiger ist – um einen imperialistischen Krieg handeln, in dem zwei Bündnisse

unter Führung zweier Supermächte um Macht und Beute streiten. Es wäre von beiden Seiten aus ein ungerechter Krieg, ein imperialistischer Krieg. Da die westdeutsche Bourgeoisie und der Staatsapparat der Bourgeoisie in diesem Fall zweifellos noch intakt wären, käme es darauf an, daß das Proletariat und die Kommunisten in Westdeutschland darauf hinarbeiten, wenn sie den Krieg durch die Revolution nicht verhindern können, während des Krieges die Bedingungen für die Revolution zu verbessern, um den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die eigene Bourgeoisie umzuwandeln. Somit würden die Massen ihren entscheidenden Beitrag gegenüber den Völkern der Welt und den Völkern Europas leisten, um die Kriegsgefahr zu beseitigen und zugleich entsprechend ihren sozialen Interessen zu handeln. Um einen antiimperialistischen und antifaschistischen Befreiungskampf kann es sich in dieser Situation, wie sie Ernst Aust in seiner Rede annimmt: Auslösung des Krieges durch die beiden Supermächte, ein Westdeutschland, in dem die Bourgeoisie noch herrschende Klasse ist und der Staatsapparat der westdeutschen Bourgeoisie noch existiert, auf keinen Fall handeln, sondern um eine Situation, wo konsequent darauf hingearbeitet werden muß, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, um durch diese Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg einen wichtigen Schritt zu machen in Richtung Zerschlagung des imperialistischen **Staates** und in Richtung **Revolution**.

Für Ernst Aust und die Gruppe Roter Morgen folgt dies überhaupt nicht aus diesen Tatsachen. Im Gegenteil, über solche Schlußfolgerungen macht sich der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen lustig und bestreitet den Kommunisten, die diese Auffassung äußern, das Recht, sich Marxisten-Leninisten zu nennen und bezeichnet sie als Akademiker. Das muß man schriftlich haben: *"Aber, so könnten nun manche, die sich Marxisten-Leninisten nennen, die Welt aber nur fragmentarisch aus Büchern kennen, sagen, widerspricht das nicht den Thesen Lenins, dem Marxismus, daß die Arbeiter kein Vaterland haben, das sie verteidigen müßten und daß sie den imperialistischen Krieg dazu ausnützen müßten, die Gewehre gegen die eigene Bourgeoisie zu richten?"* (S. 4) Daß diese Auffassung im angenommenen Fall falsch ist, will er im folgenden nachweisen, weil diese Auffassung *"eingelernte Formel"* ist und nicht *"Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Land und im internationalen Maßstab"* (S. 4). Daß Ernst Aust diese marxistisch-leninistische Auffassung hier ausdrücklich mit Hohn und Spott übergießt, muß man angesichts der späteren Vertuschungsmanöver dieser Organisation und ihres Zentralorgans ebenso ausdrücklich festhalten und hervorheben.

Zur Rechtfertigung reaktionärer Auffassungen: Fälschung der Klassiker und falsche Berufung auf sie

Ernst Aust bereitet die Rede auf die Stelle vor, wo er allmählich die Vaterlandsverteidigung rauslassen will. Zunächst zitiert er Marx und Engels, die bekanntermaßen die Notwendigkeit von nationalen Kriegen, die der Bildung von Nationalstaaten vor der imperialistischen Phase des Kapitalismus dienten, bejaht hatten. Dann schlägt er einen Haken und zitiert Lenin, der, wie auch Engels, bejahte, daß die deutschen Sozialdemokraten 1891 ebenfalls zur Vaterlandsverteidigung hätten aufrufen können: "Engels erkannte 1891, angesichts des damals drohenden und heranrückenden Krieges Frankreichs (Boulanger) und Alexanders III. gegen Deutschland ausdrücklich die 'Vaterlandsverteidigung' an. – Waren Marx und Engels Wirrköpfe, die heute dies sagten und morgen etwas anderes? Nein. Meiner Meinung nach entspricht die Anerkennung der 'Vaterlandsverteidigung' im nationalen Krieg durchaus dem Marxismus." (7) "Deutschland (1891) ist ein Land des fortgeschrittenen Sozialismus. Und diesem Land droht der Zarismus im Bund mit dem Boulangerismus! – Die Situation ist ganz und gar nicht dieselbe wie in den Jahren 1914-17, wo der Zarismus durch das Jahr 1905 erschüttert ist, während Deutschland einen Krieg um die Weltherrschaft führt. Eine ganz andere Sache!" (8) Und direkt im Anschluß an diese Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus zieht Aust einen direkten Analogieschluß zur heutigen Situation: *"Wer ist es nun heute, der sich anschickt, einen Krieg um die Weltherrschaft zu führen? Westdeutschland, Japan, Frankreich, England? Nein, es sind die zwei imperialistischen Supermächte."* (S. 4) Mit diesem Analogieschluß will Aust also der Vaterlandsverteidigung in einem imperialistischen Land Beweiskraft geben und sich zugleich die höhere Weihe durch die Klassiker des Marxismus-Leninismus holen. Als hätte Lenin aus seiner Analyse den Schluß gezogen, der Zarismus müsse verteidigt werden, weil inzwischen geschwächt! Analogieschlüsse sind immer fragwürdig. Aber Austs Schluß ist noch nicht einmal ein Analogieschluß. Denn Lenin trat für die Niederlage Rußlands ein, obwohl es geschwächt war.

Weder kann sich Aust auf die Klassiker berufen, die eine konkrete Untersuchung der Klasseninteressen der kriegsdrohenden Seiten vorgenommen haben und untersucht haben, wer den gesellschaftlichen und geschichtlichen Fortschritt vertritt und wer den gesellschaftlichen und geschichtlichen Rückschritt vertritt, noch sind die Analogien richtig und die daraus nahegelegten Schlüsse.

Nehmen wir zunächst den Fall von 1891. Hier ging es tatsächlich um die Unterstützung des gesellschaftlichen und geschichtlichen Fortschritts, insofern der bürgerlich-nationale Rahmen in dieser Phase eine Stütze für die Entwicklung der **Produktivkräfte** der Menschheit war, die sich vom **Feudalismus**, einer überholten und rückständigen Weise des Wirtschaftens befreite. Deutschland war bereits über die Kleinstaaterei hinausgegangen und es war ein relativ einheitlicher, zentralisierter Nationalstaat entstanden, der der angemessene staatliche Rahmen für eine rasche Entfaltung des Kapitalismus war. Zugleich hatte sich eben deshalb ein Proletariat herausgebildet, das politisch bewußt war. Eben gegen dieses Land, wo die sozialistische Revolution notwendig und möglich war, das "Land des fortgeschrittenen Sozialismus", wandten sich die beiden finstersten europäischen Mächte der Reaktion. Boulanger

(7) Lenin, An Ines Armand, Werke Bd. 35, S. 228; im Roten Morgen zitiert S. 4

(8) Lenin, An Ines Armand, Werke Bd. 35, S. 250. Im Roten Morgen zitiert Seite 4

und Boulangerismus waren eine reaktionäre monarchistische Bewegung und der Zarismus war Repräsentant einer rückschrittlichen Produktionsweise, des Feudalismus und der Kleinstaaterei. Beide Mächte der Reaktion wollten über Deutschland herfallen im Interesse der Zerschlagung des Nationalstaates, um Deutschland wieder in einen Fleckenteppich zu zerlegen, der dann wehrlos den reaktionären Bestrebungen dieser beiden Mächte ausgeliefert gewesen wäre, wodurch die Entwicklung in Europa historisch zurückgeworfen worden wäre. In diesem konkreten Fall also wäre es im Interesse des historischen Fortschritts in der Tat sinnvoll gewesen, diese Absichten Frankreichs und des zaristischen Rußland zu durchkreuzen. Und so fährt auch Lenin in seinem Brief an Ines Armand fort – und diesen kleinen Satz läßt Ernst Aust in seinem Zitat denn auch prompt weg: "Das wäre eine **besondere Variante** des nationalen Krieges gewesen." (9) Sieht man an dieser konkreten historischen Betrachtungsweise, daß sie nicht zum Analogieschluß taugt, so sieht man weiter, daß die Klassiker das auch genau gewußt haben und ausgeführt haben. Aust zitiert (siehe oben) ja einen weiteren Brief Lenins an Ines Armand, in dem ebenfalls die Frage der Vaterlandsverteidigung diskutiert wird. Wiederum macht Ernst Aust Schluß mit dem Zitieren bei der positiven Bejahung der Möglichkeit der Vaterlandsverteidigung im genannten konkreten Fall durch Lenin und "vergißt" die weiteren Ausführungen Lenins, die seinen Auffassungen von der Vaterlandsverteidigung in der imperialistischen BRD von vornherein den Boden entzogen hätten. Lenin fährt nämlich fort: "Im **imperialistischen** Krieg 1914–17, zwischen **zwei** imperialistischen Koalitionen, müssen wir gegen die 'Vaterlandsverteidigung' sein, denn erstens ist der Imperialismus der Vorabend des Sozialismus; zweitens ist der imperialistische Krieg ein Krieg von Dieben um die Beute; drittens gibt es in **beiden** Koalitionen ein **fortschrittliches** Proletariat; viertens ist in beiden die sozialistische Revolution **herangereift. Nur** darum sind wir gegen die 'Vaterlandsverteidigung', **nur** darum!!!" (10)

Die Berufung auf solche Kriege zur Einführung und Rechtfertigung der Vaterlandsverteidigung in einem **imperialistischen** Land, die jeweils eine besondere Variante des nationalen Krieges waren, der Versuch, durch Analogieschlüsse zu dem damaligen Verhalten der Sozialdemokratie und der Klassiker heute plausible Argumente für die reaktionäre Losung der Vaterlandsverteidigung zu gewinnen, müssen alle scheitern. Einfach deshalb, weil der entscheidende Unterschied zur heutigen **Epoche**, zur Epoche des Imperialismus und des Vorabends der sozialen Revolution des Proletariats, nicht vertuscht werden kann. In der Epoche des Imperialismus gibt es in einem imperialistischen Land keinen Grund zur Vaterlandsverteidigung, denn es gibt den modernen Imperialismus, zur Reife gediehene gesellschaftliche Bedingungen für den Sozialismus und es gibt ein fortgeschrittenes Proletariat in allen imperialistischen Ländern. Und selbst in der Phase, als nationale Kriege Unterstützung durch die Arbeiterklasse verdienten, war es keineswegs so, wie Aust es hinstellen will, daß die Marxisten sofort schlankweg und mit fliegenden Fahnen auf die Seite der Bourgeoisie übergingen, selbst wenn der Krieg der eigenen Bourgeoisie historisch gerechtfertigt war. Ganz im Gegenteil, auch hier achteten sie strikt auf die Wahrung der selbständigen Klasseninteressen des Proletariats: "Der Krieg von 1870/71 war von seiten Deutschlands historisch fortschrittlich, solange Napoleon III. nicht besiegt war, denn dieser hatte zusammen mit dem Zaren lange Jahre hindurch Deutschland bedrückt, indem er dessen feudale Zersplitterung unterstützte. Sobald dann der Krieg zu einer Beraubung Frankreichs entartete (Annexion von Elsaß-Lothringen) verurteilten Marx und Engels die Deutschen ganz entschieden. Und auch zu Beginn dieses Krieges billigten Marx und Engels, daß Bebel und Liebknecht sich weigerten, für die Kriegskredite zu stimmen und rieten der Sozialdemokratie, sich nicht mit der Bourgeoisie zu vereinigen, sondern die selbständigen Klasseninteressen des Proletariats zu verfechten." (11)

Austs erste Analogie, die er nahelegt, ist also historisch falsch und sein Rückgriff auf die Klassiker Betrug und direkte Fälschung ihrer Werke. Seine zweite ist ebenfalls falsch. Er erkennt immerhin, daß die BRD, England und Frankreich imperialistische Staaten sind, aber *"kleinere Staaten"* (S. 4) im Vergleich zu den beiden Supermächten und leitet daraus die Analogie zur Situation vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ab. Er vergleicht den BRD-Imperialismus, die zweitstärkste imperialistische Macht nach den USA im westlichen Bündnissystem, mit Belgien und Holland vor dem Zweiten Weltkrieg gegenüber dem deutschen Faschismus. Dieser Vergleich ist deshalb bemerkenswert, weil sich in dieser Gleichsetzung die **Unterschätzung** des BRD-Imperialismus als einer der stärksten ökonomischen, politischen und militärischen Mächte heute in der Welt deutlich zeigt.

Falsche Festlegung der Einheitsfront

Nach den historischen Ausflügen, die sich allesamt als untauglich erweisen, um die Verteidigung und Unterstützung der eigenen imperialistischen Bourgeoisie, die sich mit einer anderen imperialistischen Bourgeoisie schlägt, zu begründen, kehrt Ernst Aust zur heutigen Lage zurück: *"Was, wenn ein imperialistischer Weltkrieg zwischen diesen beiden Supermächten ausbricht, in den **unser Land hineingezogen** wird?"* (S. 5/, Hervorhebung durch den Verfasser) Zunächst: Was heißt hier **"unser Land"**? Gleich muß die Frage gestellt werden, was Aust meint, was für die Arbeiterklasse und die Volksmassen an diesem Land, das bestimmt ist durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie und durch die politische Herrschaft der Bourgeoisie, "unser" sein soll? Nichts! Schon die Fragestellung verrät den Geist. Weiter: Was heißt hier "unser Land wird **hineingezogen**"? Dieser imperialistische Weltkrieg bricht nicht einfach aus und wird nicht einfach durch die beiden Supermächte ausgelöst. Sondern es verhält sich so, daß die beiden Supermächte um Europa rivalisieren, jeweils mehr oder minder feste Einflußgebiete und Stützpunkte in beiden Teilen Europas haben, die auf militärischer Ebene durch die Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt gesichert sind. Innerhalb des westlichen imperialistischen Bündnisses wird die BRD keineswegs so einfach mir nichts, dir nichts in diesen Krieg "hineingezogen", sondern sie ist neben dem US-Imperialismus ökonomisch und militärisch die zweitstärkste Macht, verfolgt selber imperialistische Interessen gegenüber den Ländern Osteuropas und insofern **bereitet** sie gemeinsam mit der Supermacht USA den Krieg **vor** und wird nicht einfach überrascht und "hineingezogen" werden, wenn der Krieg ausbricht.

(9) Werke Bd. 35, S. 228
(10) Lenin, Brief an Ines Armand, Werke Bd. 35, S. 250
(11) Sozialismus und Krieg, Werke Bd. 21, S. 309

Im folgenden nennt Aust den entscheidenden Gesichtspunkt, unter dem die genannte Situation beurteilt werden muß, und zitiert wiederum Lenin. Gegen die Sozialchauvinisten der II. Internationale im Ersten imperialistischen Weltkrieg hatte Lenin festgehalten: Jeder Sozialist muß nicht von der Frage ausgehen, wer ist der Angreifer und wer ist der Verteidiger, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt und welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. "Nicht vom Standpunkt meines Landes darf ich urteilen, sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution." (Bd. 28, S. 287) Und Lenin hat auch unzweideutig festgelegt, wie diese Vorbereitung und Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution für die Proletarier aussehen muß: In der Epoche des imperialistischen bewaffneten Zusammenpralls der Bourgeoisie aller Nationen ist die einzige sozialistische Arbeit, die man machen kann und machen muß, die Arbeit für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Ziel ihrer Zerschlagung und Expropriation. Das aber folgt für Aust aus diesem Zitat nicht.

Für Aust folgt: *"Was aber beschleunigt die Weltrevolution? Daß wir am proletarischen Internationalismus festhalten, daß wir den Freiheitskampf der unterdrückten Völker und Nationen verstärkt unterstützen, daß wir uns mit allen Kräften der Welt, mit denen eine Vereinigung möglich ist, vereinigen, um gegen Kolonialismus, Imperialismus, insbesondere gegen das Weltherrschaftsstreben der Supermächte zu kämpfen."* (S. 6) Für Aust folgt als Losung des Kampfes: *"Für eine breite Einheitsfront gegen die beiden Supermächte"* (S. 6). *"Das bedeutet für uns in erster Linie, im Weltmaßstab, die Eingliederung in die breite Einheitsfront des Kampfes gegen den Imperialismus und alle Weltherrschaftspläne, im europäischen Maßstab die Stärkung der Einheit und Solidarität der europäischen Völker und im Inneren unseres Landes die Organisierung einer breiten Einheitsfront, die unter der ideologischen und politischen Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse alle Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen zusammenschließt, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen, im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten."* (S. 6)

Schon das **Herangehen** ist falsch. Wenn Aust von "in erster Linie" und gar vom "Weltmaßstab" redet, dann erhebt er sich offensichtlich in Höhenflüge über die eigene in Klassen gespaltene Gesellschaft und die notwendige Lösung dieser Klassenspaltung, sieht ganz von ihr ab und nimmt den Standpunkt eines Weltgeistes ein, der sich nicht mehr bezieht auf die eigene revolutionäre Klasse und ihren unmittelbaren Feind, sondern losgelöst von diesen Klassen Umschau hält. So muß aber die Politik ihren Klasseninhalt verlieren und unfähig werden, die Aufgaben der Arbeiterklasse richtig zu bestimmen. Ganz im Gegensatz zu dieser metaphysischen Betrachtungsweise legt das Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland richtig fest:

"Auf dem Weg zu ihrem gemeinsamen Endziel stellen sich den Kommunisten in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Aufgaben, weil die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nicht überall auf derselben Stufe steht, der Imperialismus durch den Unterschied zwischen unterdrückenden und unterdrückten Ländern gekennzeichnet ist, die Entwicklung in den einzelnen Ländern sich in unterschiedlichen sozialen und politischen Verhältnissen abspielt und das Proletariat in einigen Ländern die politische Macht schon erobert hat und in die Übergangsperiode zum Kommunismus eingetreten ist. Die Kommunisten bestimmen ihre unterschiedlichen Aufgaben jedoch stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt, wie sie in der Epoche des Imperialismus und der Ära der proletarischen Weltrevolution hervorgetrieben werden, um so den Kampf gegen den unmittelbaren Feind im eigenen Land aufs engste mit der Unterstützung des Proletariats der anderen Länder und der unterdrückten Völker zu verbinden." (12)

Die Europäische Gemeinschaft ist für die westdeutsche Arbeiterklasse kein Instrument im Kampf gegen die Kriegsgefahr

In Westdeutschland ist es die kapitalistische Produktionsweise, die herrscht, und die Bourgeoisie hat die politische Macht inne. Deshalb ist die unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats, die sozialistische Revolution durchzuführen, wozu Mittel die Eroberung der politischen Macht ist. Je besser, je rascher und je gründlicher die westdeutsche Arbeiterklasse diese ihre Aufgabe wahrnimmt, desto besser und gründlicher ist ihr Beitrag zur Unterstützung der unterdrückten Völker und ihr Beitrag zur Unterstützung der Kräfte, die gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus kämpfen. Das erfordert die vollständige Lostrennung von der eigenen Bourgeoisie und die Organisierung und Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständig handelnden Klasse, die sich in **allen** Fragen der Bourgeoisie unversöhnlich gegenüberstellt.

Nicht so die Gruppe Roter Morgen und ihr Vorsitzender Ernst Aust. Weil diese nicht die Klassenspaltung der bürgerlichen Gesellschaft und die sozialen Interessen und politischen Aufgaben der Arbeiterklasse zum Ausgangspunkt machen, sondern die Schrecken des Hegemoniestrebens der beiden Supermächte und die Kriegsgefahr, die von ihnen ausgeht, reagieren sie in kleinbürgerlich verzagter Weise auf diese Bedrohung. Das führt dazu, daß Aust den imperialistischen Ländern der Zweiten Welt positive Seiten abgewinnt und so die Massen dem Imperialismus gegenüber entwaffnen will. Das führt zu Einschätzungen wie: Der Rote Morgen entdeckt innerhalb der westeuropäischen imperialistischen Bourgeoisien zwei Strömungen, deren eine er begrüßt, deren andere er kritisiert. *"Die eine, die nach mehr Unabhängigkeit und Selbständigkeit strebt, die sich aus ihrer Umklammerung lösen möchte, die ver-*

(12) Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Taschenausgabe S. 21/22

sucht, die Einigung Westeuropas voranzutreiben und in Konkurrenz zu den zwei Supermächten ihre Beziehungen zur Dritten Welt zu verbessern." Musterbeispiel dafür Frankreich. *"Die andere Strömung dagegen versucht, im Windschatten der Supermächte segelnd, an deren Kampf um die Neuaufteilung der Welt teilzunehmen, ihre Widersprüche untereinander auszunutzen und sich mehr oder minder auf die eine oder andere Supermacht zu stützen."* (S. 5) Musterbeispiel dafür der BRD-Imperialismus.

Abgesehen davon, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und der Dritten Welt auf nichts anderes hinauslaufen soll als auf den Versuch des französischen Imperialismus, seine Chancen und Möglichkeiten der Ausplünderung der Dritten Welt zu verbessern, ist es ja keineswegs so, daß nicht auch der westdeutsche Imperialismus mit im Spiel wäre. Auch er versucht beständig, seine Beziehungen zur "Dritten Welt" zu "verbessern". Offensichtlich betreiben beide imperialistische Politik. Aber nicht deshalb kritisiert der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen den westdeutschen Imperialismus, sondern er kritisiert ihn deswegen, weil durch dessen "Neue Ostpolitik" der Einfluß des Sozialimperialismus in Westeuropa gestärkt worden wäre.

Allerdings muß selbst der Rote Morgen anerkennen, daß durch diese Politik es dem westdeutschen Imperialismus gelungen ist, *"zunehmend als selbständige politische Macht"* aufzutreten. 'Selbständig' bedeutet offenkundig zunehmend unabhängig von den beiden Supermächten. Gleichzeitig stellt Aust fest, daß auch die Sowjetunion an Einfluß gewonnen habe und bedauert dies. Mit den Kategorien des Bedauerns und Begrüßens ist aber keine richtige Einschätzung imperialistischer Politik möglich. Wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus? Offenkundig will der US-Imperialismus die Erschütterungen seiner Machtposition nicht einfach hinnehmen, genauso wie die sozialimperialistische Sowjetunion diese Erschütterungen verschärfen und vertiefen will, um ihre eigene Position der anderen Supermacht gegenüber im Kampf um Europa zu festigen. Offensichtlich verhält es sich so, daß gerade auch das westliche imperialistische Bündnis seine militärischen Anstrengungen forciert und die Aufrüstung vorantreibt, daß der BRD-Imperialismus Fortschritte macht im Eindringen auf die Märkte Osteuropas und der Sowjetunion und der ökonomischen Durchdringung der COMECON-Länder. (13) Auf der anderen Seite streben selbstverständlich die Sozialimperialisten nach einer *"Abhängigmachung Westeuropas"* (Aust, S. 6); zum Beispiel versucht die Sowjetunion bei der BRD, die extrem von Rohstoffen abhängig ist, sie über die Lieferung bestimmter Rohstoffe in Abhängigkeit zu bringen, erpressbar zu machen und ein gutes Geschäft zu machen. Es handelt sich eben um imperialistische Konkurrenz. Aber die Frage, welche der beiden imperialistischen Koalitionen unter Führung je einer Supermacht in die Vorderhand kommt, kann für die Arbeiterklasse gar nicht die entscheidende Frage sein.

Die zunehmende Kriegsgefahr in Europa ergibt sich gerade daraus, daß gegenwärtig beide Supermächte keine entscheidenden Fortschritte im Kampf um Europa machen, nicht vorankommen in der Durchsetzung ihrer Interessen. Beide können keinen Durchbruch zum eigenen Vorteil organisieren, entscheidende Vorteile erringen mit den Mitteln der Diploamtie und der wirtschaftlichen Einflußnahme. Gerade deshalb drängt die Situation nach einer kriegerischen Lösung. Nach einer Lösung, wo die Frage Wer-Wen zwischen den beiden Supermächten durch einen imperialistischen Krieg entschieden werden muß. Diese Frage ist aber keine Frage, bei der sich die Arbeiterklasse auf die eine oder andere Seite schlagen darf.

Ernst Aust hingegen fragt: *"Können wir, westdeutsche und Westberliner Marxisten-Leninisten, uns gegenüber diesem Hegemoniestreben der sowjetischen Supermacht gleichgültig verhalten? Können wir sagen, welche Strömung innerhalb der westdeutschen, der westeuropäischen Monopolbourgeoisie die Oberhand gewinnt, ist uns egal, schließlich sind beide Ausbeuter und Imperialisten? Nein, das können wir nicht, denn das hieße, nicht über die Kirchturmspitze des eigenen Landes hinauszuschauen . . ."* (S. 6) Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hat bereits zu Beginn 1974 zu dieser Frage und der Haltung der Arbeiterklasse richtig Stellung genommen:

"Unsere Stellung zu den europäischen Einigungsversuchen unter Führung der Imperialisten ist klar:
Erstens: Wir sind dagegen, denn der Zusammenschluß dient ausschließlich der imperialistischen Bourgeoisie Westeuropas.
Zweitens: Sollte er Erfolg haben, dann wird mit dem Zusammenschluß der Imperialisten auch der Zusammenschluß des Proletariats der verschiedenen Länder beschleunigt.
Durch den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten in einer politischen Europäischen Gemeinschaft wird kein einziger Widerspruch beseitigt. Es treten nur neue hinzu.
Solange es keinen staatlichen Zusammenschluß zwischen den europäischen Ländern gibt, kämpft das Proletariat eines jeden Landes für die Eroberung der politischen Macht in seinem Land.
Wenn die westeuropäischen Imperialisten einen staatlichen Zusammenschluß zustandebringen, kämpft das Proletariat in diesem Zusammenschluß um die politische Macht.
Die Frage ist also für das Proletariat nicht: Zusammenschluß ja oder nein, sondern: Herrschaft der Bourgeoisie oder Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Frage der politischen Macht aber stellt sich jeweils in dem Rahmen, in dem sie objektiv aufgeworfen ist. Das ist gegenwärtig der Rahmen der einzelnen Länder und in diesem Rahmen wird die Arbeiterklasse die Machtfrage stellen und lösen müssen. Wir Kommunisten stellen keine Spekulationen darüber an, was möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt sein wird, sondern tun alles, um die Arbeiterklasse zu befähigen, die politische Macht zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu erobern." (14)

(13) z. B. berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 21. Mai 1975:
"Schulden der Ostblock-Banken
Bonn, 20. Mai (vwd). Die Lieferungen der Bundesrepublik in die östlichen Staatshandelsländer einschließlich Jugoslawien haben sich in den letzten fünf Jahren verdreifacht und 1974 rund 18 Milliarden DM erreicht. Da die Gegenlieferungen erheblich geringer gewesen sind, haben sich die östlichen Länder einen großen Teil der notwendigen Mittel durch Kreditaufnahme am Euro-Markt besorgen müssen. Andernfalls wären sie an die von den Lieferländern gezogenen Verschuldungsgrenzen gestoßen. Wie der Bundesverband Deutscher Banken am Dienstag mitgeteilt hat, betragen die Verbindlichkeiten der Ostblock-Banken aus Bank-zu-Bank-Krediten gegenüber deutschen Kreditinstituten gegenwärtig 3,5 Milliarden DM. Daneben besteht ein Obligo aus Zusagen der Ausfuhr-Kredit-Anstalt (AKA) für Lieferantenkredite an diese Länder von rund 2 Milliarden DM."

Diese Frage: Herrschaft der Bourgeoisie oder Herrschaft der Arbeiterklasse, stellt sich für Ernst Aust aber gar nicht. Zwar muß er zugestehen, daß diese Einigungsversuche der imperialistischen Bourgeoisien *"eine Seite"* haben, die gegen das Proletariat gerichtet ist und er muß bedauernd feststellen, daß es *"auch (!) in der EG das Streben gibt . . . an der Ausbeutung der Völker der Dritten Welt teilzunehmen"* (S. 7), zugleich legt er aber fest: *"Einerseits treibt dieser Zusammenschluß auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet die Einheit Europas voran,* ***und wir haben nichts dagegen,*** *weil das Proletariat, die Völker Europas, diese Entwicklung im Sinne der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes zum Sturz der herrschenden Klasse in der proletarischen Revolution ausnutzen können. Richtet sich dieser Zusammenschluß gegen das Hegemoniestreben der Supermächte, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit der Völker Europas,* ***so sind wir dafür und unterstützen ihn.*** *Denn es ist klar, daß ein vereintes Westeuropa mit seinen über 200 Millionen Menschen stärker ist als ein einzelnes, gegen die Vorherrschaft der Supermächte kämpfendes Land"* (S. 7).

Wieder muß man zum wiederholten Mal feststellen, daß der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen die Wirklichkeit vergewaltigt. Denn gegenwärtig ist die Lage nicht so, daß sich in Europa ein **einzelnes** Land gegen die Vorherrschaft der Supermächte zur Wehr setzen muß, woraus Aust ja seine **Unterstützung** des imperialistischen Bündnisses **ableitet und begründet**. Sondern seit Jahrzehnten sind die Staaten in Europa auf der einen Seite in der NATO und der EWG wirtschaftlich und militärisch zusammengeschlossen und auf der anderen Seite im COMECON und im Warschauer Pakt. Vor allem aber sind diese Staaten und diese imperialistischen Bündnisse keine Instrumente, um der Kriegsgefahr Herr zu werden und gegen die Einmischung der Supermächte zu kämpfen. Auch hier hat das Zentrale Komitee des KBW richtig Stellung genommen:

"Dauerhaft können die Völker dieser Kriegsgefahr nur Herr werden, indem sie den imperialistischen Staat zerschlagen und die Arbeiterklasse ihre eigene Staatsmacht errichtet in dem jeweiligen Land. Nach wie vor gilt: Entweder verhindert die Revolution den Krieg oder der Krieg bringt die Revolution hervor. Dies gilt selbstverständlich auch für Westeuropa, auch wenn von den europäischen imperialistischen Staaten gegenwärtig nicht die Hauptkriegsgefahr ausgeht.
Keineswegs kann es der westdeutschen Arbeiterklasse darum gehen, ein Verteidigungsbündnis mit ihrer eigenen imperialistischen Bourgeoisie zu schließen, denn der westdeutsche Imperialismus ist seinem Wesen nach aggressiv, auch wenn er sich gegenwärtig nicht in der Lage sieht, einen Krieg zu beginnen.
Ein Krieg um Europa kann nur ein Krieg der beiden Supermächte um Europa sein, und in einem solchen Krieg steht die Arbeiterklasse auf keiner der beiden kriegführenden Seiten, sondern muß als internationale Arbeiterklasse die herrschenden Klassen stürzen, die diesen Krieg führen. Solange die Arbeiterklasse die politische Macht noch nicht erobert hat und der Krieg noch nicht ausbricht, kann es für die Arbeiterklasse keine andere Aufgabe geben, als die Zeit zu nutzen, um die politische Macht zu erobern und ihre soziale Revolution durchzuführen, eine Revolution, die die Arbeiterklasse militärisch unbesiegbar macht, wie zahlreiche Beispiele zeigen seit der Verteidigung der Sowjetunion gegen die Hitler-Armeen." (15)

Die "positiven Akzente" von Strauß: Aust im Kielwasser bürgerlicher Politik

Das alles folgt für Ernst Aust nicht. Die Aufgabe des Klassenkampfes im eigenen Land verbirgt er jedoch hinter eindrucksvollen Worten: *"Was aber beschleunigt die proletarische Weltrevolution? Daß wir am proletarischen Internationalismus festhalten, daß wir den Freiheitskampf der unterdrückten Völker und der unterjochten Nationen verstärkt unterstützen, daß wir uns mit allen Kräften in der Welt, mit denen eine Vereinigung möglich ist, vereinigen, um gegen Kolonialismus, Imperialismus und insbesondere gegen das Weltherrschaftsstreben der Supermächte zu kämpfen"* (S. 6). Was folgt aus diesen Worten für die Politik in der BRD? In der Rede zunächst nicht mehr als eine Kritik an der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung, die nicht eindeutig gegen die Sowjetunion Stellung nähme und ein Lob für Strauß, der klar gegen die Sowjetunion Stellung bezieht: *"Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchten, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt . . ."* (S.6). *"Indem wir diesen oder jenen positiven Aspekt in der Politik einer Regierung oder einer Persönlichkeit des politischen Lebens anerkennen, heißt das noch lange nicht, daß wir ihre Politik insgesamt unterstützen oder etwa unseren Klassenstandpunkt aufgeben"*. Was heißt hier **"das** politische Leben", wo es ausschließlich um das politische Leben der **Bourgeoisie** geht, was heißt hier "positive Akzente", wo es ausschließlich um bestimmte Schachzüge und Maßnahmen einer imperialistischen Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Interessen geht? Wenn die Volksrepublik China verschiedene bürgerliche Politiker aus westeuropäischen Staaten empfängt, darunter auch Strauß, dann geht es für die Volksrepublik China darum, durch ihre Diplomatie und Außenpolitik imperialistischen Staaten und deren führenden Politikern gegenüber die Widersprüche zwischen den beiden Supermächten und den imperialistischen Staaten der Zweiten Welt auszunutzen und zu deren Verschärfung beizutragen.

Aust hingegen, in einem Land, in dem die Herrschaft der Bourgeoisie erst noch gestürzt werden muß und die der Arbeiterklasse errichtet werden muß, sieht seine Aufgabe

(14) Politischer Bericht des Zentralen Komitees des KBW an die 1. Ordentliche Delegiertenkonferenz, März 1974, S. 20/21
(15) Politischer Bericht des Zentralen Komitees des KBW an die 2. Ordentliche Delegiertenkonferenz, 1975, S. 19

nicht darin, vor der Arbeiterklasse die Außenpolitik eines sozialistischen Staates zu erläutern und gleichzeitig dazu beizutragen, daß sie ihre selbständige Klassenpolitik entwickelt. Für Aust, der immerhin noch anerkennt, daß Strauß *"nach wie vor die Interessen der Monopolbourgeoisie vertritt"* (S. 6), reduzieren sich seine Aufgaben und Auffassungen dahin, daß es zur Anerkennung der positiven Stellung Strauß gegenüber reicht, daß dieser sich gegen die Hegemoniepolitik der Sowjetunion ausspricht. So folgt für Aust, daß er die westdeutsche Arbeiterklasse dafür gewinnen will, daß sie ihrerseits **für** eine bestimmte Politik der westdeutschen Bourgeoispolitiker eintritt und sie "positiv anerkennt". Weil Strauß sich gegen die Hegemoniepolitik der Sowjetunion ausspricht, ist er positiv zu bewerten, denn nach Austs Maßstäben ist nicht entscheidend, daß ein Politiker die Bourgeoisklasse vertritt, also einen sehr eindeutigen Klassenstandpunkt hat, sondern: *"Nur wie er sie vertritt, da liegt der Hase im Pfeffer."* (S. 6) Und die einzige Sorge ist: *"Wie weit er diese Politik, sollte er im nächsten Jahr in die Regierung kommen, vertreten wird, ist eine andere Sache"* (S. 6).

Unterschätzung des BRD-Imperialismus

Im nächsten Kapitel seiner Rede äußert sich Aust zur Einschätzung des westdeutschen Imperialismus unter dem Titel *"Die deutsche Monopolbourgeoisie hat die nationalen Interessen verraten"* (S. 7). Zunächst seine Einschätzung: *"Was aber den westdeutschen Imperialismus betrifft, so wird er sich aller Voraussicht nach auch weiterhin auf die eine oder die andere Supermacht stützen, um so in ihrem Windschatten an der Ausbeutung der Völker teilzunehmen; wird er auch weiterhin – obwohl er in Worten oft anders spricht – den Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten gegen die Supermächte sabotieren, um sich den Supermächten als kleiner Gendarm in Europa anzubieten; wird er, sollte es zu einem Krieg zwischen den Supermächten kommen, die Interessen der Nation verraten, sich auf die eine oder andere Seite schlagen, werden seine Vertreter, sollte es z. B. zur Besetzung Westdeutschlands durch sowjetische Truppen kommen, schleunigst das Weite suchen und kapitulieren oder mit ihnen kollaborieren."* (S. 7) In dieser Einschätzung und in diesem einen Satz sind gleich drei Fehler enthalten. Erstens wird sich der BRD-Imperialismus nicht **beliebig** *"auf die eine oder andere Supermacht stützen"*, sondern er steht fest im Bündnis der westlichen imperialistischen Staaten und deren gemeinsames Interesse ist es, die COMECON-Länder und die Sowjetunion zu schlagen, sie zunächst ökonomisch in Abhängigkeit zu bringen und die ideologische Infiltration voranzubringen. Zweitens sabotiert der BRD-Imperialismus keineswegs den Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten, sondern er ist eine treibende Kraft in diesem Zusammenschluß. Der BRD-Imperialismus ist innerhalb Westeuropas die ökonomisch stärkste Macht, setzt diese zunehmend ein (zum Beispiel bei der Stützung Italiens) und hat ein elementares Interesse an der politischen Einigung Westeuropas, weil durch diesen Zusammenschluß seine ökonomisch führende Position in Westeuropa auch politisch gesichert würde. Die Differenzen zwischen den westeuropäischen imperialistischen Staaten beziehen sich nicht auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, sondern beziehen sich auf die führende Rolle in diesem Zusammenschluß. Drittens wird er sich – im Falle einer kriegerischen Zuspitzung der Auseinandersetzung der beiden Supermächte um Europa – sich nicht *"auf die eine **oder andere** Seite"* schlagen. Kaum kann man gegenwärtig davon ausgehen, daß der BRD-Imperialismus zusammen mit dem SU-Imperialismus einen Krieg gegen die USA und Frankreich bzw. gegen die NATO führt, was Aust nach seinen Worten für gegenwärtig im Bereich des Möglichen hält. Was hindert ihn daran? Erstens hindert ihn daran die eine Supermacht, die USA, die nicht zum Spaß Truppen in der BRD stationiert hat, sondern diese stationiert hat, um ihre imperialistischen Interessen auch militärisch absichern und durchsetzen zu können. Zweitens hindern ihn daran seine eigenen Interessen und die gegenwärtigen imperialistischen Koalitionen. Diese sind eben nicht – wovon Aust ausgeht – dadurch gekennzeichnet, daß es zwei Supermächte gibt und einen BRD-Imperialismus, der bereits soweit selbständig ist, daß er sich nach allen Seiten hin frei bewegen kann, sondern sind dadurch gekennzeichnet, daß auf der einen Seite die westlichen imperialistischen Staaten nach wie vor unter Führung der USA stehen und ihr Hauptinteresse darin besteht, den östlichen Teil Europas und die Sowjetunion in Abhängigkeit und unter Kontrolle zu bringen. Wie es in zehn oder zwanzig Jahren sein wird, ist müßig zu untersuchen. Nötig ist allerdings, die gegenwärtigen Konstellationen den Tatsachen entsprechend zu untersuchen und nicht Phantastereien in die Welt zu setzen.

Aufgrund seiner falschen Einschätzung muß Aust dann auch in bestimmten Punkten die Wirtschaftspolitik der westdeutschen Bourgeoisie mißverstehen; Aust beklagt: *"Heute nach der kapitalistischen Entartung der Sowjetunion, könnte man hinzufügen, verkauft die Bourgeoisie die Unabhängigkeit der Nation nicht nur für Dollar, sondern auch für Rubel."* (S. 7) In diesem Punkt kann dem Manne geholfen werden und muß man ihn aufklären: Nicht die Unabhängigkeit der Nation wird für Rubel verkauft und preisgegeben, sondern die herrschende Klasse der Nation in Westdeutschland, die Bourgeoisie, schickt sich an, gute Geschäfte mit der Sowjetunion und den östlichen Staaten zu machen, trägt dazu bei, sich selber zu stärken gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten und strebt mit einem gewissen Erfolg an, in die Märkte Osteuropas einzudringen und verschiedene Staaten teilweise in Abhängigkeit von sich zu bringen. Diese Geschäfte sind zweifellos eine Stärkung der eigenen Bourgeoisie und tragen zur Unterhöhlung der Selbständigkeit der östlichen Staaten Europas bei. Die Rubel werden also ganz im Sinne Ernst Austs empfangen.

Die Überordnung der nationalen Frage über die soziale Revolution in der imperialistischen BRD ist direkt reaktionär

Entscheidend für die Festlegung der Politik seiner Organisation ist für Aust nicht die Tatsache, daß die Arbeiterklasse sich in einem imperialistischen Land befindet, in dem alle Bedingungen der sozialistischen Revolution herangereift sind, sondern entscheidend ist für ihn die Tatsache, daß 'die deutsche Monopolbourgeoisie die nationalen

Interessen verraten' hat. Er prangert sie an, weil sie *"auch nicht mehr bereit (ist), die Unabhängigkeit der Nation zu verteidigen"* und kritisiert sie, weil sie ungenügende Anstrengungen zur Verteidigung Westdeutschlands mache und folgert: *"Diese Aufgabe, die Führung und Verteidigung der Nation, fällt heute – bereits vor der Periode des Sozialismus – der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhutpartei zu. Diese Aufgabe steht durchaus nicht im Widerspruch zu den besonderen Klasseninteressen und Klassenaufgaben des Proletariats; im Gegenteil, die Erfüllung der nationalen Aufgabe erleichtert ihr die Lösung der Klassenaufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats in der sozialistischen Revolution. Was aber heißt für uns Führung der Nation angesichts der großen Gefahr, im Falle eines Krieges zwischen den beiden Supermächten in diesen hineingezogen zu werden? Das heißt vor allem und einmal, wie ich schon sagte, die Schaffung einerbreiten Einheitsfront all jener, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten – und wenn wir es im Zusammenhang mit der nationalen Frage, der Spaltung unseres Vaterlandes sehen – ihrer westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien stehen. Das heißt: Abzug aller fremden Truppen aus ganz Deutschland, Austritt beider deutscher Staaten einerseits aus dem Warschauer Pakt, andererseits aus der NATO. Das heißt: verstärkte Unterstützung unserer Klassenbrüder und -schwestern in der DDR, sich vom Joch des sowjetischen Sozialimperialismus zu befreien."* (S. 7) Im nächsten Abschnitt seiner Rede *"Den Schutz unseres Volkes kann nur das Volk selbst übernehmen"* (S. 7) tritt er für die allgemeine Volksbewaffnung ein zur *"Verteidigung unserer Heimat, den Schutz vor einer Versklavung durch eine der beiden Supermächte kann keine imperialistische Armee, sondern nur das Volk selber übernehmen"*. Daß die Arbeiterklasse bereits der Lohnsklaverei unterworfen ist und deren Aufrechterhaltung unter anderem durch ein stehendes Heer gesichert wird, berührt ihn nicht. Im Interesse der Verteidigung der Nation tritt er für die Volksbewaffnung ein.

Ernst Aust kritisiert die westdeutsche Bourgeoisie wegen schlechter Vertretung der nationalen Interessen und wegen mangelnder militärischer Vorbereitung gegen die Aggression des Sozialimperialismus. Das kommt davon, wenn man die nationale Frage der sozialen Revolution **überordnet**, während es stets darum geht, die nationale Frage der sozialen Revolution unterzuordnen, selbst dann, wenn die Lösung der nationalen Frage in einem unterdrückten Land die erste Etappe darstellt auf dem Weg der sozialen Revolution des Proletariats, was in der BRD aber nicht der Fall ist.

Die Frage der Nation stellt überall dort eine eigenständige, erste Etappe auf dem Weg der sozialen Revolution des Proletariats dar, wo ihre Lösung dazu beiträgt, die produktiven Kräfte der Gesellschaft von überkommenen bzw. von außen verhängten Fesseln zu befreien und ihre Entwicklung zu fördern. Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, das ist ja überhaupt der marxistische Maßstab für den Fortschritt. Fortschrittlich war ohne Frage die Herstellung der Einheit der Nation gegenüber der von den Grundherren aufrechterhaltenen feudalen Zersplitterung. Mit der Bildung der bürgerlichen Nationalstaaten wurde überhaupt der Boden geschaffen, auf dem die feudale Produktionsweise durch den Kapitalismus abgelöst werden konnte. – Fortschrittlich und unabdingbar notwendig ist die Lösung der nationalen Frage heute noch für die vom Imperialismus unterdrückten Länder. Überall stützt sich der Imperialismus bei der Ausbeutung dieser Länder auf die feudale Grundbesitzerklasse oder auf überkommene Stammesstrukturen. Überall erhält er so in den von ihm abhängigen Ländern historisch überholte Produktionsweisen am Leben. Ohne Befreiung der Nation vom Imperialismus und Herstellung der Einheit der Nation gegenüber Feudalismus und Stammesverhältnissen kann es deshalb keine Entwicklung von Wirtschaft und Kultur in den vom Imperialismus unterdrückten Ländern geben. Und ohne Lösung der Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution ist auch nicht daran zu denken, zur proletarischen Revolution voranzuschreiten.

Eine solche Etappe braucht die Revolution in Westdeutschland nicht mehr zu durchlaufen. Zwar ist die deutsche Nation staatlich gespalten. Aber die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte stößt in Westdeutschland nicht mehr an die Fesseln der feudalen Eigentumsverhältnisse, sondern an die Schranken des kapitalistischen Eigentums. Es geht nicht mehr darum, die feudale Zersplitterung zu überwinden und dazu den Nationalstaat herzustellen, vielmehr ist der Kapitalismus längst schon in seiner imperialistischen Phase. Die Herrschaft des Finanzkapitals ist hergestellt, und dem Finanzkapital sind die Grenzen der Nation in allen imperialistischen Ländern zu eng. Das Finanzkapital ist international in dem Sinn, daß es auf den Weltmarkt drängt und ihn für sich zu erobern versucht. In Konkurrenz mit anderen Finanzkapitalen kämpft es um Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kapitalanlagesphären und Absatzmärkte. Es sucht sich die Welt zu unterwerfen.

Insofern die **Ökonomie** des Imperialismus dadurch gekennzeichnet ist, daß seine Fähigkeit schwindet, die Produktivkräfte zu entfalten, ist er sterbender Kapitalismus und in Fäulnis übergehender Kapitalismus. Dem entspricht in der **Politik**, daß der Imperialismus **Reaktion** auf der ganzen Linie ist, er in allen demokratischen Fragen – auch die Frage der Nation ist eine demokratische Frage – reaktionär auftritt. Ökonomik und Politik des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium und Selbstbestimmungsrecht der Nation vertragen sich nicht miteinander, sind miteinander unvereinbar, sie treiben zur ständigen Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, stets wird die Abhängigkeit und Unterdrückung anderer Nationen angestrebt.

In einem Land wie der BRD führt es direkt zu reaktionären Konsequenzen, wenn behauptet wird, es müsse hier die Arbeiterklasse vor der sozialen Revolution die nationale Frage lösen oder wenn der nationalen Frage ein eigenes Gewicht zugemessen wird. Angesichts einer imperialistischen Bourgeoisie als herrschdender Klasse, die auf Unterdrückung anderer Länder aus ist und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verletzt, wo sie nur kann, bedeutet eine solche Politik, dafür einzutreten, daß diese Bourgeoisie in ihren Bestrebungen unterstützt und ihre Basis erweitert wird. Darum schürt die imperialistische Bourgeoisie auch im Volk nationalistische Ideologien und ver-

sucht sie, im Namen der Nation die eigene ausgebeutete Klasse an ihre Interessen zu binden.

Die nationale Frage der sozialen Revolution in einem imperialistischen Land überzuordnen, ist direkt gegen die Revolution gerichtet. Denn die Fessel für den gesellschaftlichen Fortschritt, das ist das monopolistische Kapital selber. Diese Fessel kann nur gesprengt werden durch die proletarische Revolution, die die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt und den Sozialismus aufbaut. Diese und keine andere Aufgabe stellt sich der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern. Damit unterstützt die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder zugleich aufs wirkungsvollste den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker, für die tatsächlich in der Epoche der proletarischen Weltrevolution gilt, daß dort nicht mehr die Bourgeoisie die Fahne der Unabhängigkeit der Nation führt, sondern die Arbeiterklasse.

Austs Theorie des Burgfriedens: Aufgabe der Revolution und Aussöhnung mit der Bourgeoisie

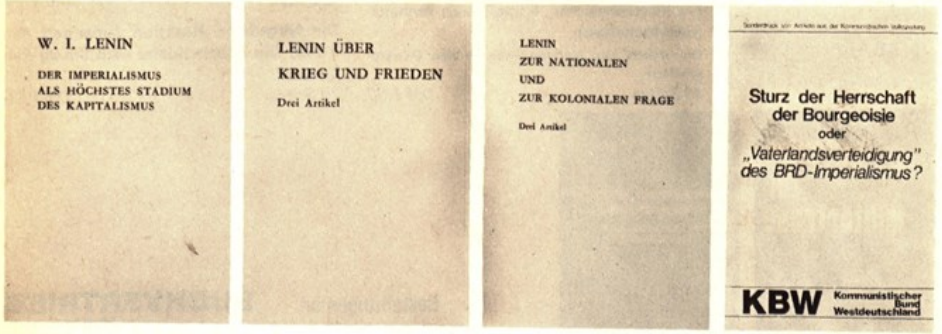
Die Überordnung der nationalen Frage über die soziale Revolution in einem imperialistischen Land ist direkt reaktionär und muß zwingend zur Position der Vaterlandsverteidigung führen. Dazu dient die Theorie des Burgfriedens mit der Bourgeoisie im eigenen Land, die Ernst Aust im letzten Teil seiner Rede entwickelt (S. 8). Ernst Aust weiß, daß er seinen Hörern und Lesern die Beantwortung einer Frage bislang schuldig geblieben ist: was all diese Auffassungen denn überhaupt noch mit dem **Klassenkampf** im eigenen Land zu tun haben und welche Haltung hierzu man einnehmen muß. *"Praktisch sind sie direkt miteinander verbunden und ergänzen einander. So wie die erfolgreiche Lösung der nationalen Frage untrennbar verbunden ist mit der allgemeinen Frage der sozialistischen Revolution, so ist es auch die Notwendigkeit des Kampfes gegen die zwei Supermächte. Praktisch, so muß man sagen, ist ohne den erfolgreichen Kampf gegen das Hegemoniestreben der Supermächte, besonders das des sowjetischen Sozialimperialismus und seiner 5. Kolonne, eine siegreiche proletarische Revolution in unserem Land nicht möglich."* (S. 8) Aust kann jedoch nicht klar machen, auf welchem Boden und mit welchen Mitteln das Proletariat einen erfolgreichen Kampf gegen die Supermächte führen soll und vor allem kehrt er das richtige Verhältnis von proletarischer Revolution und erfolgreichem Kampf gegen die Supermächte gerade um. Nicht ohne erfolgreichen Kampf gegen die beiden Supermächte ist die proletarische Revolution in Westdeutschland unmöglich, sondern gerade durch den konsequenten Kampf gegen den eigenen Imperialismus mit dem Ziel seines Sturzes reiht sich das westdeutsche Proletariat in den internationalen Klassenkampf, in den Kampf gegen Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte ein und trägt so auf die wirkungsvollste Weise dazu bei, den Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte im Kampf um die **Welt**herrschaft einen Riegel vorzuschieben. **Gerade der Sturz der Herrschaft der eigenen Bourgeoisie und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse ist das wirkungsvollste Mittel, die Hauptmethode, mit der das Proletariat in Westdeutschland den Kampf gegen die Supermächte führen und unterstützen kann.** Auf dem Weg zu diesem Ziel tritt die westdeutsche Arbeiterklasse für den **Abzug aller fremden Truppen** aus Westdeutschland ein und für den **Austritt der BRD aus der NATO**, tritt sie für die **Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung** ein. Nicht wie Ernst Aust, der diese Forderung aus der Gefahr eines *"Überfalls z. B. durch die sowjetischen Sozialimperialisten"* (S. 7) **begründet**, sondern damit das Volk unter Führung der Arbeiterklasse den imperialistischen Staat zerschlagen und den Sozialismus aufbauen kann. Geht man nicht nur in Worten, sondern tatsächlich davon aus, daß die beiden Supermächte in Rivalität miteinander liegen im Kampf um die **Welt**herrschaft und daß sich dieses auf **Europa** konzentriert, so liegt auf der Hand, daß die Revolution in einem imperialistischen Land im **Herzen** Europas diesen Hegemoniebestrebungen am entschiedensten entgegentreten kann und zugleich der wertvollste Beitrag den unterdrückten Nationen und abhängigen Ländern gegenüber ist, den das westdeutsche Proletariat leisten kann.

In dieser abschließenden Passage und dem Höhepunkt seiner Rede läßt der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen seinen ganzen kleinbürgerlichen Defaitismus heraus und ist mit einer Reihe von Argumenten bemüht, Defaitismus zu verbreiten. Ausdrücklich legt er fest, daß er davon ausgeht, daß seiner Auffassung nach nicht die Revolution den Krieg wird verhindern können, sondern der imperialistische Krieg der Revolution zuvorkommt: Angesichts der wachsenden Rivalität zwischen den beiden Supermächten sei dies die *"näherliegende Möglichkeit, als daß die Revolution in unserem Land dem Krieg zuvorkommt"* (S. 8). Aust tadelt Genossen, 'die es sich zu leicht machen'. Auf *"die Frage der wachsenden Kriegsgefahr durch das Hegemoniestreben der zwei Supermächte (angesprochen), so antworten sie – wenn überhaupt – mit der Feststellung: entweder wird der Krieg die Revolution hervorrufen oder die Revolution wird den Krieg verhindern"* (S. 8). Daß diese Aussage richtig ist, bestreitet er nicht. Aber: *"Wie aber sieht es mit dem Teilsatz 'oder die Revolution wird den Krieg verhindern' aus? Wird die Revolution allein in unserem Land die Gefahr eines Weltkrieges verhindern können? Sicherlich nicht. Auch nicht die Revolution in England, Frankreich und Westdeutschland vermag das – und nicht einmal die in einer der beiden Supermächte."* Aust sagt, daß eine ganze Reihe von Revolutionen den Ausbruch des Dritten Weltkrieges nicht verhindern könne, denn: *"Imperialismus bedeutet Krieg."* Das ist deutlicher, reaktionärer Defaitismus. Natürlich bedeutet der Imperialismus Krieg, aber das richtige Verhalten angesichts dieser wissenschaftlich und historisch bestätigten Wahrheit besteht dann nicht darin, auf die Seite der eigenen Bourgeoisie überzugehen, um nicht in diesen Krieg "hineingezogen" zu werden, und besteht nicht darin, Revolutionen nur vom Gesichtspunkt der Verhinderung des Krieges zu untersuchen und defaitistisch zu beurteilen, sondern darin, sie vom Standpunkt der Arbeiterklasse und ihrer **sozialen Befreiung** zu betrachten.

Aust, mit allen Wassern gewaschen, läßt am Schluß seiner Rede nicht offen den Aufruf der Vaterlandsverteidigung heraus. Er propagiert eine **Theorie des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie:** *"Alles, was der Einheitsfront der Welt gegen die Supermächte schadet, muß bekämpft, alles, was die Einheitsfront stärkt, muß unterstützt werden. Das bedeutet keinesfalls Aufgabe des Klassenkampfes, wie die Trotzkisten behaupten – sondern die Unterordnung des nationalen Klassenkampfes unter den internationalen, das bedeutet keinesfalls Aufgabe der eigenen Revolution, sondern Unterordnung bzw. Einpassung dieser in den Rahmen der Weltrevolution."* (S. 8) Zunächst: Hier wird die ganze vorherige Argumentation der Rede durcheinandergeworfen und umgekehrt. Hat Aust die ganze Zeit die Vaterlandsverteidigung und das Zusammengehen mit der eigenen Bourgeoisie begründet aus **nationalen** Interessen, die es gegen die Supermächte zu verteidigen gelte, so begründet er jetzt plötzlich die Aussöhnung mit der eigenen Bourgeoisie aus **internationalen** Gesichtspunkten und der **Unterordnung** des Klassenkampfs in Westdeutschland unter den internationalen. Hier wird ausdrücklich eine Festlegung dahingehend getroffen, daß er im Interesse des Kampfes gegen die beiden Supermächte eintritt für den Burgfrieden mit der eigenen Bourgeoisie. Was heißt "Unterordnung des nationalen Klassenkampfes unter den internationalen"? Der Klassenkampf im eigenen Land gegen die eigene Bourgeoisie ist Bestandteil des internationalen Klassenkampfes und seine erfolgreiche und siegreiche Führung dessen wichtigste Unterstützung. Wer aber **alles**, was die Einheitsfront gegen die Supermächte stärkt, unterstützt und dem den Kampf gegen die herrschende Klasse der Nation, die Bourgeoisie **unterordnet**, gibt die Revolution auf und tritt für den Burgfrieden mit der herrschenden Bourgeoisie ein. Selbstverständlich beteuert Aust, daß man den Klassenkampf nicht aufgeben darf. Bloß folgt das daraus. Und daß dies daraus folgt, sieht man daran, daß der Vorsitzende der Gruppe Roter Morgen die Aufgaben seiner Organisation ausdrücklich einschränkt und beschränkt darauf, *"die Notwendigkeit der Revolution zu **propagieren**"* (Seite 8). So legt er die Organisation darauf fest, im Interesse des Burgfriedens mit der eigenen Bourgeoisie nicht mehr den Klassenkampf in allen seinen Erscheinungsformen und Fronten aktiv zu **führen**, zu **organisieren**, zu **leiten**, sondern nur noch dessen Notwendigkeit zu **propagieren**. Diese Theorie des Burgfriedens und diese Politik der Aussöhnung mit der eigenen Bourgeoisie wird noch aus einem weiteren Gesichtspunkt von Ernst Aust ausdrücklich festgelegt: *"Das heißt also, im Gegensatz zu jenen, die in utopistischer Selbstüberschätzung **alle** Gegner möglichst **auf einmal** erledigen möchten, sich **einen Gegner nach dem anderen vorzunehmen.** Das heißt heute konkret eine Einheitsfront aller, die dazu bereit sind, im Kampf gegen die größten internationalen Unterdrücker, Ausbeuter und Kriegsbrandstifter, die zwei Supermächte, schaffen."* (Seite 6) Deutlicher geht es nicht mehr: die eigene Bourgeoisie schonen, den Kampf gegen sie aufgeben, die Entfaltung des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse mit dem Ziel der sozialistischen Revolution preisgeben und sich all jenen, die gegen die Supermächte auftreten, anschließen. Daß Aust mit solchen Positionen offene Arme bei den Bourgeoispolitikern finden wird, ist klar.

Ernst Aust kann, wie wir gesehen haben, diese "Einheitsfront gegen die beiden Supermächte" deshalb so **breit** anlegen, weil er ihre Grundlage so **eng** begrenzt hält und ihre Aufgaben einschränkt. Nicht mehr ist die Grundlage der Kampf der Arbeiterklasse gegen die eigene Bourgeoisie und die sozialen Interessen der Arbeiterklasse, der Sieg des Sozialismus, sondern Grundlage ist "gegen die beiden Supermächte zu sein", was zur Unterordnung der eigenen Arbeiterklasse unter die imperialistische Bourgeoisie führt und zugleich einen einreiht in die Front all jener imperialistischen Staaten **der** Zweiten Welt, die aus imperialistischen Interessen heraus sich gegen die Supermächte stellen. Aust trennt die Frage von Krieg und Frieden von der Frage Staat und Revolution, seine Hauptfurcht besteht vor den Supermächten und der Kriegsgefahr, die von ihnen ausgeht sowie die Besorgnis, daß die BRD in einen Krieg "hineingezogen" werden könnte. Kleinbürgerliche Angst vor den Großen, kleinbürgerliche Angst, in etwas "hineingezogen" zu werden und der Wunsch, beiseitestehen zu können, das ist die klassenmäßige und ideologische Wurzel dieser Kieler Rede, die laut Vorbemerkung der Redaktion des Zentralorgans "richtungweisende Bedeutung" haben soll. Richtungweisend allerdings: Sie führt in die Arme der Bourgeoisie und ins Lager der Reaktion.

Hans-Jörg Hager



164 Seiten DM 1,10 *114 Seiten DM 0,85* *44 Seiten DM 0,40* *56 Seiten DM 1,50*

Bestellungen an:

Buchvertrieb Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Postfach 5129

Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
Aus dem Verlagsprogramm

KBW

Kommunistischer Bund Westdeutschland

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier
Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 58 Mannheim, Sandhofer Str. 29
Vertrieb über: Buchvertrieb Mannheim, Hager GmbH, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29
Die Kommunistische Volkszeitung erscheint wöchentlich.
Erscheinungstag: Donnerstag
Einzelpreis: 0,50 DM
Jahresabonnement: 36,00 DM
Halbjahresabonnement: 18,00 DM
Vierteljahresabonnement: 9,00 DM
Die Bezahlung erfolgt nach Erhalt der ersten Zeitung.
Konten: Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 90 905, oder PSchA Karlsruhe, Konto Nr. 95837-753



Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland
40 Seiten *DM 0,80*

Was wollen die Kommunisten?
Antwort auf eine Broschüre der IG Chemie, Papier, Keramik, Verwaltungsstelle Hamburg
70 Seiten *DM 1,50*

Die Verfassung der BRD und das demokratische Programm der Kommunisten
26 Seiten *DM 1,00*

Für klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften!
Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften
48 Seiten *DM 1,00*

Leitsätze zur Militärfrage
16 Seiten *DM 0,60*

Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus
288 Seiten *DM 6,60*

Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie oder 'Vaterlandsverteidigung' des BRD-Imperialismus?
56 Seiten *DM 1,50*

Die bürgerliche Reaktion zementiert den § 218. Die Arbeiterklasse muß ihn zu Fall bringen!
20 Seiten *DM 0,50*





Bestellungen an: **BUCHVERTRIEB** Hager GmbH **MANNHEIM**

68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Postfach 5129